Sezession



Autorenporträt
J. Philippe Rushton

Olaf Haselhorst
Verdun 1916

Benedikt Kaiser
Antiimperialismus

Paul Brunetta
Linker Moralismus

Gábor Vona
Typologie des
modernen Menschen

71

April 2016
11 EURO
ISSN 1611–5910
www.sezession.de

Sezession

Herausgegeben vom
Institut für Staatspolitik (IfS)

Unter Mitarbeit von Wolfgang Dvorak-Stocker, Ellen Kositza, Götz Kubitschek (verantwortlich) und Erik Lehnert.

14. Jahrgang, Heft 71,
April 2016

Sezession erscheint im Februar, April, Juni, August, Oktober und Dezember. Der Preis für das Einzelheft beträgt 11 € zzgl. Versandkosten. Wer *Sezession* für mehr als lesenswert hält, kann ein Förderabonnement (75 €/sechs Hefte) zeichnen. Das normale Jahresabonnement (sechs Hefte) kostet 50 €, ermäßigt 35 € (junge Leser in Ausbildung), jeweils inkl. Versand. Auslandsabonnenten bezahlen zusätzlich 10 € Porto im Jahr. Wird das Abonnement nicht bis zum 30. November gekündigt, verlängert es sich um ein weiteres Jahr.

Manuskripte sind stets willkommen und sollten als Kurzbeitrag 9000 und als Grundlagenbeitrag 15 500 Zeichen (inkl. Leerzeichen) umfassen.

Satz & Layout:
satz@sezession.de

Sezession
Rittergut Schnellroda
06268 Steigra
Tel/Fax: (03 46 32) 9 09 42

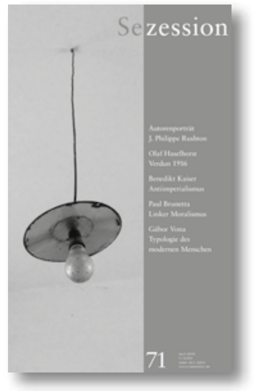
redaktion@sezession.de
vertrieb@sezession.de
www.sezession.de

ISSN 1611-5910

Das sowieso gefrierende Eis

von Götz Kubitschek

Wenn Sie, verehrter Leser, diese Ausgabe der *Sezession* aufblättern, blicken wir auf zweistellige AfD-Ergebnisse in drei weiteren Bundesländern – in Sachsen-Anhalt sogar auf eine nunmehr zweitstärkste Partei im Landtag, die nebenbei 15 Direktmandate erobert hat. Es ist nun an uns, nicht zu taumeln, sondern davor zu warnen, diesen Erfolg mit einer grundsätzlichen Wende zu verwechseln. Jede Partei – egal welcher Färbung – ist ein Biotop, in dem bestimmte Typen gedeihen, und die Macher unter ihnen sind fast nie mit einer dem Geistigen verpflichteten Ordnungskraft ausgestattet, sondern Kenner der Macht: talentiert darin, Mehrheiten zu organisieren, Konkurrenten wegzubeißen, Netze zu knüpfen und nie zu stürzen. Der Soziologe Robert Michels sah deshalb zurecht in jeder Partei das »eherne Gesetz der Oligarchie« wirksam werden, also die zwingende Verschiebung des Antriebs führender Personen weg vom eigentlichen, inhaltlichen Ziel hin zu einer Absicherung der eigenen Position.



Wir müssen uns ungemütliche Fragen stellen: Wie lange liegt die AfD – begriffen als gewichtiger Stein im Fundament eines möglichen Widerstands- und Wendegebäudes – noch in unserem Baukasten? Wie lange bleibt sie Teil einer auf vielen Ebenen in Schwung kommenden Revolte in unserem Land? Wird sie vielleicht viel zu früh zu einem strukturell unglaublich potenten, aber eingebundenen Beschwichtiger des Widerstandsfurors, eine Bremserin im Sinne der gefledderten Nomenklatura?

Wir haben vor zwei Jahren in dieser Zeitschrift die möglichen Entwicklungen der AfD mit den Begriffen »Öffnung eines Resonanzraumes« und »Kantenschere des Establishments« bezeichnet. Uns sollte klar sein, daß sich beide Funktionen glücklicherweise noch immer die Waage halten: Unser Resonanzraum hat sich fraglos erweitert, auch wir können die Gangbarmachung unserer Argumentationswege in ein bisher unerreichtes Milieu hinein betreiben. Wir sehen aber auch jetzt schon einer Entwicklung zu, die uns nicht gefallen kann: Der Korrumpierung einzelner AfD-Politiker und ganzer Partei-Seilschaften durch die Privilegien und Vorzüge eines Lebens hinter den Zäunen des Parlaments, und diese Korrumpierung wird dazu führen, daß den grundsätzlich gestimmten Nervensägen die »realpolitische Vernunft« abgesprochen werden wird, mithin die »Politikfähigkeit« und die »Einsicht« in die Kunst des Machbaren.

Wem am Kampf gegen die Oligarchisierung der AfD gelegen ist, sei hiermit gewarnt: Es kann nur um eine Verzögerung des Ablaufs dieser Gesetzmäßigkeit gehen, niemals um ihre grundsätzliche Aushebelung. Wieviel an Lebenszeit dafür eingesetzt werden sollte? Keine Ahnung, nur: Es ist Kärrnerarbeit in Niederungen, und man kann nur hoffen, daß diejenigen, die nun in Stuttgart, Mainz und Magdeburg ihren Stuhl freimachen müssen, ersetzt werden von solchen, die es tatsächlich besser meinen mit Volk und Land – und nicht nur mit sich selbst.

Jedenfalls ist dieses Flüssighalten des sowieso gefrierenden Eises nichts, das jener junge Mann für wesentlich hält, dessen Brief uns jüngst erreichte. Daraus eine Passage:

»Wer sich den Geist des Feindes zueigen macht, ist schon erlegen. Im Falle eines physischen Sieges wäre er die neue Inkarnation des zuvor bekämpften Prinzips. Dies zeigt sich mir vielfach und zunehmend in sogenannten nationalen Kreisen, die nicht selten Jakobiner-Kreise sind. Etwa in der Massenlogik und deren Kampf um Quantitäten: Resultat sind einfache Wahrheiten, die allzu oft Un-Wahrheiten sind. (…) ›Links‹ und ›rechts‹ spielen dabei die gleiche Partie, in der abwechselnd verteufelt und glorifiziert wird. Vielleicht gewinnt man mit solcher Eindimensionalität Massen; auf jeden Fall verliert man die Wahrheit und damit jenes ferne Leuchten, dem wir unseren Pfad entgegenlenken sollen. Es liegt kein Heil auf solchen Wegen. (…) Jener bessere Geist, der hier früher allgemein war, sollte schon wieder Einkehr halten, wenn es nur gelänge, an die Stelle schneidiger Frisuren und Redensarten etwas mehr Güte des Charakters zu setzen. Güte im vollen Wortsinn begriffen; barmherzig und gut also.«

Soweit der Brief. Eines ist klar: Dieser junge Mann wird keine Parteikarriere machen, dazu ist er schon oder noch viel zu nahe dran am Eigentlichen. ■

»Das Bundesverfassungsgericht hat sich seiner Befriedungsaufgabe verweigert«

Im Gespräch mit Karl Albrecht Schachtschneider

Sezession: Sehr geehrter Herr Professor Schachtschneider, Ihre Verfassungsbeschwerde gegen die Einwanderungspolitik der Bundesregierung wurde am 30. Januar der Öffentlichkeit vorgestellt, lag ab dem 2. Februar dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe vor und wurde nicht einmal drei Wochen später abgewiesen. Wie bewerten Sie die Begründung der Karlsruher Richter?

Schachtschneider: Die zuständige Kammer hat die Verfassungsbeschwerde auf der Grundlage des § 93 b in Verbindung mit § 93 a BVerfGG ohne Begründung nicht zur Entscheidung angenommen. Eine solche Maßnahme läßt das Gesetz in § 93 d Absatz 1 BVerfGG zu. Das soll der Entlastung des Gerichts von unsinnigen Beschwerden dienen, aber nicht der Abwehr von wohlbegründeten Beschwerden. Unbegründbarkeit ist in der Rechtsprechung des Gerichts das Kriterium der Willkür und mit Unbegründetheit kann folglich Willkür kaschiert werden. Die Beschwerde hatte fraglos »grundsätzliche verfassungsrechtliche Bedeutung«, wie das § 93 a Absatz 2 in der ersten Alternative regelt. Sie war auch »zur Durchsetzung der in § 90 Absatz 1 genannten Rechte angezeigt«, nämlich der Rechte aus Art. 2 Absatz 1 GG, dem Recht der politischen Freiheit, aus Art. 38 Absatz 1 GG, dem Recht auf Demokratie und auf Schutz der Verfassungsidentität, sowie dem Recht aus Art. 20 Absatz 4 GG, dem Recht auf Widerstand. Letzteres Recht gibt meines Erachtens ein Recht auf andere Abhilfe durch das Bundesverfassungsgericht, wenn jemand es unternimmt, die Verfassungsordnung zu beseitigen.

Sezession: Die durchschnittliche Bearbeitungsdauer einer Verfassungsbeschwerde beträgt mindestens ein Jahr. Wie bewerten Sie die Geschwindigkeit, mit der entschieden wurde?

Schachtschneider: Die Schnelligkeit der Entscheidung war in Ordnung, weil wir eine einstweilige Anordnung beantragt haben. Das war angesichts der Lage geboten, weil die Massenzuwanderung schnellstens unterbunden werden mußte und werden muß. Aber auch andere Beschwerden, die einen solchen Eilantrag nicht gestellt haben, sind zur gleichen Zeit nicht zur Entscheidung angenommen worden. Das Gericht hat kurzen Prozeß gemacht und sich damit aus der schwierigsten Frage der Politik herausgehalten, die Deutschland seit der Wiedervereinigung hatte und weiter hat. Es gibt aber keine Politik, die nicht durch das Recht begrenzt ist, die Flüchtlingspolitik also durch fundamentale Prinzipien unserer Rechtsordnung. Auf deren Verwirklichung hat jeder Bürger ein Grundrecht.

Sezession: Gerade beim gegenwärtigen »Flüchtlings«chaos stellt sich das Problem, daß die politischen (Nicht-)Entscheidungen der Regierung gerade nicht in Gesetzesform gegossen, sondern durch eine Art Nicht-Handeln oder sogar als »Gewohnheitsrecht« durchgesetzt werden, so etwa die von Ihnen sogenannte »rechtsferne Duldungspolitik«. Hätte sich das Bundesverfassungsgericht innerhalb seines Kompetenzrahmens mit dieser verdrehten politischen Stoßrichtung befassen können, statt lediglich mit einzelnen, konkreten angegriffenen Entscheidungen?

Schachtschneider: Unsere wichtige Verfassungsbeschwerde hätte es dem Gericht ermöglicht, die rechtlichen Grundsatzfragen der als Flüchtlingsschutz ausgegebenen Masseneinwanderung zu klären, insbesondere die Frage, ob Deutschland handeln darf, als sei es ein Einwanderungsland, und ob die Bundesregierung aus vermeintlichen Gründen der Humanität durch Verfassung und Gesetz geregelte Rechtsprinzipien überspielen darf. Es gibt weitere Zuständigkeiten des Gerichts, in denen diese Fragen geklärt werden könnten, insbesondere den Bund-Länder-Streit auf Grund des Art. 93 Absatz 3 GG, über den der Freistaat Bayern nachdenkt, oder auch das Organstreitverfahren auf Grund des Art. 93 Absatz 1 GG, das Verfassungsorgane des Bundes, aber auch bestimmte Teilorgane des Bundestages und des Bundesrates, insbesondere Fraktionen, zur Klärung der Rechte und Pflichten dieser Organe oder Organteile einleiten können, wenn diese geltend machen können, »durch Maßnahmen oder Unterlassungen des Antragsgegners« in den ihnen »übertragenen Rechten verletzt oder unmittelbar gefährdet« seien. Allemal verletzen die Handlungen der Regierung die Gesetzgebungsbefugnisse des Bundestages und des Bundesrates, aber auch die des Bundespräsidenten, der an der Gesetzgebung beteiligt ist. Es wurde zumindest unterlassen, die Änderung der Gesetze zu initiieren; die Gesetze wurden

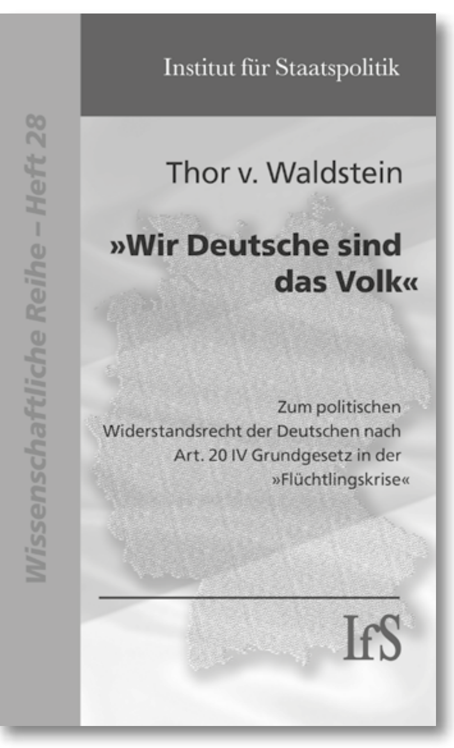
schlicht ignoriert. Ob die schutzrechtlichen Ausländergesetze, die weitgehend Unionsrecht umsetzen, im Sinne der Regierungspolitik hätten geändert werden können, ist allerdings zweifelhaft.

Es gibt kein »Gewohnheitsrecht«, das die Duldung des illegalen Aufenthalts von Ausländern rechtfertigt. Die schlechte Übung dieser Duldung läßt sich nicht rechtfertigen. Freilich gibt es mancherlei gesetzliche Duldungsvorschriften zugunsten von Ausländern, die kein Asylrecht und auch kein sonstiges Schutzrecht, also kein Aufenthaltsrecht, haben. Diesen wird der Aufenthalt gestattet.

Sezession: Nur zwei Wochen vor der Vorstellung Ihrer Beschwerde veröffentlichte Udo Di Fabio sein Rechtsgutachten »Migrationskrise als föderales Verfassungsproblem«; Hans-Jürgen Papier sprach fast gleichzeitig von »eklatantem Politikversagen« und einer tiefen »Kluft zwischen Recht und Wirklichkeit«. Zwei ehemalige Richter des Bundesverfassungsgerichts argumentieren damit ganz ähnlich Ihrem Beschwerdetext. Wenn nun das Gericht unter seinem amtierenden Präsidenten Andreas Voßkuhle Ihrer Beweisführung nicht folgen konnte – sind damit alle rechtlichen Möglichkeiten, der verantwortungslosen Regierungspolitik beizukommen, ausgeschöpft?

Schachtschneider: Die Voten der beiden Staatsrechtslehrer, beide herausragende Kollegen, haben großes Gewicht. Sie sind zudem richtig. Die Möglichkeiten, schnell die notwendige Verwirklichung des Rechts zu erreichen, sind durch die Nichtentscheidung des Gerichts für die Bürger erschöpft. Die Verfahrensmöglichkeiten für die Länder und die Organe oder Organteile des Bundes habe ich oben angesprochen. Man kann auch über rechtliche Schritte der Kommunen, die durch die Unterbringung der Ausländer belastet sind, nachdenken. Schließlich ist die Obdachlosigkeit der Ausländer, die schlechterdings behoben werden muß, durch die Bundespolitik entgegen Gesetz und Verfassung ausgelöst. Es wäre für den Bund ein leichtes, diese Obdachlosigkeit in Deutschland zu verhindern, und er ist dazu verpflichtet. Wenn der Bund seine Verpflichtungen, die er auch gegenüber den Ländern hat, nicht einhält, sind die Länder berechtigt und verpflichtet, selbst für die Sicherheit und Ordnung ihres Hoheitsgebietes Sorge zu tragen. Die Länder sind Staaten, und als solche üben sie die Souveränität ihrer Bürger aus. Die vornehmste Pflicht der Staaten ist die Sicherheit ihrer Bewohner und damit die Grenzsicherung vor Fremden, die kein Recht haben, in das Land einzureisen und sich darin aufzuhalten. Notfalls muß ein Land den Bund verlassen, wenn anders der Rechtsstaat nicht wiederhergestellt werden kann. Jedes Volk hat das Recht zur Sezession. Das folgt aus der politischen Freiheit der Bürger und steht als Selbstbestimmungsrecht des Volkes ausweislich der Charta der Vereinten Nationen über dem Bestandsinteresse der Staaten.

Sezession: Sie persönlich sind nicht gerade dafür bekannt, schnell aufzugeben; das weiß vor allem das Bundesverfassungsgericht, bei dem Sie schon etliche Verfassungsklagen – vor allem gegen die Europäische Währungsunion – eingereicht haben. Sehen Sie die nun erfolgte Ablehnung als klaren Mißerfolg an? Und vor allem: Wie geht es weiter?



Handeln die Vertreter der deutschen Regierung noch im Interesse des Volks. Wenn die Bundesregierung gegen Deutschland handelt – was tun? Thor v. Waldstein zeichnet die Theorie, die deutsche Lage in der »Flüchtlingskrise« und die Chancen zur Selbstermächtigung des souveränen Volks anhand des Widerstandsrechts nach: »Wir Deutsche sind das Volk!« *– 52 Seiten, 5 €, www.staatspolitik.de*

Schachtschneider: Ich habe vor allem auch den Maastricht-Vertrag und den Lissabon-Vertrag vor das Bundesverfassungsgericht gebracht. Das hat zu grundlegenden und durchaus hilfreichen Entscheidungen des Gerichts geführt. Jetzt schwebt noch das Beschwerdeverfahren gegen die Finanz- und Finanzstabilisierungspolitik der Europäischen Zentralbank, insbesondere gegen deren Staatsfinanzierung, in dem schon der Europäische Gerichtshof eine Vorabentscheidung getroffen hat. Meine Befürchtung ist, daß sich das Bundesverfassungsgericht dieser entgegen seinem Vorlagebeschluß unterwirft.

Fraglos ist die Nichtentscheidung ein Mißerfolg. Sie trifft mich auch persönlich als Staatsrechtslehrer und noch mehr als Bürger Deutschlands. Ich habe das Nötige so gut als möglich getan. Jedenfalls ist die Verfassungsbeschwerde, so denke ich, ein Dokument von historischer Bedeutung. Das Bundesverfassungsgericht hat sich seiner Befriedungsaufgabe verweigert. Jetzt sind die Bürger mehr denn je gefordert, auf der Herstellung des Rechts zu bestehen. ■

J. Philippe Rushton – Porträt eines konsequenten Darwinisten

von Siegfried Gerlich

Einen profilierten Wissenschaftler wie John Philippe Rushton, dessen Arbeiten in Ostasien sehr geschätzt, in Nordamerika scharf angefeindet und in Westeuropa schlicht totgeschwiegen werden, wird man getrost eine schillernde Figur nennen dürfen. Dabei verliefen der persönliche Lebensweg wie die berufliche Laufbahn des umstrittenen Psychologieprofessors in durchaus geordneten Bahnen. Am 3. September 1943 im englischen Bournemouth geboren, emigrierte Rushton im Alter von vier Jahren mit seinen Eltern zunächst nach Südafrika und später nach Kanada, bevor er als junger Erwachsener nach England zurückkehrte, um ab 1970 an der University of London sowie der London School of Economics Psychologie zu studieren, wo er 1973 mit einer Dissertation über altruistisches Verhalten von Kindern zum *philosophiae doctor* promovierte. Nach einem Forschungsjahr an der University of Oxford, welches der Persönlichkeitsentwicklung von Kindern gewidmet war, lehrte Rushton von 1974 bis 1976 an der York University und von 1976 bis 1977 an der University of Toronto als Gastprofessor. 1985 nahm er eine ordentliche Professur an der University of Western Ontario an, und an der University of London erwarb er 1992 den *scientiæ doctor*. Über die Jahre wirkte Rushton auch als Mitherausgeber der Fachzeitschriften *Scientometrics, Developmental Psychology, Population and Environment* und *Intelligence*. Des Weiteren war er Mitglied der amerikanischen, britischen und kanadischen Psychological Associations sowie der John Simon Guggenheim Memorial Foundation. 2002 wurde er zum Präsidenten des Pioneer Fund ernannt, der sich als gemeinnützige Stiftung in der Tradition der angloamerikanischen Eugenik um die Förderung der Erb-, Zwillings- und Intelligenzforschung verdient gemacht hat. Als Rushton am 2. Oktober 2012 in London nach langem Kampf an Krebs verstarb, hinterließ er Hunderte von Aufsätzen und sechs Bücher, von denen das 1995 erschienene *Race, Evolution and Behavior* ins Deutsche übersetzt wurde.

Es war vor allem dieses sein letztes, eine vorläufige Bilanz aus seiner Lebensarbeit ziehende Buch, welches in Kanada so massive Proteste hervorrief, daß der Transaction-Publishers-Verlag es umgehend wieder einzog. Aber bereits ein 1989 vor der American Association for the Advancement of Science gehaltener Vortrag hatte dazu geführt, daß die Regierung von Ontario Rushtons Entlassung forderte und Ermittlungen wegen Verletzung von »hate crime laws« gegen ihn einleitete. In politischen Karikaturen fand Rushton sich alsbald in Nazi-Uniformen und Ku-Klux-Klan-Kapuzen wieder. Über den »Fall Rushton« zu schreiben, gebietet daher, die massive Bedrohung der westlichen Wissenschaftskultur durch politischen Gesinnungsterror nicht zu verschweigen, der besonders hemmungslos wütet, wo die Rassenfrage berührt oder auch nur der Rassenbegriff genannt wird. Bereits nach dem Untergang des Dritten Reiches und zum Auftakt der Dekolonisierung der Dritten Welt hatte die UNESCO in ih-

»Die Astronomie und die Naturwissenschaften hatten vor einigen Jahrhunderten ihren Kopernikus, Kepler und Galileo; ihretwegen steht es heute um die Gesellschaften und das Wohlergehen der Menschheit besser. Auf eine analoge Art und Weise haben Psychologie und Sozialwissenschaften heute ihren Darwin, Galton und Rushton.«

Glayde Whitney: »Contemporary Psychology«

rem 1952 verlautbarten »statement of race« nicht nur der Politik des Rassismus, sondern auch dem Begriff der Rasse selbst den Kampf angesagt.

Entsprechend widersprüchlich ging die antirassistische Behauptung der Gleichheit aller Rassen mit der Bestreitung ihrer biologischen Realität einher: Was es nicht geben durfte, sollte dennoch gleich behandelt werden. Zur Durchsetzung dieses paradoxen Konzepts eines »Rassismus ohne Rassen« war freilich eine Ausweitung der Kampfzone ins Reich der Wissenschaft vonnöten. In der Folge wurde nicht nur die biologische Rassenforschung durch eine soziologische Rassismusforschung ersetzt, sondern auch die physische durch eine ethnologische Anthropologie zurückgedrängt, bis sich in den Humanwissenschaften endlich eine mächtige Einheitsfront aus allerlei Milieutheorien gegen humanbiologische Forschung überhaupt gebildet hatte.

Daß auf diesem Wege der ursprünglich als antidiskriminierungspolitischer Kampfbegriff gegen die nationalsozialistische Rassenideologie geschaffene Rassismusbegriff allmählich sein eigenes Diskriminierungspotential entfaltete, mußten schon Lehrer und Freunde Rushtons wie der Verhaltenspsychologe Hans-Jürgen Eysenck und der Erziehungspsychologe Arthur Jensen erfahren, die sich wegen ihrer Forschungen über die Erblichkeit von Intelligenz- und Verhaltensunterschieden persönlichen Angriffen und sogar körperlichen Übergriffen ausgesetzt sahen, obgleich sie öffentlich gegen Rassendiskriminierung eingetreten waren. Ganz wie sie hatte auch der junge Rushton als Milieutheoretiker begonnen, um jedoch schon bald an die Grenzen soziologischer Ursachenforschung zu stoßen. Daraufhin wandte er sich der von Francis Galton begründeten Verhaltensgenetik zu, deren statistische und biometrische Methoden bereits von der Zwillings- und Adoptionsforschung adaptiert worden waren und als »quantitative Genetik« eine mathematische Berechnung des Erblichkeitskoeffizienten der Intelligenz erlaubten. Von hoher Brisanz waren die Ergebnisse der Intelligenzforschung besonders in den Vereinigten Staaten, wo seit 1910 in über 350 vergleichenden Studien erhebliche Leistungsunterschiede zwischen Weißen und Schwarzen festgestellt wurden, die sich auch durch die in den 1960er Jahren eingerichteten staatlichen Förderprogramme für sozial benachteiligte Kinder nicht nachhaltig verringerten. Und in Anbetracht der signifikanten Korrelation zwischen biometrischen Intelligenz- und sozioökonomischen Statusunterschieden, wie sie in ethnosozialen Schichtenbildungen zutage trat, mißtraute nicht nur Rushton dem soziologistischen Standardargument, daß das Fortbestehen einer unverhältnismäßig schwarzen Unterschicht ausschließlich durch Klassenzugehörigkeit und Rassendiskriminierung bedingt sei. So konnten der Psychologe Richard J. Herrnstein und der Politologe Charles Murray in ihrer 1994 erschienenen Großstudie *The Bell Curve* an 13 000 über 13 Jahre verfolgten Lebensverläufen die prognostische Validität von Intelligenztests für den schulischen wie den beruflichen Erfolg demonstrieren: selbst im Ghetto aufgewachsene schwarze Jugendliche mit einem IQ von 120 hatten größere Erfolgsaussichten als aus der Mittelschicht stammende weiße Jugendliche mit einem IQ von 80. Daß im übrigen nicht nur in der mobilen amerikanischen Leistungsgesellschaft, sondern in der globalisierten Weltgesellschaft insgesamt eine »soziale Siebung« von Begabungsunterschieden über Auf- oder Abstieg entscheidet, ergaben wiederum diverse Metastudien des Psychologen Richard Lynn. In *IQ and the Wealth of Nations* von 2002 und *The Global Bell Curve* von 2008 wertete Lynn Indikatoren aus nahezu allen Staaten der Welt aus, um angesichts der stark kovariierenden nationalen Intelligenz- und Einkommenskurven das Wohlstandsgefälle zwischen reichen und armen Ländern im wesentlichen auf die unterschiedlichen genetischen Dispositionen ihrer Bevölkerungen zurückzuführen.

Vor dem Hintergrund dieser mit der Intelligenzverteilung in oder zwischen Klassen und Nationen befaßten Forschungen, an deren Horizont bereits die großen Rassenkreise aufdämmerten, lag es für Rushton nur nahe, die »Caucasians«, »Asians« und »Blacks«, die in der europäischen Anthropologie nach François Bernier als »Europide«, »Mongolide« und »Negride« bezeichnet werden, endlich direkt in den Blick zu nehmen – gleichviel, ob deren Angehörige als indigene Mehrheiten in ihren Heimatländern oder als migrantische Minderheiten in Einwanderungsländern anderer Kontinente lebten. Hierfür weitete Rushton die zumeist auf die In-

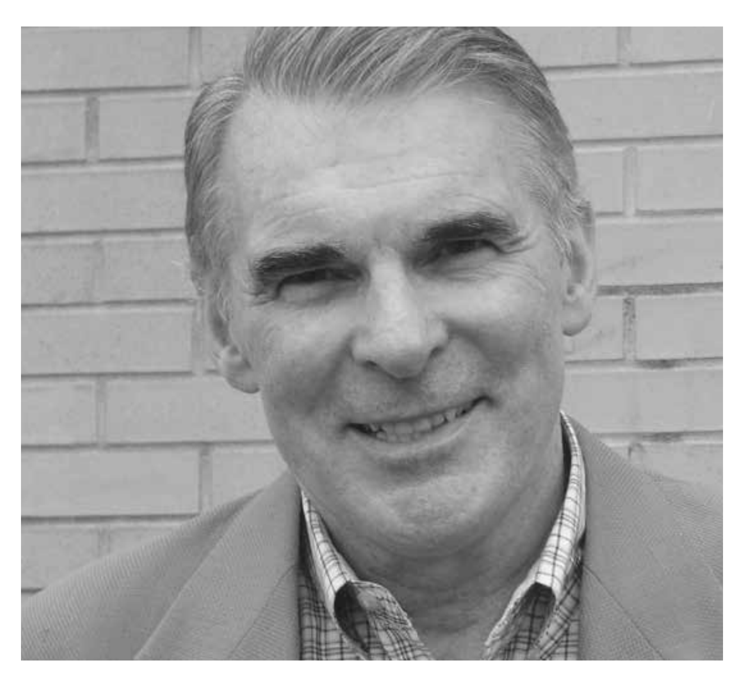
»Obwohl die Darwinianer aus ihren Kämpfen des 19. Jahrhunderts gegen die biblische Theologie siegreich hervorgingen, verloren sie später diesen Boden an liberale Gleichheitstheoretiker, Marxisten, Kulturrelativisten und literarische Dekonstruktivisten. Die Präsentation von Fehlinformationen und die bewußte Vorenthaltung von Beweisen sind allzu typisch geworden – sogar für Evolutionsbiologen, wenn sie über Rasse schreiben. Die Darwinsche/Galtonsche Sichtweise ist aus politischen Gründen aufgegeben worden und nicht, weil die wissenschaftliche Forschung sie widerlegt hätte.«

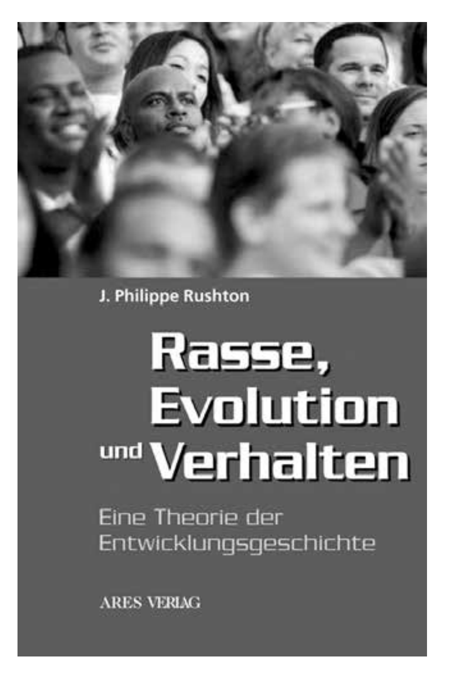
Rasse, Evolution und Verhalten

»Die Welt braucht einen neuen internationalen Moralkodex, der auf der Anerkennung signifikanter nationaler Unterschiede in den menschlichen Geistesfähigkeiten und den daraus folgenden wirtschaftlichen Ungleichheiten beruht. Die Bevölkerungen der reichen Länder müßten akzeptieren, daß sie moralisch verpflichtet sind, auf unbestimmte Zukunft den Völkern der armen Länder finanzielle Hilfe zu leisten, so wie sie innerhalb ihrer Länder eine moralische Pflicht haben, Steuern für die Unterstützung der Armen zu zahlen.«

Richard Lynn/Tatu Vanhanen: *IQ and the Wealth of Nations,* 2002

telligenz beschränkten Heritabilitätsmessungen auf rund 60 weitere Persönlichkeits- und Verhaltensvariablen aus, indem er Aggregationsanalysen von mehr als 1000 internationalen Studien zu Temperament und Emotionalität, Sozial- und Sexualverhalten, Bindungs- und Familienstabilität sowie Krankheitsanfälligkeit und Lebenserwartung vornahm. Doch so komplex Rushtons Metastudien auch waren, so kompakt ließen sich deren Ergebnisse auf einer kontinuierlichen Skala abbilden: Am einen Ende erzielten Ostasiaten die höchsten und Weiße hohe Mittelwerte für Introvertiertheit und emotionale Stabilität, Altruismus und sexuelle Selbstkontrolle, soziale Anpassungsfähigkeit und Gesetzeskonformität; und am anderen Ende der Skala erreichten Afroamerikaner hohe und Schwarzafrikaner höchste Werte für Extravertiertheit und Psychopathie, Aggressivität und sexuelle Impulsivität, individuelles Dominanzstreben und Delinquenzneigung.





»Dieses brillante Buch ist die beeindruckendste theoriebasierte Untersuchung über die psychologischen und Verhaltensunterschiede zwischen den großen Rassengruppen, der ich in der weltweiten Literatur zu diesem Thema begegnet bin. Rushton hat Beweismaterial gesammelt, das es von nun an unmöglich machen wird, Evolutionsprinzipien und biologische Variablen beim Studium der rassischen Unterschiede im Verhalten zu umgehen.«

Arthur Jensen: zit. n. *Rasse, Evolution und Verhalten*

Ein rassisches Gefälle trat nicht zuletzt bei stark negativ korrelierenden Variablen wie Intelligenz und Delinquenz zutage. Nach der von Rushton zitierten und von der American Psychological Association bestätigten Statistik Lynns von 1991 lauteten die weltweiten IQ-Mittelwerte für Ostasiaten 106, für weiße Europäer und Nordamerikaner 100, für Afroamerikaner 85 und für Schwarzafrikaner 70. In umgekehrter Proportion hierzu standen die in der internationalen Verbrechensstatistik von Interpol registrierten Meßwerte: Von 1983 bis 1986 beliefen sich bei Asiaten, Weißen und Schwarzen pro 100000 die Kriminalitätsraten insgesamt auf 43, 74 und 142 und insbesondere die Vergewaltigungsraten auf 3, 6 und 13. Milieutheoretisch desaströs waren vor allem die feinen Unterschiede, daß Schwarze in »nicht-diskriminierenden« afrikanischen und karibischen Staaten noch niedrigere Intelligenzwerte erreichten als in den »diskriminierenden« Vereinigten Staaten, hier wie dort aber deutlich höhere Kriminalitätsraten aufwiesen als Weiße, während Chinesen, Japaner und Koreaner in asiatischen wie in amerikanischen Staaten allemal die niedrigsten Kriminalitätsraten und die höchsten Intelligenzwerte erzielten. Eine praktische Widerlegung der Ghetto-Theorie, wonach der Verfall schwarzer Wohnviertel wie der Bronx eine unausweichliche Folge von Sklaverei und Rassismus darstelle, erbrachten gerade die arrivierten Einwohner der »Chinatowns« amerikanischer Großstädte, deren verachtete Vorfahren gleichfalls unter sklavenähnlichen Bedingungen gelebt hatten.

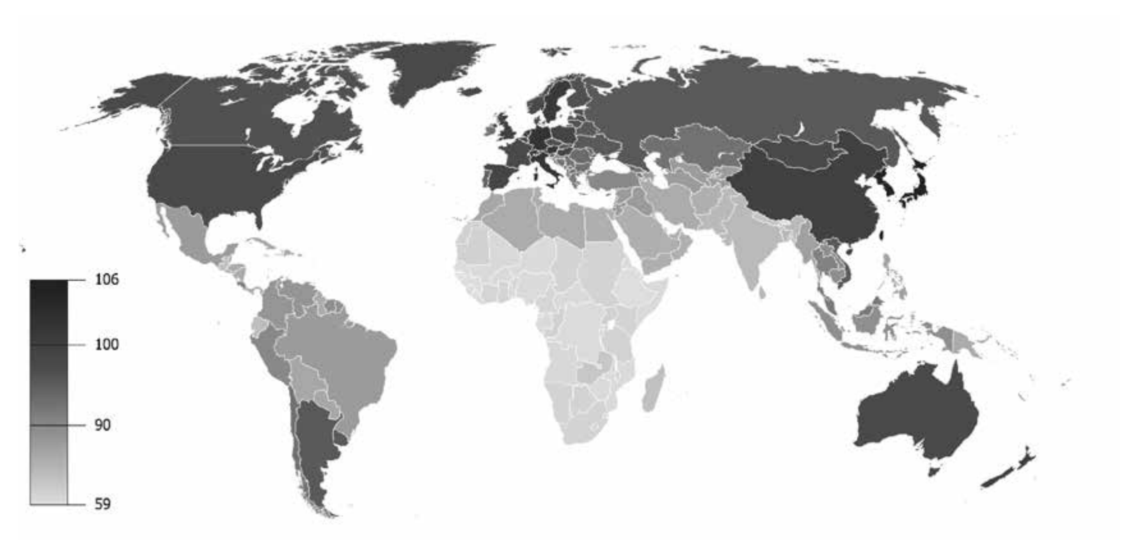
Rushton selbst war verblüfft darüber, daß trotz der weltweit gravierenden Unterschiede in den nationalen, sozialen, ökonomischen, kulturellen und demographischen Verhältnissen, unter denen Asiaten, Weiße und Schwarze jeweils lebten, bei zahlreichen stark miteinander korrelierenden Variablenkomplexen hartnäckig immer wieder dieselben rassischen Profile zum Vorschein kamen, welche die Annahme eines Heritabilitätsfaktors unabweisbar machten. Allerdings hat Rushton stets die große geneti-

sche Varianz innerhalb der drei Großgruppen betont und vor dem rassistischen Kurzschluß gewarnt, kollektive Durchschnittsmessungen auf Individuen herunterzubrechen. Weit davon entfernt, einen harten Biologismus zu vertreten, schätzte er die Varianzanteile von Umwelteinflüssen und Erbanlagen als ungefähr gleich groß ein. Gerade als moderner Verhaltensgenetiker hielt Rushton die alte Feindschaft zwischen Bio- und Sozialwissenschaften für obsolet, präsentierte ihm das menschliche Verhalten doch eine phänotypische Verdichtung von »nature« und »nurture«. Umso doktrinärer erschienen ihm freilich die kulturalistischen Soziologen, die eine ausschließliche Umweltdetermination ethnischer Differenzen behaupteten und zugleich eine diskurspolizeiliche Inkriminierung des Rassenbegriffs betrieben.

»Die Fakten und Probleme, die mit ›Rassen‹ in Zusammenhang gebracht werden, sind nicht durch die Tabuisierung des Begriffes ›Rasse‹ aus der Welt geschafft, sondern nur auf die ›Populationen‹ übertragen worden. Es vergeht kein Tag, an dem die genetische Forschung, jetzt, nach der vollständigen Entzifferung des genetischen Kodes, nicht neue genetische Unterschiede zwischen den Rassen und ihren Populationen findet.«

Volkmar Weiss: Vorwort zu *Rasse, Evolution und Verhalten*

Seit den 1950er Jahren waren jedoch auch viele Humanbiologen dazu übergegangen, »Rassen« durch »Subspezies«, »Varietäten« oder »Populationen« zu ersetzen, nachdem die auf den abstrakten »Genotyp« fixierte Molekular- und Populationsgenetik ein statistisches »Erbbild« von Bevölkerungen aus deren unterschiedlichen Genfrequenzen errechnen konnte. Damit aber stand das an konkrete »Phänotypen« gebundene Rassenverständnis der physischen Anthropologie, die aus morphologischen und physiologischen Merkmalen von Individuen ein homogenes »Erscheinungsbild« von Großpopulationen herzuleiten suchte, unter dem Verdacht rassistischer Stereotypenbildung. Antirassistisch engagierte und entsprechend vielzitierte Humanbiologen wie Luca Cavalli-Sforza, Stephen Jay Gould oder Richard Lewontin vermeldeten unaufhörlich, die biologischen Unterschiede zwischen den Menschen seien lediglich quantitativer, nicht qualitativer Art und mit 0,1 Prozent so gering, daß die genetischen Distanzen innerhalb einer menschlichen Population diejenige zwischen verschiedenen Populationen bei weitem überstiegen. Doch allmählich stellte sich heraus, daß individuelle Merkmalsvariationen nicht schon durch den genetischen Code festgelegt sind, sondern durch die Genexpression, die Regulation und Aktivierung von Allelen, allererst erzeugt werden und rassische Variationen obendrein durch bestimmte Clusterbildungen von Allelen zustandekommen. Längst wird auch von Kritikern des Rassebegriffs der genetische Varianzanteil von Großgruppen an der Gesamtvarianz der Menschheit auf durchschnittlich 15 Prozent geschätzt, wobei die größte



Durchschnitts-IQ nach Ländern (nach Richard Lynn und Tatu Vanhanen)

gemessene genetische Distanz zwischen einzelnen ethnischen Gruppen sogar 46 Prozent beträgt. Mittlerweile kann eine Zuordnung von Individuen zu kleineren Volksgruppen wie zu den großen Rassenkreisen sogar mit einer Treffsicherheit von über 90 Prozent vorgenommen werden.

Gleichwohl begnügte sich Rushton bei seinen Erkundungen rassischer Diversität keineswegs mit den fortschreitenden Erkenntnissen der Humangenetik. Vielmehr suchte er diese mit den Ergebnissen embryologischer und evolutionsbiologischer sowie archäologischer und paläontologischer Forschungen abzugleichen, um so zu einem integralen Verständnis von Rassentypen zu gelangen, die sich allein aus einer »Kombination von geographischen, ökologischen und morphologischen Faktoren und Genfrequenzen biochemischer Komponenten« erkennen ließen. Nach der jahrzehntelangen Hegemonie der Populationsgenetik innerhalb

der humanbiologischen Disziplinen schien ihm eine Rehabilitierung vor allem der physischen Anthropologie geboten. Schließlich hatten die DNA-Analytiker in der frühen, heroischen Phase des »Human Genome Project« die Gene geradezu fetischisiert und darüber alles Phänomenale bagatellisiert, bis sie gleichsam den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr sahen und eigens daran erinnert werden mußten, daß die Evolution nicht nur auf genotypischen Mutationen beruht, sondern als Selektion gerade an phänotypischen Variationen ansetzt, welche aus dem Zusammenspiel von biologischer Ausstattung und ökologischen Anpassungen resultieren. In diesem Sinne berief sich Rushton auf Charles Darwins »Prinzip der Divergenz«, wonach »anfangs kaum merkbare Verschiedenheiten immer weiter zunehmen und die Rassen immer weiter unter sich wie von ihren gemeinsamen Stammeltern abweichen«. Orthodox darwinistisch war denn auch Rushtons Versuch, mithilfe soziobiologischer Modelle die Verzweigung der Stammesgeschichte des Menschen in die Rassengeschichten der Negriden, Europiden und Mongoliden nachzuzeichnen und noch die kognitiven und behavioralen Differenzen ihrer rezenten Formen als Ergebnisse der Evolution vorzuführen.

»Es kann nachgewiesen werden, daß das Reproduktionssystem in einem außerordentlichen Grade empfindlich ist für veränderte Lebensbedingungen (...) Die Rassen weichen auch in der Konstitution, in der Akklimatisationsfähigkeit und in der Empfänglichkeit für verschiedene Krankheiten voneinander ab. Ihre geistigen Merkmale sind ebensosehr verschieden, hauptsächlich allerdings, wie es scheinen will, in ihren emotionalen, nur zum Teil in ihren intellektuellen Fähigkeiten.«

Charles Darwin: *Die Abstammung des Menschen,* 2002 (1871)

In Übereinstimmung mit der genetischen Stammbaumforschung ging Rushton von der »Single-Origin«-Hypothese aus, derzufolge der moderne Mensch sich vor ca. 200000 Jahren in Afrika entwickelt hatte, bevor sich subsaharische Populationen vor ca. 110000 Jahren abspalteten und in den eurasischen Raum vordrangen, und vor ca. 41000 Jahren eine weitere Spaltung der archaischen Eurasier in europide und mongolide Populationen eintrat. Dieser Übergang der einen Stammesgeschichte in die drei großen Rassengeschichten aber vollzog sich unter den höchst unterschiedlichen klimatischen und ökologischen Bedingungen der jeweiligen Kontinente. Rushton zufolge war es für die Entstehung der rassischen Varietäten von nachhaltiger Bedeutung, daß die nach Eurasien ausgewanderten Populationen in die vor 130000 Jahren angebrochene erste Würm-Eiszeit hineingerieten und die nach Ostasien weitergezogenen Populationen überdies noch der Haupt-Würm-Eiszeit von 40000–10000 v. Chr. ausgesetzt waren. Denn angesichts solcher harten Umweltbedingungen mußten diese Frühformen der Europiden und Mongoliden andere Überlebensstrategien entwickeln als die zurückgelassenen Negriden.

Nach dem vornehmlich von Edward O. Wilson verfochtenen populationsökologischen r/K-Konzept verfolgen Populationen mit rascher Individualentwicklung und kurzer Lebensspanne in einer unberechenbaren, aber ressourcenreichen Umwelt die »r«-Strategie, da ihnen eine hohe Fortpflanzungs»rate« bei geringer elterlicher Fürsorge Überlebensvorteile beim Ausbreitungswettbewerb um extensive Lebensraumnutzung verschafft. Ein berechenbarer, in seiner ökologischen Trage»kapazität« aber begrenzter Lebensraum hingegen nötigt Populationen die »K«-Strategie auf, denn im Verdrängungswettbewerb um die intensive Nutzung der knappen Ressourcen ist eine niedrige Geburtenrate bei ausgeprägter Brutpflege auch im Hinblick auf eine langsamere Individualentwicklung und eine längere Lebenserwartung von Vorteil. Um nun diese ursprünglich auf tierliche Spezies zugeschnittene r/K-Theorie auch auf menschliche Subspezies anwenden zu können, mußte Rushton sie allerdings zu einer »differentiellen K-Theorie« abwandeln, welche rassentypischen Abweichungen in Richtung der r-Selektion stets nach Maßgabe der arttypischen K-Selektiertheit des Menschen Rechnung trug. Unter diesem Vorbehalt gab Rushton zu bedenken, daß das heiße Klima in der subsaharischen Savanne unvorhersehbare Dürreperioden und verheerende Krankheitsepidemien mit sich brachte, sodaß die hohen Sterblichkeitsraten afrikanischer Populationen nur durch hohe Geburtenraten kompensiert werden konnten, was wiederum ein »libertäres« und bindungslabiles Paarungsverhalten erforderte. Demgegenüber sahen sich jene in die kalten Regionen abgewanderten Populationen zwar einem schweren Klimaschock ausgesetzt, aber dafür waren nördliche und selbst arktische Winterperioden zumindest insoweit vorhersehbar, daß sich stabile Familienbindungen zur »konservativen« Aufzucht von wenigen Kindern entwickeln konnten.

»Darwins wirklich gefährliche Idee war es, zu betonen, wie groß die genetische Variation zwischen Individuen und zwischen Gruppen ist, und wie die natürliche Selektion nicht ohne diese Variation funktionieren kann. Wenn es zum Studium der Rasse kommt, ist Darwins Idee das letzte Tabu. Weder in *Die Entstehung der Arten* (1859) noch in *Die Abstammung des Menschen* (1871) zweifelte Darwin an der Wichtigkeit, die er sowohl der individuellen als auch der rassischen Variation zuschrieb.«

Rasse, Evolution und Verhalten

Der durch die Kolonisierung Eurasiens erzeugte Selektionsdruck wirkte sich Rushton zufolge jedoch nicht nur auf die Ausrichtung der Reproduktionsstrategien aus – er war ebensosehr in Richtung auf höhere Intelligenz am Werk: Für die Behausungssicherung und Ressourcenbeschaf-

fung war die Erfindung von effektiveren Werkzeugen und Waffen vonnöten, und zumal für die überlebenswichtige Ernährungsumstellung von Pflanzen auf pflanzenfressende Tiere mußte sich der afrikanische Sammler zum eurasischen Jäger umrüsten und sein sexuelles Konkurrenz- in soziales Kooperationsverhalten umwandeln, nicht ohne damit eine Rationalisierung der Lebensführung einzuleiten, wie sie für die Entstehung von komplexeren sozialen und kulturellen Institutionen unabdingbar war. Und da diese Selektionsprozesse ganze Variablenkomplexe betrafen, wurde neben den Gehirnfunktionen, welche die kognitiven und emotionalen Fähigkeiten steuern, auch das Hormonsystem, welches die sexuellen und aggressiven Antriebe reguliert, zur Anpassung gezwungen. Wie schon im Verlauf der Stammesgeschichte der Hominiden die Gehirnentwicklung eine verzögerte Reifung, eine verlängerte Schwangerschaft und eine verringerte Fortpflanzungsrate erforderte, so sollte auch in der frühen Rassengeschichte der Negriden, mehr noch der Europiden und am meisten der Mongoliden die Vergrößerung des Gehirns mit einer Verkleinerung der Genitalien und einer Verringerung der Keimzellen- wie der Testosteronproduktion einhergehen. Nach Rushtons Gesamtbilanz jedenfalls ist die Investition in intellektuelle Potentiale auf Kosten vitaler Potenzen gegangen, und wenn die Evolution diesen »bioenergetischen Kompromiß« gewiß der menschlichen Art als ganzer auferlegt hat, so hat sie doch die menschlichen Rassen mit einer unterschiedlichen Kompromißbereitschaft ausgestattet.

»Wenn es irgendeine Gerechtigkeit gibt, müßte Rushton den Nobelpreis erhalten.«

Richard Lynn: »Spectator«

Die »Weißen«, die »Schwarzen« und die »Gelben« selbst sind sich ihrer vitalen, behavioralen und mentalen Unterschiede seit jeher bewußt gewesen; nicht von ungefähr haben sie immer schon Exklusivität und Endogamie gepflegt und ihre Ethnozentrik häufig bis zur Xenophobie getrieben. Unter alldem aber, was man oberflächlich zu Ingredienzen des Rassismus rechnen mag, hat Rushton die Tiefenschicht eines rassischen Altruismus freigelegt. Die soziobiologische Annahme, daß das von Richard Dawkins so genannte »egoistische Gen« sich in größeren Gruppen von »Ähnlichen« effektiver zu reduplizieren vermag als in der kleineren Gruppe bloßer »Verwandter«, brachte bereits Anthropologen wie Pierre von den Berghe, Frank Salter oder Henry Harpending dazu, William Hamiltons Konzept der »Verwandtenselektion« von der Familie auf die Ethnie auszuweiten und genetische Verwandtschaftskoeffizienten auf ethnische und sogar nationale Gemeinschaften hochzurechnen. Aber erst Rushton entwickelte in einer biologisch-kulturellen Koevolutionsperspektive eine umfassende »Theorie der genetischen Ähnlichkeit«, mit welcher er über die Verwandtenselektion hinausgehen und zu einer Rehabilitierung der scheinbar widerlegten »Gruppenselektion« fortschreiten konnte, um noch die ideologischen Konzepte des »Patriotismus« und »Nationalismus« als epigenetisch verstärkte Ausgestaltungen einer genetisch vorgezeichneten Anlage auszuweisen. Mit seiner integralen »Ähnlichkeitstheorie«, welche die anthropologisch universale Präferenz von Klein- wie Großgruppen für das Ähnliche und Eigene gegenüber dem Unähnlichen und Fremden erklären sollte, hat Rushton überdies eine große Lösung für das bereits von Darwin aufgeworfene Problem des Altruismus geboten, das ihn schon in seinen Anfängen beschäftigt hatte.

Seit sich aber unter dem Diktat der politischen Korrektheit nach den Sozialwissenschaften großenteils auch die Biowissenschaften dem zivilreligiösen Dogma der natürlichen Gleichheit aller Menschen verschrieben haben, gilt Rushton selbst unter manchen Fachkollegen als pseudowissenschaftlicher Rassenideologe. Freilich entbehrt es nicht der Ironie, daß dieselben aufgeklärten Evolutionisten, die über den religiösen Kreationismus zu spotten lieben, ihrerseits einem fragwürdigen Kreationismus kulturalistischer Art anhängen, indem sie den zeitlichen Geltungshorizont der Evolutionstheorie bei der Abstammung des Menschen enden lassen und die spätere Rassenevolution zu einem selbstkreierten kulturellen Konstrukt fiktionalisieren. Gegen solchen politisch korrigierten Darwinismus hat Rushton unerschrocken Darwins »gefährliche Idee« des Divergenzprinzips zu Ende gedacht. Wie immer eine künftige Forschung Rushtons Werk beurteilen mag – er selbst hat die Ergebnisse seiner Arbeit stets freimütig zur Diskussion gestellt. Auf plumpe Polemik oder persönliche Beleidigungen aber pflegte er mit der souveränen Gelassenheit eines Gentleman alter Schule zu antworten: »But this is not an argument«. ■

Literaturhinweise:

Frank Böckelmann: *Die Gelben, die Schwarzen, die Weißen,* Frankfurt a.M. 1998;

Hans-Jürgen Eysenck: *Vererbung, Intelligenz und Erziehung. Zur Kritik der pädagogischen Milieutheorie,* Stuttgart-Degerloch 1975;

Siegfried Gerlich: »Rassismus ohne Rassen. Zur Kritik eines paradoxen Konzepts«, in: *Tumult,* Winter 2015/16;

Rainer Knußmann: *Vergleichende Biologie des Menschen. Lehrbuch der Anthropologie und Humangenetik,* Stuttgart 1980;

Robert Plomin/John C. DeFries/Gerald E. McClearn/Michale Rutter: *Gene, Umwelt und Verhalten. Einführung in die Verhaltensgenetik,* Bern 1999;

J. Philippe Rushton: *Rasse, Evolution und Verhalten. Eine Theorie der Entwicklungsgeschichte,* Graz 2005;

Vincent Sarich/Frank Miele: *Race. The Reality of Human Differences,* New York 2005;

Andreas Vonderach: *Anthropologie Europas. Völker, Typen und Gene vom Neandertaler bis zur Gegenwart,* Graz 2008;

ders.: *Sozialbiologie. Geschichte und Ergebnisse,* Berlin 2012;

Volkmar Weiss: *Die Intelligenz und ihre Feinde. Aufstieg und Niedergang der Industriegesellschaft,* Graz 2012;

Dieter E. Zimmer: *Ist Intelligenz erblich? Eine Klarstellung,* Reinbek bei Hamburg 2013.

Linke Heuchelei, linker Moralismus

von Paul Daniel Brunetta

Die notorische Hypokrisie des linksliberalgrünen Lagers ist mehrfach bemerkt worden, insbesondere von ihren Renegaten. Sie ist, da sie die Etikette der öffentlichen Rede mittlerweile vollständig bestimmt, ja auch längst nicht mehr zu ignorieren. Trotzdem blieb es bislang bei phänomenologischen Betrachtungen zu Lebenswelt und Konsumgewohnheiten. Stichwörter wie »Bionade-Biedermeier« oder »Latte-Macchiato-Mütter« nehmen Bezug auf harmlose, prima vista nicht unsympathische und politisch jedenfalls nicht bewertbare Phänomene. Das Problem liegt indessen auf einer völlig anderen Ebene als der einer ästhetischen Konsum- und Stilkritik der »feinen Unterschiede«, denn für die Linke – nicht als Partei, sondern als politisches Lager– ist Heuchelei konstitutiv. Jenseits persönlicher Laster und individueller Handlungen bildet sie ein unhintergehbares Grundelement linken Denkens.

»Bei einer Idee kommt es nie darauf an, was sie erreichen will, sondern was sie legitimiert. Denn nur das, was sie legitimiert ist real, was sie erreichen will, ist es nicht.«

Béla Hamvas, *Byzanz*

Dies gilt keineswegs nur für die »klassische Linke«. Entgegen dem oberflächlichen Eindruck ist die Kontinuität zwischen klassisch linken »harten« und linksliberalgrünen »weichen« Positionen ungebrochen. (Und wenn hier von »der Linken« gesprochen wird, ist immer dieser gesamte Diskurskomplex angesprochen.) Die philosophische Postmoderne, die zunächst als Kritik an marxistischen Einheitsvorstellungen wie Subjekt der Geschichte etc. daherkam und von vielen Altmarxisten als Verherrlichung der Markwirtschaft aufgefaßt wurde (man denke an Fukuyamas *Ende der Geschichte,* das den weltweiten Sieg liberaler Systeme prophezeite), hat zentrale Motive linken Denkens mit bisher ungekannter Effizienz in die Gesellschaft implantiert. Je weniger die theoretischen Aporien des Marxismus sich leugnen ließen, desto mehr schoben sich die an ihn anschließbaren emotionalen Momente in den Vordergrund, um schließlich aus dem postmodernistischen Diskurswirbel als dominant hervorzugehen. Die Linke ist als beherrschende geisteshistorische Formation nie abgelöst, sondern im Gegenteil erst durch ihre Transformation in die »weiche« Postmoderne hegemonial geworden – zwar wähnte Niklas Luhmann schon 1983, bei Gelegenheit eines Panoramablicks über die soziologische Theorielandschaft, eine »Landschaft mit den erloschenen Vulkanen des Marxismus« (*Soziale Systeme,* 13) zu überfliegen und mag, was die erloschene Produktivität der Theorie betrifft, im Recht gewesen sein. Der Höhepunkt der eigentlichen Herrschaft der Linken über die Medien und damit die öffentliche Meinung stand jedoch erst noch bevor. Diese Linke und besonders der aktuelle politisch korrekte Linksliberalismus leidet an flächendeckender Heuchelei, was doppelt ironisch ist, wenn man bedenkt, daß eine der Lieblingsphrasen schon der älteren Linken, aber speziell der 68er lautete, einem »heuchlerischen Bürgertum« »die Maske abreißen« zu wollen.

»Insgleichen aber ist der Anblick der tiefen feinen ihrer selber sicheren, ihrer selber aber gänzlich unbewußten Heuchelei unter allen guten dicken braven Menschen für den, der sie sehen kann, ein Ding zum Entzücken: und im Gegensatz zur bêtise humaine ist hier die unbewußte Verschlagenheit entzückend.«

Nietzsche, *Nachgelassene Fragmente,* Frühjahr 1884, 25 [9]

Unhintergehbar ist die Heuchelei auf der Linken aus drei Gründen. Erstens, da sie aus einer verfehlten Anthropologie erwächst: Die vom linken Mainstream übernommene vulgär-rousseauistische Vorstellung vom »guten« und »unterdrückten« Menschen (die sich so bei Marx nicht fin-

det) scheitert immer wieder neu an der Realität einer gänzlich anderen anthropologischen Verfaßtheit, die weder in Moral aufgeht noch in deren Gegenteil. In der »Flüchtlingskrise« ist zu besichtigen, wie sich dieses »Güte-Dogma« auswirkt, nämlich in einer Spirale, die von gezielter Desinformation zur Verunglimpfung von Kritikern zur Legitimierung von Gewalt gegen diese führt.

Zweitens wird sie fortlaufend von einem Geschichtsdenken erzeugt, das durch die Vorstellung eines unbegrenzten Fortschritts an Rechten und sozialer Teilhabe gekennzeichnet ist, der für die klassische Linke schließlich in einem utopischen Zustand zum Stillstand kommt. Die Utopie spielte hier bekanntlich die Rolle der zentralen Entlastungsinstanz – jedes Verbrechen konnte vorteilhaft unter der Rubrik eines historischen »leider noch notwendig« abgeschrieben werden. Stellte man dann fest, daß z. B. die Ausrottung der Kulaken das Heranrücken des »Reichs der Freiheit« verblüffenderweise nicht befördert hatte, so handelte es sich um einen unvermeidlichen Kollateralschaden auf dem großen Weg zum Menschheitsglück nach dem Motto: »Wo gehobelt wird, fallen Späne.« Exakt diesem Muster folgen auch nach der postmodernen Eliminierung finalisierter Geschichtsphilosophie jene Zeitgenossen, die die Verbrechen an Einheimischen als vernachlässigbaren Nebeneffekt einer vermeintlich »humanen« und damit »alternativlosen« Zuwanderungspolitik begreifen. Das utopische Ziel hat sich vom klassenlosen Staat zur multikulturellen Weltgesellschaft verschoben, die Marginalisierung und Instrumentalisierung von Opfern bleibt dieselbe.

Drittens ist das konsequent linke Denken (mit Ausnahme seiner deterministischen Variante, die moralisches Handeln im wesentlichen für überflüssig hält) der rigoroseste vorstellbare Moralismus. Überforderung des Subjekts ist seine Signatur. Dessen wirtschaftliche und im Extremfall selbst physische Selbsterhaltung wird kriminalisiert. Das Opfer des Individuums für die Arbeiterklasse ist im phantasmatischen Universum des Linksliberalismus mutiert zu der mittlerweile unverhohlenen Forderung an Deutsche, Europäer, Amerikaner, sie mögen zugunsten der »Dritten Welt« die akute Gefährdung ihres Wohlstands, ihrer Kultur und ihrer Sicherheit nicht nur in Kauf nehmen, sondern aktiv herbeiführen, kurz: kollektiven Selbstmord begehen (»Asyl für alle!«). Die Anzahl der kommunistischen Funktionäre, die sich für das Wohl der Arbeiterklasse aufgeopfert hat, dürfte überschaubar sein. Die Anzahl der linksgrünen Hypermoralisten jenseits der Pubertät, die ihren Forderungen an andere eigene Taten folgen lassen, ist noch überschaubarer, und zwar nicht nur in absoluten Zahlen. (Ich übergehe hier den beliebten Hinweis, wonach bislang, soweit bekannt, weder Claudia Roth aus ihrer türkischen noch Joschka Fischer aus seiner Berliner Villa eine Heimstatt für syrische Flüchtlinge gemacht hätten.) Mit Hinblick auf diese Klientel wäre Carl Schmitts »Wer Menschheit sagt, will betrügen« zu ergänzen durch »Wer Menschheit sagt, will sich selbst betrügen.« Insofern ist der typische Linksgrüne als Tartuffe eine Fehlbesetzung: Molières Held ist ein Heuchler, der gerade an seiner Duplizität scheitert: er hat, was er vorspielt, noch nicht hinreichend verinnerlicht. Balzac beschrieb diesen Typ im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts bereits als »Tartuffe de nôtre temps, le Tartuffe-Démocrate-Philanthrope«. Der eben genannte Politikertypus des Überzeugungstäters, dem ganz nebenbei seine humanistische Überzeugung zum Karrierevorteil ausschlägt, läßt sich besser über den folgenden Aphorismus Nietzsches aus der »Götzendämmerung« erfassen: »Wenn nämlich ein Glaube nützlicher, wirkungsvoller, überzeugender ist, als die bewußte Heuchelei, so wird, aus Instinkt, die Heuchelei alsbald zur Unschuld: erster Satz zum Verständnis großer Heiliger.«

»Tatsache ist, daß die moralische Erbschaft des westlichen Europa, und sowohl der klassisch-antiken als auch christlichen Welt, sich nicht einer Moral der Gewohnheit und des Verhaltens verdankt, sondern einer moralischen Ideologie. […] Das Dilemma der westlichen Moral, wie ich es sehe, liegt erstens darin, daß unser moralisches Leben mittlerweile von einem Streben nach Idealen beherrscht wird, eine Tendenz, die gefestigte Verhaltensmuster zerstört und zweitens darin, daß wir stolz sein sollten, zu betrachten. Die Untersuchung dieses Dilemmas, dient einzig dem Zweck, das verdorbene Bewußtsein und den Selbstbetrug aufzudecken, der uns mit unserem Mißgeschick versöhnt.«

Michael Oakeshott: »The tower of Babel«, in: *Rationalism in politics and other essays,* Indianapolis 1991

Alle drei Elemente – idealisierende Anthropologie, idealzustandsfixiertes Geschichtsdenken und insbesondere ein totalitärer Moralismus – produzieren zwangsläufig hypokrite Haltungen: Das linke Denken ist der Heuchelei so eng verwandt, weil es sich weder eingestehen kann, daß das Paradies auf Erden nicht herstellbar ist, noch imstande ist, diese Wahrheit vollkommen zu verdrängen. Es bildet damit ein exemplarisches Beispiel jener Haltung, die die Existenzialisten »mauvaise foi« nannten. Die Realität auf Distanz zu halten – »eine Armlänge Abstand« – ist anstrengend, und das erklärt die tendenziell mörderische Aggression gegen Zweifler, Abweichler und Andersdenkende, die zur Zeit das Land durchtobt.

Wäre das nur ein individualpsychologisches Problem, könnte man es auf sich beruhen lassen. Ein Diskurs ist jedoch immer auch eine Praxis: die Linke hat erfolgreich eine massenhafte Disposition zur Introjektion ihrer Glaubenssätze erzeugt, an denen offenbar umso verbissener festgehalten wird, je erkennbarer sie der Realität widersprechen. Insofern ist die Aussage von Nicolaus Fest in der *Jungen Freiheit* (4/2016) gerechtfertigt, die Flüchtlingskrise verweise auf ein generelles Mentalitätsproblem: es war offenbar zunächst in der Tat eine Mehrheit der Deutschen, die sich nicht entblödete, den Kurs der Kanzlerin gutzuheißen, obwohl man keinerlei arkane Erkenntnis benötigte, um den Ausgang abzusehen.

»Je offensichtlicher man in der politischen Praxis gegen elementare Regeln gemeiner Rechts- und Moraltradition verstößt, um so intensiver wird die moralische Reflexion, die unter Berufung auf das höhere Recht einer ideologisch fortgeschritteneren Wirklichkeitsorientierung jene Verstöße zu legitimieren weiß. Nicht die moralisierende Reflexionstüchtigkeit ist beschädigt, sondern die Urteilskraft, die einen in Orientierung an Erfahrung und traditionell gefestigtem politischem Wirklichkeitssinn gemeinsinnfähig urteilen ließe, was erlaubt und was nicht erlaubt ist.«

Hermann Lübbe: *Politischer Moralismus*



Zdzisław Beksiński, ohne Titel, 1990

Die eigentliche Tragödie, die sich daraus ergibt, ist aber, daß diese Haltung der Selbsttäuschung dazu zwingt, eigenes Unrecht entweder zu leugnen oder zu rechtfertigen. Das große Ziel rechtfertigt die (immer wiederholte) Unterdrückung der Pressefreiheit (Lenins erster Akt, nachdem er an die Macht gekommen war), die Diffamierung politischer Gegner inklusive Existenzvernichtung, und, im gegenwärtigen Fall, den Rechtsbruch, die Ausbeutung, Diskriminierung und Gefährdung des eigenen Staatsvolks zugunsten illegaler Einwanderer aus einer aggressiv expandierenden Fremdkultur. Die Heuchelei vor sich selbst geht an dieser Stelle nahtlos in die Heuchelei im konventionellen Sinne über: die Kölner Oberbürgermeisterin wußte laut *Welt* und *Focus* längst Bescheid über die Beteiligung von Flüchtlingen an den Kölner Übergriffen, als sie noch lauthals dekretierte, allein der Versuch, einen solchen Zusammenhang herzustellen, sei illegitim. Der Zusammenhang von Heuchelei und Hypermoralismus be-

darf angesichts dieses Beispiels, dem sich zur Zeit leider viele andere an die Seite stellen ließen, keiner weiteren Erläuterung. Betonen muß man jedoch den nicht ganz so offensichtlichen Konnex von politischer Heuchelei, Hypermoralismus und Gewalt, der sich von der ersten Generation der Linken auf den heutigen linksliberalgrünen Komplex vererbt hat; der eine rechtfertigt die andere und schafft die Voraussetzungen für sie. Die Tatsache, daß man z.B. von jenem Mann, der nach einer Dresdner Pegida-Demonstration lebensgefährlich verletzt wurde, nie wieder etwas erfahren hat, daß Angriffe auf Christen in Flüchtlingsheimen es nahezu niemals über die Lokalpresse hinaus schaffen, entlarvt nicht nur den hochmoralischen Anspruch der Medien als pure Heuchelei, ihr Verhalten legitimiert zugleich die Gewalt durch wohlwollendes Beschweigen. Nicht zufällig stellen verschiedene Ausgaben von Cesare Ripas maßgeblicher *Iconologia* (Erste illustrierte Ausgabe 1603) die Heuchelei wolfsfüßig dar, was die Nähe von Heuchelei und Gewalt ebenso anzeigt wie die Wolf-im-Schafspelz-Metapher des Sprichworts.

Diese vage Eine-Welt-Ideologie wirkt auf den unbedarften Betrachter sanfter, ist aber in ihrem Anspruch keineswegs weniger totalitär, was sich schon daran zeigt, daß sie sich anmaßt, geltendes Recht mit Berufung auf ihre moralisierenden Marotten, die einem wildgewordenen viktorianischen Wohltätigkeitsbasar entsprungen sein könnten, zu suspendieren. Sie operiert mit derselben Projektion der »Menschheit«, auf deren Tükken Schmitt so eindringlich hingewiesen hat. Man muß sich, um diese Zumutungen abzuweisen, vor Augen führen, daß der Begriff heute prävalent nicht deskriptiv, sondern normativ verwendet wird. Er verweist nicht einfach auf die reale Gesamtheit der auf diesem Planeten lebenden Menschen in ihrem unfaßlich komplexen Beziehungsgeflecht (eine Vorstellung, die kein Pathos, sondern allenfalls Irritation zu wecken vermag), sondern auf eine in der Aufklärung geborene imaginäre idealisierte Einheit, deren angebliches Wohl die Einebnung jedweder gewachsenen Differenz und jedwedes Opfer rechtfertigen soll. »Humanität« und »globales Dorf« etc. sind in diesem Sprachspiel die Figuren, mit der andere dazu gebracht werden sollen, zugunsten von unbekannten und gänzlich kulturfremden Personen auf die Wahrung ihrer eigenen Interessen, der ihrer Familien, ihres Landes und ihrer Gesamtkultur, in diesem Fall der europäischen, zu verzichten.

Dieser in seiner Rigidität selbstzerstörerische Moralismus bildet zu heuchlerischen Verhaltensweisen keinerlei Widerspruch, im Gegenteil bedingt er sie. Ohne die Ventilfunktion der Heuchelei würde das von keinerlei Realitätswahrnehmung getrübte moralistische Dispositiv binnen kürzester Zeit kollabieren.

Nun bildet dieses Bezugspaar ein zentrales Kennzeichen totalitärer Gesellschaften und Mentalitäten. Aus verschiedenen Erfahrungshorizonten haben das der deutsche Soziologe Hermann Lübbe ebenso wie der polnische Dichter, Nobelpreisträger und kommunistische Dissident Czesław Miłosz herausgearbeitet. Lübbe betonte den Aspekt überstrapazierter Moralität und war überzeugt, daß diese, und nicht Hypokrisie oder Zynismus, die Operationsbasis solcher Gesellschaften darstelle.

Demgegenüber beschrieb Miłosz in dem Kapitel »Ketman – die Kunst des inneren Vorbehalts« seiner Studie *Verführtes Denken* Heuchelei in allen Varianten als unabdingbare Überlebensvoraussetzung im Ostblockkommunismus. Im Sinne des obengenannten Aufeinander-Verwiesenseins beider Dispositive hatten beide Recht.

In höchstem Grade beunruhigen muß daher, daß diese Konstellation längst zum Markenzeichen gegenwärtiger, nominell demokratischer, Gesellschaften und ganz besonders der deutschen geworden ist. Die Hexenverbrennungsstimmung gegen Kritiker, die mit dem Moralismus-Heuchelei-Tandem stets einhergeht, ist in den letzten Jahren in Form des »Kampfes gegen Rechts« (im Klartext: gegen jede nicht gänzlich konforme Einstellung) mit dem Resultat ständig steigender Aggressivität und ständig schrumpfender Räume des Sagbaren systematisch geschürt worden. Die Selbstermächtigung der Kanzlerin, denn nichts anderes liegt vor, wenn ein subjektives Moralisch-für-Richtig-Halten über das Gesetz gestellt wird, wie Frau Merkel es unter Überbietung aller Konkurrenz von links in einer Art Göring-Eckardtisierung der Republik vorgeführt hat, verweist auf einen tiefen antidemokratischen Affekt der herrschenden Kräfte. ■

Literatur:

Honoré de Balzac: »Brief an Madame Hanska v. 1. Jan. 1844«, in: *Lettres à L' Étrangère. Oeuvres posthumes II,* Paris 1906, S. 256–260;

Béla Hamvas: »Byzanz«, in: *Kierkegaard in Sizilien. Essays,* ausgewählt und mit einem Vorwort versehen von László F. Földényi. Aus dem Ungarischen übersetzt von Akos Doma, (= Batterien 76). Berlin 2006, S. 19–37;

Friedrich Nietzsche: *Götzendämmerung,* in: *F. N. Werke.* Hrsg. v. Karl Schlechta Bd. VI. München 1980, S. 939–1033;

Hermann Lübbe: *Politischer Moralismus. Der Triumph der Gesinnung über die Urteilskraft,* Berlin [2]1987;

Niklas Luhmann: *Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie.* Frankfurt a.M. 1984;

Czesław Miłosz: *Verführtes Denken.* Mit einem Vorwort von Karl Jaspers. Aus dem Polnischen von Alfred Loepfe. Köln 1980;

Cesare Ripa: *Iconologia Overo Descrittione Di Diverse Imagini cauate dall'antichità, & di propria inuentione.* Rom 1603;

Carl Schmitt: *Der Begriff des Politischen.* Text von 1932 mit einem Vorwort und drei Corollarien. Berlin [9]2015;

Henning Sußebach: »Bionade-Biedermeier«, in: Zeit-online vom 7. November 2007.

Die offenen Flanken des Antiimperialismus

von Benedikt Kaiser

»Antiimperialismus« galt seit jeher als das ureigene Metier der politischen Linken. Lenins vor exakt einhundert Jahren geschriebenes Werk *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus* war – und ist in Teilen immer noch – die Schlüsselschrift des Antiimperialismus. Indes: Der Schrift gehen, speziell in Deutschland, die Leser aus. Dieser Umstand hat mehr mit der rasanten Transatlantisierung und Verwestlichung der hiesigen Linken zu tun als mit einem generellen Überholtsein der Leninschen Thesen zu globalen Entwicklungen des Kapitalismus und der Aufteilung der Welt.

Die marxistische Tageszeitung *junge Welt (jW)* – einst Organ der Freien Deutschen Jugend (FDJ), heute so etwas wie das letzte Relikt des Antiimperialismus, nachdem sich auch die Konkurrenz *neues deutschland (nd)* außenpolitisch fit für das Projekt »Rot-Rot-Grün« macht – legte daher im Rahmen der diesjährigen Leipziger Buchmesse eine kommentierte Edition des Lenin-Schlüsselwerks vor. Der Verlag der *jW* stellt unter Beweis, daß er den antiimperialistischen Wurzeln des Hauses treu bleiben möchte. Allein: Nicht nur Lesermassen fehlen, sondern dem Periodikum gehen auch die dezidiert antiimperialistischen Redakteure und Autoren aus. 2014 verstarb mit Werner Pirker das Sturmgeschütz der Zeitung, der wiederholt vor einem Schwinden des Alleinstellungsmerkmals »Antiimperialismus« warnte, und im Februar ging der *jW* nun zunächst der stellvertretende Chefredakteur Rüdiger Göbel von Bord, bevor wenige Tage später mit dem ehemaligen DDR-Meisterspion Rainer Rupp (Deckname »Topas«) der nächste Altbewährte den Dienst quittierte. Gewiß: Das Personaltableau wäre für sich genommen uninteressant. Aber: Rupps Beweggründe zeigen deutlich, daß die heutige antiimperialistische Bewegung vor einem Scherbenhaufen steht.

»Wenn wir den Antiimperialismus als Markenzeichen aufgeben würden, würden wir uns überflüssig machen.«

Werner Pirker: *Dialektik der Konterrevolution,* Wien 2014, S. 216

Rupp fiel beim Führungsduo Dietmar Koschmieder und Arnold Schölzel in Ungnade, weil er – entgegen einem regelrechten »Bann« – weiterhin Kontakt mit dem ehemaligen Radiomoderator Ken Jebsen (»KenFM«) hält, der aufgrund vermeintlicher oder tatsächlicher »Rechtsentwicklungen« in der Kritik steht. Jebsen ist dabei freilich nur die Personifizierung eines Prozesses, der das Milieu rund um Friedensbewegung und *jW* seit Jahren mit sich selbst beschäftigen läßt. Die Streitfrage ist, inwiefern imperialismuskritische Initiativen (etwa die »Friedensmahnwachen«) nach »rechts« geöffnet sind und einer »Querfront« dienen. Rupp will es sich nicht verbieten lassen, seine Gesprächspartner selbst auszusuchen. Die *jW* will ihren eingeschlagenen Weg – klare Kante gegenüber jedem potentiellen Hürdenabbau nach »rechts« – nicht verlassen. Die Gefahr für letztere ist hierbei, die Grenze des politisch Sagbaren und personell Tragbaren immer enger zu ziehen und somit ein weites Feld eigentlich ihr nahestehender Akteure im luftleeren Raum agieren zu lassen. Die strikte Haltung der *jW* rührt aus der Urangst, aufgrund bestimmter Positionen selbst in die Nähe rechter Denkschemata gerückt zu werden. Und

diese Angst ist verständlich, denn ein zeitgemäßer Antiimperialismus, der Kapitalismuskritik, Interventionskriege und Migrationsbewegungen gleichermaßen kritisch untersucht, muß heute zwangsläufig ins Rechte übergehen, wenn er konsequent zu Ende gedacht wird.

Die Ausgangsbasis des linken Antiimperialismus ist dabei nicht zu beanstanden und heute ebenso aktuell wie vor einhundert Jahren. Von Lenin stammt die Erkenntnis, daß Imperialismus Gewaltpolitik zur Erweiterung der Hegemonie kapitalistischer Großmächte ist. Und sein Weggefährte Nikolai Bucharin definierte Imperialismus als jene Politik, durch die die Welt der Herrschaft des Finanzkapitals unterworfen wird, Finanzkapital dabei – in der Nachfolge der Analysen Rudolf Hilferdings – als Komplex aus Industrie und Banken verstehend. Deutlich wird, daß auch 2016 das Wesen des Imperialismus unverändert ist. Ohne weiteres kann die zeitgenössische Wirtschaftsordnung als Finanzmarktkapitalismus bezeichnet werden, wobei Lenins alte Theorie des Übergewichts von Finanzkapital gegenüber anderen Formen des Kapitals und der globalen Vorherrschaft der Finanzoligarchie gar nicht alt erscheint. Richtig ist auch, daß der Staat aufgrund dieser Umstände zum »direkten Erfüllungsgehilfen« des transnationalen Finanzkapitals »im Kampf um die Neuaufteilung der Welt« herabgesetzt wird, wie die Wirtschaftshistorikerin Gretchen Binus akzentuiert. Selbst Rosa Luxemburg ist recht zu geben, wenn sie 1913 in der *Akkumulation des Kapitals* den – heute als Gemeinplatz anzusehenden – Umstand nachweist, daß der Kapitalismus wesensgemäß zu Imperialismus führen müsse, weil er ohne stete internationale Expansion nicht überleben könne.

»Der Imperialismus ist der Anspruch von wenigen, angeblich auserwählten Nationen oder Modellnationen, die sich selbst Souveränität zuschreiben, sie den andern Völkern aber absprechen.«

Domenico Losurdo: »Zielscheiben des Westens«, in: *junge Welt* vom 27. Januar 2016

Antikapitalismus und Antiimperialismus sind folgerichtig nicht voneinander zu trennen, das eine bedingt das andere. Dessenungeachtet haben sich selbst als links definierende Theoretiker sich dem Imperialismus und dem interventionistischen »Freiheitsexport« verschrieben: Sie erkennen die »Pax Americana« an, sprechen von einem »guten Imperialismus« (Michael Walzer) oder affirmieren den »Menschenrechtsanwalt als Imperialist« (Michael Ignatieff). Dieser dem US-Neokonservatismus ähnlichen Lesart eines »ethischen Imperialismus« folgen etliche linke Strömungen. In Deutschland befinden sich darunter weite Teile der linken Presselandschaft (von *Jungle World* bis zur *taz*), aber auch der Linkspartei-Jugend sowie der Mutterpartei. Sich als »antideutsch« deklarierende Kreise verpflichten sich der »menschenrechtsimperialistischen Doktrin des Westens« (Susann Witt-Stahl/Michael Sommer) und drängen hysterisch jene linken Akteure an den Rand, die weiterhin politische Theorie und Praxis am Zwillingspaar Antikapitalismus/Antiimperialismus ausrichten.

Die erforderliche Kritik des »parasitären«, weil nicht selbst produktiven Bank- und Finanzkapitals wird seitens der prowestlichen Linken als »antisemitisch« denunziert, US-Hegemonie als Schutz vor der Barbarei empfunden, Kriegsgegner und Antiimperialisten jeder Couleur – Spannbreite: von Xavier Naidoo bis Sahra Wagenknecht – nicht selten als Kryptorechte gebrandmarkt. Exakt diese permanente Drangsalierung antiimperialistischer Kreise durch ihre mächtigen transatlantischen Gegenspieler innerhalb der Linken läßt keine Einheit der Antiimperialisten zu; die von außen injizierte Lähmung verläuft erfolgreich. Analog zu vergleichbaren ideologischen und persönlichen Ränkeschmiedereien innerhalb der Rechten bindet die Abwehr von Vorwürfen stets Ressourcen. So wird innerhalb der linken Friedensbewegung und des Antiimperialismus mehr Zeit damit verbracht, sich gegenseitig abzulehnen, um selbst nicht in den Ruch des Diabolischen (»Querfront!«) zu geraten – siehe beispielsweise Causa Rupp/Jebsen –, anstatt die Forcierung eines zeitgemäßen Antiimperialismus betreiben zu können. Dabei wäre in der aktuellen Situation genau dies eine Option. Diether Dehm (MdB, Die Linke) artikulierte daher während einer Veranstaltung (»Antiimperialismus heute«) in Berlin am 9. Januar 2016, daß ein zu eng gefaßter linker Antiimperialismus neurechten Bewegungen zugute käme. Darauf darf man in der Tat hoffen, denn durch den stetigen Säuberungsprozeß schaffen *junge Welt* und Co. ein enormes Vakuum, in das zu stoßen die Aufgabe einer nichtimperialistisch und nichtwestlich gesonnenen Neuen Rechten sein könnte.

»Offensichtlich ist linke Politik nicht, daß man die Kriege des Kapitals um Rohstoffe und Absatzmärkte unterstützt oder daß man die Menschenrechtslügen nachplappert, die immer wieder erfunden wurden, um solche Kriege zu legitimieren.«

Sahra Wagenknecht: »Linke Politik statt ›Rot-Rot-Grün‹«, in: *junge Welt* vom 11. Januar 2016

Denn Imperialismus bleibt auch nach dem »Katastrophenzeitalter« (Eric Hobsbawm) 1914 bis 1945 und nach dem bipolaren Kalten Krieg ein Schlüsselthema der Weltpolitik. Innerimperialistische Interessenge-

gensätze wachsen, der unipolare Anspruch der USA wird herausgefordert, China und Rußland werden selbst – in deutlich geringerem Umfang als die USA – imperialistische Faktoren, während die meisten Staaten der Europäischen Union (EU) durch NATO-Strukturen und wirtschaftliche Bindungsmittel wie TTIP fest an den Großen Bruder gebunden bleiben. In Washington werden die Spielregeln für das globale Finanzsystem festgelegt, nicht in Brüssel. In diesem Sinne sind die Rußlandsanktionen auch weniger Machwerk der EU, als vielmehr Resultat des Gehorsams den USA gegenüber, die Rußland als Störer ausgemacht haben, da Putins Nation die westlich implementierte Hegemonialordnung nicht mehr widerspruchslos hinnimmt und – im Sinne Carl Schmitts – eine multipolare Weltordnung respektive ein »Pluriversum« anstrebt. Dabei kann der russische Präsident im übrigen bequem darauf verweisen, daß die imperialistischen Kriege der letzten Jahre ausnahmslos von USA und NATO sowie ihren Satrapen wie Saudi-Arabien angezettelt wurden: Dieser Befund zählt für Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien und zuletzt für den »vergessenen Krieg« im Jemen gleichermaßen.

»Die politische Welt ist ein Pluriversum, kein Universum.«

Carl Schmitt: *Der Begriff des Politischen,* 8. Aufl., Berlin 2009, S. 50.

Die Liberalkonservativen auf der Rechten in Deutschland schweigen an dieser Stelle beharrlich, was einen guten Grund hat: Man ist selbst Fleisch vom Fleische und eng verzahnt in der transatlantischen Fronde. Auch als »konservativ« geltende Bundespolitiker, etwa Atlantik-Brücke-Kader und Hoffnung jungfreiheitlicher Medien wie Friedrich Merz (CDU), stellen im Zweifelsfall niemals das Primat der Beziehungen zu den USA in Frage.

»Allein die Kriegspropaganda ist eine völlig andere geworden. Stellte sie früher einen offenen Appell an niedrige Instinkte und atavistische Triebe dar, so artikuliert sie sich nun übernational und menschenrechtlich. Der Krieg mit menschlichem Antlitz. Imperialistische Kriege erscheinen als Befreiungskriege.«

Werner Pirker, *Dialektik der Konterrevolution,* S. 69

Man berührt hier auch den schwierigen Punkt eines »deutschen« Imperialismus. Daß der »Hauptfeind« im eigenen Lande steht, wie Karl Liebknecht einst meinte, hat grosso modo erst heute, einhundert Jahre später, faktische Relevanz. Mit dem Angriffskrieg gegen Serbien im Kosovokonflikt 1999 ist die Geburt des Imperialismus Marke Bundesrepublik verknüpft. Dieser wesensgemäß antinationale Imperialismus ist zwar eine genuin rot-grüne Schöpfung, wird aber von der Großen Koalition in Treue fest weiter betrieben. Denn siebzehn Jahre nach der Bombardierung Belgrads mischt die Bundeswehr nun als Gehilfe der NATO in Syrien mit, wo es, so die Journalistin Karin Leukefeld treffend, um Einfluß in einer geostrategisch wichtigen Region geht, die einerseits über Öl, Gas und Wasser verfügt, andererseits über strategische Transportwege.

Es handelt sich hierbei um einen Imperialismus neuen Typs: Er ist nicht nationalistisch-chauvinistisch bis rassistisch wie im 19. und 20. Jahrhundert, sondern ökonomisch, menschenrechtlich und dem Wesen nach antinational. Neben der verhängnisvollen Selbstzerfleischung ist die Leugnung dieses Faktums die zweite große Schwachstelle des linken antiimperialistischen Lagers. Man ist auf der Linken nicht in der Lage wahrzunehmen, daß es keine Traditionslinie eines wie auch immer gearteten deutschnationalen Imperialismus von 1914 bis heute gibt, sondern daß auch der Imperialismus als jüngstes Stadium des Kapitalismus die Wesenszüge desselben teilt: flexibel und anpassungsfähig die Zeiten zu überdauern.

Dabei war und ist man im antiimperialistischen Lager der nationalen Frage nicht gänzlich abgeneigt, wie die Fälle Kurdistan, Bolivien, Venezuela, teilweise Syrien oder Kuba zeigen. Alle diese Länder sind Beispiele für die Verschmelzung eines nichtimperialistischen Nationalismus mit sozialistischen bis marxistischen Ideen. In Kubas Staatsideologie finden sich Lenin und der Nationaldichter José Martí gleichrangig vertreten, der Nationalfeiertag wird am 26. Juli als »Tag der nationalen Rebellion« begangen, und Salvador Allende nannte Fidel Castros Umsturz mit gewisser Berechtigung eine »authentische nationale Revolution«. Kuba ist also das Musterbeispiel für den Zusammenfall sozialer und nationaler Fragen, und als solches wird die Inselrepublik von *jW* oder dem linken Netzwerk »Cuba Sí« gewürdigt. Der antipatriotische Affekt, den ein Werner Pirker zu Lebzeiten noch geißelte, als er vor den »antinationalen Schmuddelkindern des Neoliberalismus« (in Form der antideutschen Szene) warnte, wird allerdings auch in der *jW* dann bedient, wenn es um Deutschland geht.

»Der Widerstand wird zwar grenzüberschreitend gegen einen oft transnational antretenden modernen Kapitalismus und seine Monopole ausgerufen, aber reale Kampffelder bleiben vorerst die nationalen Zusammenhänge und Nationalstaaten.«

Stefan Bollinger: »Einleitung«, in: ders. (Hrsg.): *Linke und Nation. Klassische Texte zu einer brisanten Frage,* Wien 2009, S. 11

Dieses Verhalten ist insofern konsequent, als ihre Autoren in der Tradition der marxistischen Dualität »unterdrückende« versus »unterdrückte« Völker stehen und Deutschland und die bundesrepublikanische Nomenklatura im Rahmen der Austeritätspolitik als »unterdrückend« definieren. Damit setzen sie aber Deutschland und seine Menschen mit der

politischen und wirtschaftlichen Elite gleich. Man hat von rechts häufig versucht, der politischen Linken bewußt zu machen, daß auch Deutschland wie jedes andere Land vom globalen Kapitalismus unterjocht wird; am eifrigsten und zugleich inhaltlich radikalsten waren sicherlich die Anhänger Otto Strassers in den 1930er Jahren. Strassers Ablehnung jedweder Herrschaft eines Volkes über ein anderes sowie die wiederholt betonte wesensgemäße Verknüpfung von Imperialismus und Kapitalismus, von Überproduktion und der Eroberung neuer Absatzmärkte, stieß außerhalb nationalrevolutionärer Kreise der Konservativen Revolution auf taube Ohren. Obwohl nachdrücklich gegen Imperialismus Stellung bezogen wurde, blieb man im Niemandsland zwischen den parteipolitischen Extremen von KPD und NSDAP gefangen. Es gelang zwar, dem Rassenwahn fernstehende Nationalsozialisten für die antiimperialistische Strasser-Richtung zu gewinnen, und es gelang ebenso, einigen heimatbewußten Linken die Notwendigkeit des dynamischen Zusammengehens schmackhaft zu machen – aber im selben Maße, wie von ganz rechts und ganz links politische Aktivisten hinzustießen, verließen zahlreiche Anhänger Otto Strassers Gruppe, um bei Kommunisten oder Nationalsozialisten in einer größeren Bewegung zu stehen. Das »Querfront«-Bemühen auf theoretischer Basis schlug ebenso fehl wie das praktische Bemühen seines Bruders Gregor Strasser, 1932 eine »Querfront« aus Gewerkschaften, Militärs und »linken« Nationalsozialisten zur Verhinderung Hitlers zu formieren.

»Die schwarze Front ist aus ihrer nationalistischen Grundhaltung heraus antiimperialistisch und bekennt sich zu dem Freiheitskampf der unterdrückten Nationen gegen die imperialistischen und kapitalistischen Mächte.«

Richard Schapke: *Die Schwarze Front* (Nachdruck der Ausgabe v. 1932), Toppenstedt 2004, S. 77

Wird bedacht, daß die damalige Linke wesentlich nationalorientierter gewesen ist als die heutige, und läßt man zudem den Blick über den linken Horizont der Bundesrepublik schweifen, wird schnell evident, daß jedwedes Querfront-Bemühen seitens einer »Neuen Rechten« zum Scheitern verurteilt ist. Vielmehr gilt es, durch eigene Themensetzungen und Profilierungen die Reste des linken antiimperialistischen Lagers überflüssig zu machen. De facto erledigen diese sich ohnehin von selbst:

- weil man (von Ausnahmen abgesehen) verkennt, daß in Zeiten der kapitalistischen Globalisierung die Nation als Schauplatz von sozialen und nationalen Kämpfen wieder relevant wird;
- weil teilweise im Bann von Benedict Anderson und vergleichbaren Theoretikern davon ausgegangen wird, daß Nationen »erfunden« sind;
- weil weitgehend die nationale Frage negiert und patriotisches Erleben zum bloßen Ressentiment erklärt wird;
- weil schließlich die antiimperialistische Linke eine eventuelle geistig-kulturelle Hegemonie im Bereich der Imperialismuskritik ebenso verlieren wird wie die Nähe zum »Kleinen Mann«, die aufgrund der Leugnung nationaler Besonderheiten bereits verloren gegangen ist.

Transnationale Konzerne und der Finanzkapitalismus sowie mittels Kriegen Hegemonie ausübende Allianzen zerstören heute die Lebensgrundlagen der Staaten und Völker. Weil diese beiden Pole – Kapitalismus und Imperialismus – aber untrennbar sind, weil beide die bewahrenswerte Vielgestaltigkeit der Welt auslöschen, muß die Rechte heute antikapitalistisch und antiimperialistisch sein: Sie hat etwas zu verlieren, das sie liebt; die Linke hat nichts, für das sie kämpft, noch nicht einmal mehr ein »revolutionäres Subjekt«. Daran können auch Projektionsflächen wie »Rojava« oder Kuba nichts ändern.

Ein Antiimperialismus von rechts hat hingegen gute Chancen:

- weil weite Teile der Linken »proimperialistisch« gewendet erscheinen bzw. »neoliberalisiert« wurden;
- weil der antiimperialistische Rest offenkundig mit internen Verwerfungen zu tun hat;
- weil nun ein politisches Vakuum entsteht, das die Rechte nutzbar machen kann, indem sie die eklatanten Widersprüche des liberaldemokratischen Kapitalismus sowie imperialistische Rechtfertigungsideologien aufdeckt und in einen größeren Zusammenhang stellt. Dies erfordert von der Rechten freilich einen neuen Blick auf die Flüchtlingskrise und ihre Auslöser. ■

Literaturhinweise:

Gretchen Binus/Beate Landefeld/Andreas Wehr: *Staatsmonopolistischer Kapitalismus,* 2. Aufl., Köln 2015;

Stefan Bollinger (Hrsg.): *Linke und Nation. Klassische Texte zu einer brisanten Frage,* Wien 2009;

Frank Deppe: *Der Staat,* Köln 2015;

Frank Deppe, David Salomon, Ingar Solty: Imperialismus, Köln 2011;

Georg Fülberth: *Marxismus,* 2. Aufl., Köln 2015;

Georg Fülberth: *Kapitalismus,* 3. Aufl., Köln 2015;

Hannes Hellbach: »Mehr Antiimperialismus wagen«, in: *junge Welt* vom 12. Januar 2016;

Volker Hermsdorf: *Die Kubanische Revolution,* Köln 2015;

Karin Leukefeld: »Deutschland im Krieg gegen Syrien«, in: *Hintergrund* 1/2016, S. 34–36;

Werner Pirker: *Dialektik der Konterrevolution. Schriften gegen Restauration und Weltordnungskriege,* Wien 2014;

Sebastian Range: »Der vergessene Krieg«, in: *Hintergrund* 1/2016, S. 64–67;

Otto Strasser: *Aufbau des deutschen Sozialismus* (Nachdruck der Ausgabe v. 1936), Hanau 2013;

Susann Witt-Stahl/Michael Sommer (Hrsg.): *»Antifa heißt Luftangriff« – Regression einer revolutionären Bewegung,* Hamburg 2014.

Die politische Typologie des modernen Menschen

von Gábor Vona

Übersetzung aus dem Ungarischen von Christa Juliane Nitsch

Im europäischen Kulturkreis ist die Vorstellung, daß Geschichte als Entwicklung zu begreifen ist, fast zu einem Gemeinplatz geworden: Der Fortschrittsglaube ist das Apriori der modernen Menschheit.

Natürlich ließe sich hier sofort die gegenteilige Auffassung ins Feld führen, die auf der Beobachtung fußt, daß in Buchhandlungen die Krisenliteratur einen immer größeren Raum einnimmt, ja mehr noch, daß bereits im Laufe des Triumphzugs des wissenschaftlich-geschichtlichen Progressivismus im 19. und 20. Jahrhundert Gegenentwürfe wie jene Spenglers, Nietzsches oder gar Freuds *Das Unbehagen in der Kultur* erschienen sind. Berufen könnten wir uns auch auf die großen globalisierungskritischen, umweltschützerischen Bewegungen, die nicht müde werden, unserer Welt ihr bevorstehendes dunkles Ende auszumalen. Nur allzu wahr ist auch, daß der Mensch heute seinen Platz nur mit Mühe findet, daß ihn inmitten des Gedröhns der technischen Zivilisation ein eigentümliches, immer wieder aus der Tiefe aufbrechendes Mißtrauen erfüllt – und doch: Trotz dieses (übrigens gänzlich angemessenen) Gefühls stellen wir fest, Fortschritt ist im Credo der modernen Welt ein, wenn nicht das hartnäckigste Dogma. Trotz allen Krisenbewußtseins, aller Intuition und rationaler Begründung hinsichtlich der Dekadenz der Menschheit lebt vom einfach gestrickten Massenmenschen bis hin zum großen Denker in jedem der Blütentraum einer sich entwickelnden Welt und ihrer Geschichte. Alle bösen Dinge, die wir erleben, sind in dieser Perspektive bloß vorläufige Gegebenheiten, über die wir uns mit dem Fortschreiten der Zeit hinausschwingen, um schließlich die glückliche Vollendung der Geschichte zu erreichen. Obgleich ein jeder unter dieser »Vollendung« etwas anderes versteht, sind sie alle: der gläubige Christ, der forschende Wissenschaftler, der philosophierende Humanist, der Mann auf der Straße, von dieser progressistischen Idee wie verhext. Fast alle. Allein schon dieses breite Einvernehmen sollte uns progressistischen Einflüsterungen gegenüber mißtrauisch machen. Die universelle Überlieferung lehrt uns nämlich genau das Gegenteil: den Niedergang der menschlichen Geschichte.

»Fortschritt ist die angebliche ›Evolution‹ des zivilisatorischen, kulturellen, religiösen, philosophischen, wissenschaftlichen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, politischen, staatlichen Lebens des in die Geschichte hinabgestiegenen (und gemäß progressistischer Auffassung: in die Geschichte aufgestiegenen) Menschen.«

András László im Kapitel »Kritik der Fortschrittsillusion« seines ersten Buches.

Freilich hängt nun die Vertiefung dieser Feststellung nicht von der Menge unserer Lektüren oder von äußeren Anstrengungen ab. Zur Lösung des Dilemmas um Fortschritt und Niedergang ist eine Bewußtseinsänderung vonnöten. Das Wesentliche dieses Niveaudurchbruchs kann von verschiedenen Gesichtswinkeln aus betrachtet werden – in unserem Fall läßt es sich wohl am sinnvollsten folgendermaßen formulieren: Statt der materialistischen Anschauung des Seins müssen wir uns die geistig-aristokratische Annäherung an das Sein zu eigen machen. Nehmen wir diesen aristokratischen Standpunkt ein, kompromittieren sich die modernistischen Einflüsse wie von selbst und werden wertlos. Plötzlich wird uns bewußt, daß die liberale Geschichtsschreibung in diabolischer Weise allein schon durch das Monopol der Namensgebung den Ausgang des Streits für sich entschieden hat und die Menschheit in ihren hypnotischen

Bann schlägt. Wenn wir die Abfolge der geschichtlichen Ereignisse nach dem Ende des – aus traditionalem Blickwinkel – durchaus positiv einzuschätzenden europäischen Mittelalters betrachten, bemerken wir, daß die moderne Geschichtsschreibung die dunklen Vorgänge des Niedergangs, die wichtigen Stationen der stetig schwächer werdenden Verbindung zum Sein, eindeutig positiv bewertet. Dies ist schon an sich ein beredtes Zeugnis, da sich diese Wissenschaft, die auf das Kriterium ihrer Objektivität so große Stücke hält, hier mitnichten zurückhaltend geäußert hat: mit größter Dreistigkeit hat sie auch geschichtliche Ereignisse mit überschwenglichem Lob bedacht, die ihren eigenen Regeln und Grundsätzen gemäß fragwürdig sein dürften.

Betrachten wir schlaglichtartig einige Stichwörter zur Geschichte der Neuzeit: Humanismus, Renaissance, Reformation, die großen geographischen Entdeckungen, Aufklärung, Französische Revolution, Liberalismus, Industrielle Revolution, den Siegeszug der wissenschaftlichen Weltanschauung, den demokratischen Wandel, den Kampf gegen den Terrorismus. Angesichts von so viel »Schönheit« und »Größe«, die wir Okzidentalen in den vergangenen Jahrhunderten auf den Gabentisch der Welt niederzulegen imstande waren, könnte man triumphieren. Vom traditionalen Standpunkt aus in Augenschein genommen, benennen diese Stichworte in ihrer Suggestivkraft jedoch gerade gegenläufige Tendenzen. Und hier möchte ich nicht das triviale Gegenargument bemühen, demzufolge dieser angebliche Fortschritt viel Leid, Krieg und Tod über die Menschheit gebracht hat, ja ich spiele nicht einmal auf die wahrscheinliche ökologische Katastrophe an: All dies könnte den Fortschritt noch nicht in Frage stellen, sondern würde nur bedeuten, daß man für ihn leider einen hohen Preis zu entrichten hat. Ein denkender Mensch kommt jedoch nicht umhin, den Qualitätsverfall zu bemerken, der sich sowohl individuell als auch gesellschaftlich während dieses neuzeitlichen »Fortschritts« abzeichnet. Denn was von außen betrachtet als Siegeszug der Freiheit inszeniert wird, ist in Wahrheit die Schritt um Schritt erfolgende Entfremdung des Menschen von sich selbst und der Welt. Der Mensch riß sich aus der Welt heraus, oder andersherum: die Welt wurde aus dem Menschen herausgerissen, und jetzt versuchen wir Harmonie und Glückseligkeit einstiger Einheit wiederherzustellen, indem wir diese uns äußerlich gewordene, entfremdete Welt unterjochen, sie zurückstopfen, konsumieren, aufessen, mit anderen Worten: mit äußeren – auf jeden Fall zum Scheitern verurteilten – Methoden ein in Wirklichkeit inneres Problem angehen. Mit der Aufgabe unserer inneren Freiheit haben wir mitnichten eine äußere gewonnen; nur eine groteske Parodie derselben wurde uns zuteil, die in gewisser Hinsicht sogar schlimmer ist als Sklaverei, da die Mehrzahl der Menschen unfähig ist, die eigene ontologische Lage zu begreifen. Der klassische Sklave weiß immerhin, daß er Sklave ist. Der moderne Mensch hingegen: der geistige Sklave, glaubt frei zu sein, weil er, hat er nur genug Geld, alles kaufen kann.

»Die Entscheidungen des völlig freien Menschen sind so mühelos vorhersagbar, daß nichts leichter ist, als ihn auszubeuten.«

Nicolás Gómez Dávila

Wenn wir Epochen und Ideengebäude unter die Lupe nehmen, leugnen wir keineswegs, daß sie sehr wohl positive Aspekte, Erkenntnisse, Akteure und Werke hervorzubringen vermochten. Betrachten wir nun die oben angeführte Auflistung unter diesem Gesichtspunkt, ist es an der Zeit, der Geschichte der Neuzeit den ihr gebührenden Platz zuzuweisen. Der Humanismus ist nichts weiter als ein Anthropozentrismus, der, im Maskenkostüm der Wiederentdeckung antiker Kultur auftretend, letztere jedoch weitgehend mißverstehend und verfehlend, den Menschen gerade um sein ursprüngliches und wahres Zentrum gebracht hat. In der Hierarchie der Seinskategorien stiftete er ein unverzeihliches, diabolisches Durcheinander, als er an die Stelle des Unsterblichen das Sterbliche setzte. Die mit dem Humanismus eng verquickte Renaissance kann deshalb schwerlich als »Wiedergeburt« bezeichnet werden. Vielmehr nimmt mit ihr Siechtum und Todeskampf, kurz: der Untergang des Abendlandes ihren Anfang. Den Gestalten, Verfechtern und Anhängern der Reformation ist die gute Absicht zwar großenteils nicht abzusprechen – die Verweltlichung der Katholischen Kirche war eine Tatsache! –, nichtsdestoweniger können wir nach Begutachtung der geschichtlichen Prozesse aus der heutigen Distanz feststellen, daß der Reformation eine maßgebliche Rolle in der Profanierung und Säkularisierung der vom Christentum durchdrungenen Gesellschaft zukommt. Die großen geographischen Entdeckungen, deren Weg physische, seelische und geistige Verheerung begleitete, wurden tat-

sächlich zum Exportgeschäft des europäischen Seinsverfalls. Die Aufklärung war für unsere von ihren traditionalen Wurzeln bereits weitgehend abgeschnittene Kultur das groteske, von dunklen Kräften angeleitete Experiment, den im Menschen angelegten luziferischen Hochmut zu fördern, die autonome Funktionalität und den Fortschritt um seiner selbst willen zu begründen. Die Französische Revolution ist die Krönung dieser Hybris und zugleich das historische Verbrechen, begangen, um das Königtum als traditionale Staatsform endgültig abzuschaffen und in Verruf zu bringen. Man sperre zehn ausgehungerte Schweine ohne Nahrungszufuhr in einen Koben, und man wird in den zwischen ihnen sich anbahnenden Konflikten Dynamik, Figuren und alle wesentlichen Momente der »großen« Französischen Revolution entdecken können. Der Liberalismus ist die als Befreiung des Menschen getarnte Ideologie, die uns marktschreierisch ein lausiges Tauschgeschäft anbietet: Anstatt der ursprünglichen qualitativen Freiheit nötigt sie uns die Knechtschaft der quantitativen Freiheit auf. Die von Gott geschenkte Freiheit des im Einklang mit der Schöpfung lebenden Menschen tauscht sie gegen die triebhafte Knechtschaft ein, die in der Freiheit steckt, zwischen Gütern wählen zu können. Die Industrielle und technische Revolution bedeutete die Säkularisierung der Arbeit, die Umkehrung der Hierarchie zwischen Mensch und Arbeit, in der ersterer allmählich zu einer statistischen Größe verkommt, das Geschöpf Gottes zur Produktionskraft wird und zum Rohstoff. Der Siegeszug der wissenschaftlichen Weltanschauung ist der Triumph des Szientismus und des Materialismus, in dem die Menschheit den zufälligen Zusammenschluß von Atomen und Molekülen feiert, dem wir angeblich allein unser Dasein zu verdanken haben. Der demokratische Wandel ergibt sich aus dem vollständigen Verlust des Qualitätsanspruchs der Menschen, aus den Irrlehren, die der fehlerhaften Interpretation der Gleichheit entspringen. All der äußere, in Institutionen und Wortgebilden entfaltete Glanz ist letztlich nur der Deckmantel für die Diktatur des ökonomischen Kapitalismus. Der Kampf gegen den Terrorismus schließlich ist die aggressive Strafexpedition, die man zur Ausrottung jener Kulturen begonnen hat, die noch traditionale Elemente enthalten: Der Kampf gegen den Terrorismus ist der Terrorismus selbst.

»Wir sollten uns daran erinnern, daß wir unter einer Art Kuppel leben, wo terroristische Gewalt eine Bedrohung darstellt, die nur von Zeit zu Zeit explodiert, im Unterschied zu Ländern, deren Alltag (mit direkter Beteiligung oder Komplizenschaft des Westens) von pausenlosem Terror und äußerster Brutalität bestimmt wird.«
Slavoj Žižek

An dieser Stelle ist freilich anzumerken: Die Tatsache, daß gemäß traditionaler Auffassung die offiziell als positiv bewerteten Prozesse und Ideen in Wirklichkeit einen Niedergang darstellen, berechtigt keineswegs zum Umkehrschluß, daß die von der modernen Geschichtsschreibung als negativ oder gleichgültig eingestuften Elemente für uns gerade deshalb wertvoll wären. Die Gegenreformation beispielsweise ist als Versuch, die Einheit der Katholischen Kirche wiederherzustellen, zunächst zwar durchaus positiv zu bewerten, doch sind ihre Formen und Werkzeuge oft von derselben neuzeitlichen Gesinnung geprägt wie diejenigen der Reformation. In derselben Weise sind die verschiedenen Experimente der Neuzeit, das Königtum zu restaurieren, kaum als traditionale Bemühungen zu verstehen: Man denke nur an die im aufgeklärten Absolutismus angelegte Widersprüchlichkeit! Und weiter: Bei einer gründlichen Analyse kommen wir um die Erkenntnis nicht herum, daß es zwischen Demokratie und Nationalsozialismus mehr ideologische Nähe gibt als zwischen einer jeden dieser beiden modernen Staatsformen und der traditionalen Anschauung. Während die Menschheit in den großen Konflikten vor Beginn der Neuzeit zwischen zwei im Rahmen der Tradition positiv bewerteten Möglichkeiten zu wählen hatte – denken wir bloß an die Zerwürfnisse zwischen Papsttum und Kaisertum –, so sind wir gegenwärtig so tief gesunken, daß es fast gleichgültig ist, wofür wir uns entscheiden: Die Geschichte bietet uns zumeist nur Pseudoalternativen, beispielsweise sozialliberal versus bürgerlich-liberal. Die Geschichte ist, so scheint es, in einem Zerfallsprozeß begriffen, in dessen Verlauf die antitraditionalen Kräfte Schritt für Schritt die traditionalen zurückdrängen.

Unser Ziel ist nun, auf der Grundlage der Positionierung des einzelnen zum skizzierten geschichtlichen Niedergang, anders ausgedrückt: auf der Grundlage der unterschiedlichen Formen des Krisenbewußtseins eine politische Typologie des modernen Menschen zu entwerfen. Hier denke man nicht etwa an irgendeine konventionelle politologische Einordnung, die zum Aufzeigen der geistigen Bruchlinien vollkommen ungeeignet wäre und nur zu trivialen Schlußfolgerungen führen könnte. Wir verlieren also keine Zeit mit dem Erörtern der üblichen Kategorien: Zentrum versus Rand, de-

mokratisch versus antidemokratisch, liberal, sozialistisch oder konservativ usf., ja nicht einmal die Klärung der ansonsten für uns nützlichen und wichtigen Begriffe rechts versus links haben wir uns zum Ziel gesetzt, sondern als Ausgangspunkt unserer Untersuchung betrachten wir vielmehr die Positionierung des einzelnen in Bezug zu dem aufgezeigten geschichtlichen Niedergang. Wir gehen von jener prinzipiellen Wahrheit aus, daß des Menschen Beziehung zur Geschichte seinen politischen Charakter grundsätzlich definiert. Was er in der Geschichte und der eigenen Gegenwart sieht, entdeckt oder aus ihr herausliest, formt zugleich seinen theoretischen Zugang zu gesellschaftlichen Fragen und begründet seinen politischen Charakter.

Auf dieser Grundlage unterscheiden wir fünf politische Typen: den stupiden, den positivistischen, den naiven, den antitraditionalen und den traditionalen. Das Ziel dieser Abhandlung ist kein bloß deskriptives. Mit unserer Typologie wollen wir auch zur Klärung und Vertiefung der Beziehung beitragen, die Menschen mit einem geistigen Anspruch zur Sphäre der Politik knüpfen. Wir wissen um die allen Modellen gemeinsame Achillesferse: Der Gegenstand der Analyse wird, ins Modell gepreßt, sträflich vereinfacht. Immer mutet es tollkühn an, das komplexe Gewebe der Wirklichkeit auf eine bestimmte Anzahl von Kategorien zu reduzieren. Und doch verhilft uns eine politische Typologie nicht bloß zu einer klaren Sicht auf die Dinge, sondern ist gleichzeitig geeignet, praktische Schlußfolgerungen zu ziehen. Was bewiese die Wichtigkeit einer solchen »Radioskopie« eindringlicher, als die Tatsache, daß eine ungeklärte Beziehung zur Politik ernste Unzulänglichkeiten auch in ansonsten und auf anderen Gebieten abgeklärten Menschen zur Folge haben kann?

»Die Behauptung, die Hand des Menschen, der mit der Macht in Berührung kommt, könne nie sauber bleiben, ist ontologisch keineswegs wahr. Die Hinwendung des Menschen zur Politik, sein Interesse am ontologisch-metapolitischen Aspekt des Eigentums und der Macht ist ein ganz und gar normales, tiefes und schönes Bedürfnis. Man sollte sich nicht ständig dagegen wehren. Die antipolitische Einstellung, oder gar die offene Feindschaft aller Politik gegenüber kann leicht dazu führen, daß das ganz normale, aber nicht bewußt gemachte Bedürfnis an der Politik eines Tages mit Getöse hervorbricht und sich in abnormen, ungeistigen Formen äußert.«

R. Horvath

der Stupide

Der erste Typus, mit dem wir unsere Theorie beginnen müssen, ist der Stupide, mit anderen Worten: der geistig beschränkte Mensch, der erst gar nicht so weit kommt, die große Frage nach dem Sinn der Geschichte aufzuwerfen. Dieser Charakter hält sich im allgemeinen abseits von spirituellen, philosophischen oder gesellschaftlichen Problemen jeglicher Art, ist in solchen Belangen gänzlich apathisch. Er ist das ideale Zuchtprodukt des globalen Kapitalismus. Er konsumiert viel, ist selten aufsässig, am allerwenigsten denkt er nach. Traurig ist, daß die Zahl derer, die zu dieser Kategorie gehören, keineswegs gering ist, im Gegenteil: sie scheint unaufhaltsam zu wachsen. Ob die Geschichte nun ein anhaltender Fortschritt oder ein Niedergang sei, was die Krise in Wirklichkeit bedeute, welche politische Grundeinstellung er demzufolge einnehmen soll – von all dem erfaßt der Stupide so gut wie nichts. In seine kreatürliche Suhle, die er nur allzu oft mit einem hochwertigen Leben verwechselt, ist er so eingewühlt, daß er gegenüber jeder geistigen Anregung immun bleibt. Bei einer gründlichen Untersuchung ließe sich leicht aufzeigen, daß er gleich dem Pantoffeltierchen nur quantitative Unterschiede zu registrieren imstande ist. Strenggenommen kann man ihn gar nicht einen politischen Charakter nennen, sondern müßte ihn vielmehr einer unterhalb anzusiedelnden Kategorie zuschlagen. Daß wir ihn dennoch erwähnen, hat zwei Gründe. Zum einen wäre da die große Anzahl von Exemplaren dieses Typus in der Gesellschaft, zum anderen die ihm in der Gestaltung der modernen Politik zukommende wesentliche Rolle.

Die liberale Demokratie wird nicht auf den Menschen, auf dem Volk aufgebaut, sondern auf dem Haufen, der Masse. Der Unterschied zwischen beiden ist gewaltig.

Die gegenwärtige Zeit hat es sich zum Ziel gesetzt, das politische Leben auf dem Wahlergebnis von solchen Inkompetenten, solchen Abgesunkenen zu begründen. Die kleinste Grundeinheit der modernen Demokratien ist nicht der Mensch, sondern dessen abgesunkener Schatten, das Massenwesen, in unserer Terminologie: der Stupide. Mit seiner Entscheidung legt er die gesellschaftlichen Aktivitäten fest, denen er dadurch nicht nur eine horizontale Ausrichtung gibt, sondern zugleich auch vertikal die Politik – vernichtet. Aus der Tatsache nämlich, daß für den Stupiden einerseits die Politik zum Ziel nur haben kann, ihm den Bauch zu stopfen und das faulende Hirn mit subhumanen Fernsehsendungen zu reizen, andererseits eben er der Rohstoff der neuzeitlichen Demokratie ist, folgt zwingend, daß das öffentliche Leben jeglichen Wert, jegliche Vertikalität verliert. Im großen Tiergarten der liberalen Demokratie ist der Stupide das Schwein, das immer zum Trog läuft, alles frißt, und sich in seinen

»Die schiere Zahl, die Masse bedeutet die Herabstufung der individuellen menschlichen Existenz, während das Volk, die Urgemeinschaft, die geistigen, transzendenten Ursprungs ist, die individuelle menschliche Existenz aufwertet. In der Masse lebt der Mensch intellektuell, gefühlsmäßig, was seine Betätigungen, sein Wissen, kurz: den absoluten Wert seines Lebens betrifft, in einem abgesunkenen Zustand.«

Béla Hamvas

Fraßresten wälzt. In seinem Falle die Unterscheidung politisch versus apolitisch vorzunehmen, ist so gut wie sinnlos, da der Typus wie er leibt und lebt, in der negativen, abwärts gerichteten Bedeutung des Wortes, apolitisch ist. Nicht nur übersteigt er das Niveau der Politik nicht, er erreicht es erst gar nicht.

der Positivist

Der zweite grosse Typus ist der Positivist, dem nun bereits ein wirklicher politischer Charakter eignet, da er die Geschichte wahrnimmt und sich auf Grundlage dieser Wahrnehmung zu ihr verhält. Dieses sein Verhältnis zu ihr ist freilich ganz und gar »zeitgemäß«, da er unter dem globalen Einfluß der oben erörterten Entwicklungsannahme, d.h. des Fortschritts steht. Dies ist die kollektive Hypnose, der der moderne Mensch erliegt, insofern er glaubt, daß wir uns auf dem guten Weg befinden. Er betrachtet die Geschichte als Progression, in deren Verlauf zwar vorübergehende Störungen auftreten mögen, die aber als Ganzes einer sehnlichst erwarteten Vollendung, dem »glorreichen Ende« der Historie zustrebt. Für ihn ist die Geschichte lediglich ein zu überwindendes Hindernis, und man wäre nicht schlecht beraten, sich ihrer schnellstmöglich zu entledigen und sie doch endlich zu vollenden. Auf sein Denken wirken mit zwingender Kraft, wenn auch in unterschiedlicher Art und Weise, die jüdisch-christliche Kultur, der Darwinismus, der Hegelianismus und die wissenschaftliche Revolution, deren gemeinsame Wurzel – allen voneinander abweichenden Inhalten zum Trotz – gerade in der Fortschrittsgläubigkeit besteht. Der positivistische Typus kann demzufolge in einem sehr breiten politischen Spektrum in Erscheinung treten. Die konventionelle Politologie ist ungeeignet, diese – auf den ersten Blick – disparate Gruppe als Einheit zu erkennen. Unsere Typologie hingegen weiß darum, daß der die endzeitliche Ankunft des Messias erwartende fromme Christ, der von der wissenschaftlich-technischen Zivilisation die Erlösung erhoffende Kleinbürger, der für die freiheitlichen Grundrechte kämpfende Liberale, der für die Verbrüderung zwischen den Völkern (oder eher jenseits ihrer) sich einsetzende Kommunist, der um die Nestwärme seines bürgerlichen Wertesystems bangende Konservative und der auf ökonomische Reformen drängende Bankier – trotz ihrer Unterschiede in Wertvorstellung und Ausrichtung – hinsichtlich ihrer Tiefenstruktur eine politisch zusammengehörende Einheit bilden. Das den unterschiedlichen Repräsentanten dieses Typus gemeinsame Grunderlebnis ist nichts anderes, als ihr unerschütterlicher (Aber-)Glaube an den Fortschritt der Geschichte, und zum Ausdruck kommt dieser in den allen gemeinsamen Bestrebungen, irgendeine postulierte Gleichheit zu verwirklichen. Wenn einst alle gleiche Rechte genießen, oder gleiche Portionen essen können, oder auf die gleiche technische Zivilisationsstufe kommen, oder das Gleiche denken über alles, oder den gleichen Glauben teilen, dann wird die Geschichte ihr Ende endlich erreicht haben.

»Die Weltgeschichte ist der Fortschritt im Bewußtsein der Freiheit.«
G. W. F. Hegel

Auch der politische Typus des Positivisten ist eine zahlenmäßig sehr gut bestückte Kategorie. Wollten wir ihn soziologisch fassen, könnten wir sagen, daß, war der Stupide der Massenmensch, der Positivist der Bürger ist. Er ist wahrlich keine Mangelware. Sein politischer Charakter unterscheidet sich insofern vom Stupiden, als letzterer in der Politik nur eine Dienstleistungsorganisation zur Befriedigung seiner kreatürlichen Bedürfnisse sieht, sie also mit der Wirtschaft verwechselt, und somit subhuman bleibt, während für den Bürger die Politik auch eine darüber hinausweisende Bedeutung aufweist. Zwar durchbricht diese Bedeutung den subhumanen Bezirk, bleibt aber einer streng menschlichen Ebene verhaftet. Selbst für einen religiösen Positivisten vermag Politik keinen übermenschlichen Bezug zu haben. Fügen wir hier auch gleich hinzu, daß der Unterschied zwischen den beiden Typen nicht so groß ist, wie dies der Bürger selbstverliebt glauben möchte. Von unserem Standpunkt aus betrachtet, ist die Differenz nur teilweise eine qualitative, viel eher ist sie quantitativ. Dies können wir vielleicht am besten illustrieren, wenn wir sagen: Für beide bedeutet die auf die Gleichheit aufgebaute liberale Demokratie die Politik an sich, für beide markiert sie deren Grenzen. Wenn wir aber den Stupiden das Schwein der liberalen Demokratie genannt haben, können wir über den Positivisten sagen, er sei das Schaf, das man vor sich hertreibt, schert und stutzt, um es dann genauso zu schlachten wie das Schwein.

Hier ist die Unterscheidung zwischen politischer und apolitischer Struktur einer Untersuchung wert. Den politischen Typus des Positivisten

finden wir im Umfeld der liberaldemokratischen, bürgerlich demokratischen und der christdemokratischen Parteien, während wir auf die apolitische Unterspezies des Positivisten in den unterschiedlichsten Bereichen des wissenschaftlichen, kulturellen, religiösen und wirtschaftlichen Lebens stoßen. Die beiden unterscheidet, daß der politische Positivist von politischen Handlungen, der apolitische aus anderen Sphären der menschlichen Kultur die Vollendung erwartet. Es verbindet sie aber, daß sie beide daran glauben, auf dem richtigen Weg vorwärtszuschreiten, um früher oder später zur Vollendung zu gelangen, und daß dies nur eine Frage menschlicher Anstrengung sei.

der Naive

Der nächste Typus ist der Naive. Die Unterscheidung des Naiven vom Positivisten ist nicht trennscharf, da beide Parallelen aufweisen. Auch dieser Typus glaubt daran, daß die Geschichte sich vollenden müsse, daß die Vollendung möglich und nur eine Frage menschlicher Anstrengung sei. Doch sieht er in der Geschichte nun keinen linearen Fortschritt mehr, sondern ein grandioses Vom-Weg-Abgekommensein, ein großes Problem, das man mit einer radikalen, grundsätzlichen Richtungsänderung zu lösen habe. Während der Positivist in den Verwerfungen der Geschichte bloß Fehler sieht, die die Menschheit auf dem »richtigen«, zur Gleichheit führenden Weg als Kinderkrankheiten erleidet, ist sie aus der Sicht des Naiven von diesem Weg abgekommen. Mit dem Ziel hat er größtenteils kein Problem, er unterlag ja auch den gleichen Einflüssen: Gleichheit, soziale Gerechtigkeit, Freiheit usw. Sein Problem ist vielmehr, daß die Menschheit das Ziel an irgendeinem Punkt im Verlauf ihrer Geschichte verraten habe. Während man nach Ansicht des Positivisten trotz der kleineren Schlenker den Weg fortsetzen soll, muß man, hört man auf den Naiven, sofort umkehren und einen anderen Weg beschreiten.

Aus der Sicht des Naiven ist ein ernster politischer Wechsel (Regierungs-, System- oder gar Epochenwechsel) vonnöten, um das große Vom-Weg-Abgekommensein zu überwinden. Für ihn ist die liberale Demokratie bereits kein Tabuthema mehr, sie kann Gegenstand der Kritik werden – etwas, was noch für den Positivisten die Blasphemie schlechthin dargestellt hätte. Aber in dieser kritischen Einstellung kommt nicht die Sehnsucht nach Bruch und Übertretung zum Ausdruck, sondern vielmehr eine Mentalität des »Zu deinem Besten zürne ich, nicht dir«. Der Naive möchte die Demokratie reformieren, auch dann, wenn er diese gerade auf die entschiedenste Weise ablehnt. Er sähe es gern, wenn der von ihm ersehnte Systemwechsel noch größere Freiheit, noch mehr Wohlstand und Gleichheit über die Menschen brächte und das irdische Leben noch glücklicher würde. Das politische Gewicht dieses Typus nimmt stetig zu. Unter den politischen Spezies kann man die globalisierungskritischen, linksextremen, fundamentalökologischen, rechtsextremen und neurechten (von der etablierten Politologie zu den Randgruppen gerechneten) Bewegungen hier einordnen, während das Lager der apolitischen Naiven verschiedene Gruppen von Umweltschützern, kulturbeflissenen Überlieferungsbewahrern, Anhängern alternativer Lebensformen und andere Subkulturen bilden. Allen ist gemein, daß sie das Bestehende ablehnen und darauf warten, daß die Welt endlich »zu sich selbst finde«, natürlich durch sie. Krisenbewußtsein ist ihnen zwar nicht abzusprechen, doch ist es ohne Tiefgang und ohne die geringste Schärfe. Ist der Stupide das Schwein der liberalen Demokratie, der Positivist ihr Schaf, so ist der Naive der Truthahn, der in Unkenntnis der eigenen Häßlichkeit zornig und aufgeplustert auf- und abstolziert. Am Ende schneidet man auch ihm die Kehle durch.

»Seit 1789 sind die Weltgeschichte und ihr Lauf dermaßen mit sozialer und egalitaristischer Rhetorik durchtränkt worden, daß der heutige Allerweltsdemokrat behaupten kann, er sei doch gar nicht links.«

Michael Klonovsky

Mit den ersten drei Typen haben wir nun ungefähr 99,9 Prozent der politischen Charaktere der Neuzeit abgedeckt. Die zwei verbleibenden Typen sind statistisch kaum nachweisbar. Daß wir diese beiden Kategorien dennoch erörtern, erklärt sich dadurch, daß ihre Bedeutung in keinem Verhältnis zu ihrer Zahl steht. Der antitraditionale und der traditionale Typus unterscheiden sich von den ersten dreien dadurch, daß sie die Abwärtsbewegung der Geschichte erfassen, um die Krise wissen und sie in ihrer Bedeutung erkennen. Während aber der antitraditionale Typus die Verbindung zwischen Geschichte und transzendenter Welt wie die ersten drei beschriebenen Typen – im Wesentlichen – ablehnt, oder sich als unfähig zu einer richtigen Deutung dieser Verbindung erweist, interpretiert

»Diese selben Politiker, die heute zugeben, daß sie gelogen haben und sich dessen sogar rühmen, erwarten nun, daß die von ihnen betrogenen Opfer sich ihnen noch einmal anvertrauen, weil sie ›sehen, was auf dem Spiel steht‹ (nämlich ›Wohlstand‹ und ›soziale Sicherheit‹). Die Schamlosigkeit dieser Leute wird fürwahr nur von ihrem Größenwahn übertroffen.«

Manfred Kleine-Hartlage

der traditionale Typus die Politik auch von einem metaphysischen, sakralen Standpunkt.

der Antitraditionale

Die politische Vergegenwärtigung und Vorstellung des ANTITRADITIONALEN CHARAKTERS scheint mühsam, weil er im großen und ganzen mit jenen im Hintergrund agierenden Mächten identisch ist, über die exakte Aussagen zu machen fast unmöglich sein dürfte. Selbst seine Existenz ist kaum mit letzter Sicherheit beweisbar, sondern eher intuitiv aus den Ergebnissen seiner Tätigkeit rückschließend zu rekonstruieren. Zahlenmäßig ist er kaum der Rede wert, seine politische Macht, sein Einfluß hingegen sind fast unbegrenzt. Mehr oder minder alles, was sich in der Welt auf der politischen Ebene abspielt, geschieht gemäß seinen Richtlinien, seinem Einfluß und seinen Spekulationen. Behaupteten wir bei den vorausgehenden Charakteren, daß ihre neuzeitliche Beeinflussung identisch sei, haben wir es beim Antitraditionalen mit dem Beeinflusser selbst zu tun. Gab es auf der globalen Farm namens liberale Demokratie Schweine, Schafe und Truthähne, so ist er der Farmer, der diese züchtet, verwertet, füttert, verkauft oder, wenn nötig, das Vieh eben schlachtet. Zum Schicksal von Schwein, Schaf und Truthahn gehört, daß sie von der Existenz des Farmers nichts wissen oder daß ihr Wissen sehr unbestimmt ist. In ihren Augen ist ein sie ausnützender, züchtender und schlachtender Farmer unvorstellbar, nur eine »Verschwörungstheorie«. Der, den sie sehen, der füttert und versorgt sie doch!

Der antitraditionale Typus nimmt den Niedergang der Geschichte eindeutig wahr, weil er diesen Prozeß ja selbst mit orchestriert. Recht besehen läßt sich wohl nicht behaupten, daß hinter dem Niedergang der Geschichte bloß die Absicht dieser Hintergrundkräfte stehen würde, vielmehr dürfen wir annehmen, daß der antitraditionale Typus diesen Niedergang erkannte und solche Erkenntnis nicht bloß zum eigenen Vorteil ausnutzt, sondern den Zerfallsprozess auch in Gang hält.

Der Farmer nimmt nicht teil am Gerangel der Schweine, Schafe und Truthähne.

der Traditionale

DER LETZTE TYPUS, den wir vorstellen, ist der Traditionale. Die in ihm verborgene geistige Potentialität hingegen ist unvergleichlich größer als die der vier anderen zusammengenommen. Dem traditionalen Typus ist eine metapolitische Einstellung eigen. Sind die anderen Typen von materialistischer, physischer und politischer Natur, ist er ein geistiger Mensch, der die Politik nicht verdinglicht, sondern vergeistigt.

Die Zugehörigkeit zu einem der unterschiedlichen politischen Typen ist nicht das Ergebnis irgendeiner bewußten Entscheidung, sondern eine vom geistigen Niveau des einzelnen bedingte Gesetzmäßigkeit. Ob jemand liberal, konservativ, sozialistisch oder nationalistisch wird, d.h. in welche der von der konventionellen Politologie etablierten Kategorien er sich einreiht, das hängt von seiner Erziehung, seinem Milieu, von den ihm widerfahrenen Erlebnissen und der auf dieser Grundlage getroffenen Entscheidung ab. Ob jemand aber stupid, positivistisch, naiv, antitraditional oder traditional ist, kann keine Frage der persönlichen Entscheidung sein: Das ist die Konsequenz seiner Daseinsbetrachtung, wenn man so will, seiner »Weltanschauung«. Hier bleibt das Schwein ein Schwein, ob es dies nun will oder nicht. Unsere Typologie umfaßt also gleichzeitig eine geistige Niveaueinteilung. Dies bedeutet, daß jeder einzelne sich auf seiner geistigen Stufe zur Politik verhält. Auf derselben können sich die konventionellen politischen Kategorien abwechseln, man kann sich also etwa ein »sozialistisches Schwein« oder ein »sozialistisches Schaf« vorstellen, wie auch ein »nationalistisches Schwein« oder einen »nationalistischen Truthahn«, die Varianten sind – mit gewissen Einschränkungen – fortsetzbar, aber daß jemand oberhalb oder unterhalb seiner geistigen Stufe ein politisches Verhältnis, einen Typus repräsentiert, ist unmöglich. Wer in geistigen Dingen ein »Schwein« ist, der wird auch in der Politik nicht traditional sein, und umgekehrt, wer in geistigen Dingen traditional ist, der kann auch politisch kein »Schaf« sein.

Für den wachen Traditionalen ist Politik nicht irgendein Ziel, nicht das Füllen des eigenen Bauches, nicht die Bewahrung der Nestwärme politischer Sicherheit, nicht irgendeine äußere Weltherrschaft, sondern existentielle Berufung. Er ist nicht Schwein, Schaf, Truthahn, und auch kein Farmer. Er ist der Mensch. ■

Vona Gábor: »A modernkori ember politikai tipológiája.« in: *Magyar Hüperión. A jobboldali értelmiség folyóirata* I/1 Mai-Juli (2013), S. 18–29.

Autoren dieses Heftes

Solange Bied-Charreton, 1982, ist Romanautorin, Journalistin und Redakteurin der französischen Wochenzeitung *Valeurs actuelles.*
Enjoy, Bremen 2015

Paul Daniel Brunetta, 1982, lernte nach dem Abschluß der Mittelschule Tierpfleger, studierte nach dem Abitur Soziologie, Philosophie und Politik und promoviert derzeit über Kartellstrukturen.

Euryale, 1979, kosmopolitischer Reaktionär. Blogt auf deltakyklos.wordpress.com, um die politische Lage in Europa für sich selbst übersichtlicher zu machen. Verwendet auf Twitter öfter das Hashtag #thymos. Kein Feminist!

Thomas Fasbender, 1957, lebt seit 1992 als Unternehmer und Journalist in Rußland
Freiheit statt Demokratie. Rußlands Weg und die Illusionen des Westens, Waltrop 2014

Siegfried Gerlich, 1967, arbeitet freischaffend als Autor und Pianist.
Richard Wagner. Die Frage nach dem Deutschen, Wien 2013

Olaf Haselhorst, 1963, studierte Geschichte und Slawistik in Hamburg und St. Petersburg, arbeitet als Publizist und Übersetzer.
1815 – Die Befreiungskriege und das Ende des Napoleonischen Zeitalters, Graz 2015

Benedikt Kaiser, 1987, studierte Politikwissenschaft mit europaspezifischer Ausrichtung in Chemnitz. Er arbeitet beim Verlag Antaios.
Phänomen Inselfaschismus, Kiel 2013

Ellen Kositza, 1973, arbeitet als Redakteurin der *Sezession* und als freie Publizistin. Sie erhielt 2008 den Gerhard-Löwenthal-Preis für Journalisten.
Gender ohne Ende, 3., erweiterte Auflage, Schnellroda 2008

Götz Kubitschek, 1970, gründete und führt den Verlag Antaios und ist verantwortlicher Redakteur der *Sezession.*

Dr. Erik Lehnert, 1975, ist promovierter Philosoph und arbeitet als Geschäftsführer des Instituts für Staatspolitik (IfS).
(Hrsg.): *Deutsche Orte,* Band 4 des *Staatspolitischen Handbuchs*, Schnellroda 2014

Felix Menzel, 1985, studierte Medien- und Kommunikationswissenschaften, Politik und BWL. 2004 gründete er mit Mitschülern die Jugendzeitschrift *Blaue Narzisse.*
Die Ausländer. Warum es immer mehr werden, Chemnitz 2015

Johannes Konstantin Poensgen, 1992, studiert Politikwissenschaften und Geschichte.

Prof. Dr. Karl Albrecht Schachtschneider, 1940, ist Staatsrechtslehrer und hatte bis 2006 den Lehrstuhl für öffentliches Recht an der Universität Erlangen-Nürnberg inne. Schachtschneider ist Vizepräsident des Studienzentrums Weikersheim.
Erinnerung ans Recht. Essays zur Politik unserer Tage, Rottenburg 2016

Prof. Dr. Günter Scholdt, 1946, lehrte Neuere Deutsche Literaturwissenschaft an der Universität des Saarlandes und leitete von 1996 bis 2011 das Literaturarchiv Saar-Lor-Lux-Elsaß.
Die große Autorenschlacht. Schnellroda 2015

Gábor Vona, 1978, ist Vorsitzender der Partei Jobbik und ihr Fraktionsführer im ungarischen Parlament.

Die Auflösung der Staatsdogmatik

von Johannes Konstantin Poensgen

»Staat« ist einer jener Grundbegriffe, mit denen Menschen die Bedingungen ihres Daseins zu erfassen suchen. Die mit einem solchen Wort verbundenen Vorstellungen sind vielfältig, fließend und für den Außenstehenden, nicht von der Geschichte und Kultur der dieses Wort hervorbringenden Gemeinschaft Durchtränkten, oft nur schwer und über unzureichende Analogien verständlich. Für das Wort »Staat« zeigt dies bereits innerhalb der abendländischen Kultur der Unterschied zwischen »Staat«, »état« und »state«, ganz abgesehen von »society«, dem eigentlichen Grundbegriff angelsächsischer Vergemeinschaftung. In der Antike gab es die Polis und die Civitas. Der Orient kennt die Begriffe der Umma und des Kalifats. Das alles sind Versuche zur Erfassung eines jeweils geschichtlich-wirklichen, höhergeordneten Wirs. Also durchaus von *etwas,* das durch die Schwierigkeit, es auf den Begriff zu bringen, nicht weniger wirklich wird.

An der Grundbegriffsqualität des Staates ändert auch die Tatsache nichts, daß es sich um ein recht junges Wort handelt (verglichen mit Ausdrücken wie »Ich«, »Du«, »Welt« etc.). Zeiten, in denen das »Wir« vielleicht fünfzig Leute umfaßte, kannten nur dieses »Wir«, das in vielen Fällen nicht einmal benannt oder mit einem Wort wie »Inuit« – Menschen – belegt war. Für uns hingegen ist »Staat« eine Tatsache, ebenso selbstverständlich und geheimnisvoll wie der Blick in das eigene Selbst. Je tiefer man über »Staat« nachdenkt, desto unergründlicher erscheint das mit dieser einen Silbe bezeichnete Phänomen. »Gottgegebene Ordnung«, »Makroanthropos«, »Gesellschaftsvertrag«, »Idee der Sittlichkeit«, »Rechtsordnung«, »kämpferische Einheit eines Volkes in der Geschichte«, »sozialer Verband«; die Versuche, »Staat« zu fassen, sind zahllos.

Die Frage nach »Staat« ist die Frage nach der Dogmatik des Staates. Das Wort Dogmatik ruft heutzutage leicht den Vorwurf der Willkür, gar Beliebigkeit auf den Plan. Dies verkennt die geschichtliche Gebundenheit jeder Art von Dogmatik. Staatsdogmatik ist die Erfassung, das Sich-ein-Bild-Machen und das Auf-den-Begriff-Bringen der Gestalt des bestimmten »Staates« durch ebenso bestimmte Menschen. Die Bilder und Begriffe, mit denen diese Menschen *ihren* Staat erfassen, erfüllen wiederum für diesen Staat die Funktion der Erklärung und Sinnstiftung. Sie erheben ihn von einer bloßen Erfahrbarkeit zu etwas Denkbarem. Für den Beobachter jedoch gibt es kaum einen besseren Indikator für den Zustand eines bestehenden Staates als seine Dogmatik.

Deutschland befindet sich seit dem Ende des Ersten Weltkriegs in einer Krise der Staatsdogmatik, die mittlerweile fast bis zu ihrer vollständigen Auflösung geführt hat. In der Zeit vor dem Krieg, der Zeit, die für viele Urgroßväter die »gute alte Zeit« war, schien in Deutschland nichts sicherer gegründet als der Staat. Rückblickend, nach der Niederlage, wurde es üblich, den Grund für dieselbe in der Schwäche, der inneren Verrottung des wilhelminischen Deutschland zu sehen. Sooft derartige Betrachtun-

»Die geistige Krisis Europas, die in der politisch-sozialen Revolutionierung nur ihren sichtbarsten Ausdruck findet, hat auch das Denken über die Voraussetzungen, den Weg und den Sinn aller Wissenschaften vom Menschen zutiefst erschüttert. Weit über die schlagwortmäßige Feststellung des krisenhaften Zustandes aller Kulturwissenschaften hinaus aber wird in der breitesten Öffentlichkeit wie im engsten Fachkreise die theoretische Unzulänglichkeit und praktische Unfruchtbarkeit jener Disziplin empfunden, die unter der Bezeichnung ›Allgemeine Staatslehre‹ in umfangreichen Vorlesungen an unseren Universitäten vorgetragen wird.«

Hermann Heller, »Die Krisis der Staatslehre«, in: *Archiv für Sozialwissenschaft* (1926)

gen der Weimarer Zeit über das Ziel hinausschossen, so richtig ist der Befund für die Staatsdogmatik jener Zeit, oder besser gesagt, die Staatsdogmatiken. Es gab deren zwei bedeutsame, die sich zueinander in gewissem Sinne komplementär verhielten: die technisch-soziologische und die der positivistischen Rechtslehre.

Für die erste steht wie kein anderer der Name Max Webers, der den Staat als »politischen Anstaltsbetrieb« definierte. Die Technizität Webers entsprach durchaus dem Zeitgeist des ausgehenden 19. Jahrhunderts. Sie fand ihren Widerhall in der Auffassung des Staates als Rechtsordnung, einer Lehre, die sich mit Hans Kelsens Idee der »reinen Rechtsordnung« – einer Rechtsordnung ohne jede diesseitigen Anteile – selbst ad absurdum führte. Komplementär sind diese Lehren insofern, als die letztere durch ihren eigentümlichen Glauben an die Legalität, die innere Berechtigung des gesetzten Rechts, einem Apparat zumindest oberflächliche Legitimation verschaffte, während umgekehrt eine technische Auffassung des Staates jenen Glauben an die Legitimität der Legalität stärkte. Beide zusammen ergaben ein Bild des Staates, dem man weder die innere Folgerichtigkeit noch die Brauchbarkeit als soziologische Hypothese absprechen kann.

»Staat soll ein politischer Anstaltsbetrieb heißen, wenn und insoweit sein Verwaltungsstab erfolgreich das Monopol legitimen physischen Zwanges für die Durchführung der Ordnung in Anspruch nimmt.«

Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft* (1922)

Ihre strenge Wissenschaftlichkeit erkauften diese Lehren jedoch mit dem Verzicht auf die Frage nach dem Sinn des Staates. Ebensowenig kann die Frage nach der Souveränität beantwortet werden. Kelsen weist sie, innerhalb seines Systems zu Recht, von sich. Ein anstaltsmäßiger Betrieb hingegen kennt nur den vorschriftsmäßigen Geschäftsgang, eine Schwäche seiner Theorie, die Weber durch die Figur des charismatischen Volksführers auszubessern suchte, welcher aber außerhalb des Staates steht. Die beiden herrschenden Staatslehren des wilhelminischen Zeitalters waren bereits vom dogmatischen Ansatz auf das ausgelegt, was den Zeitgenossen als der Normalfall erschien. Sie glichen Bedienungsanleitungen, die in der langen Friedenszeit nach 1871 einen ordnungsgemäßen Ablauf sicherstellen sollten.

Nach dem Ende dieser Friedenszeit und der Niederlage des Zweiten Reiches mußte die Staatslehre auf neuen Grund gestellt werden. Die vielfältigen Ansätze – und vielfachen Halb- und Viertelansätze – können hier nicht im einzelnen aufgezählt werden. Drei Denker seien aber der Ausgereiftheit ihrer Konzeptionen wegen erwähnt: Oswald Spengler, Carl Schmitt und Hermann Heller.

Spengler versuchte, den Staat aus der Formenwelt seiner Geschichts- und Lebensphilosophie geradezu herauswachsen zu lassen. Der Anfang seines Kapitels über den Staat sollte genügen, um einen Eindruck der philosophischen Grundlagen zu vermitteln, auf denen dieses Denken beruht: »Ein unergründliches Geheimnis der kosmischen Flutungen, die wir Leben nennen, ist ihre Sonderung in zwei Geschlechter. Schon in den erdverbundenen Daseinsströmen der Pflanzenwelt strebt es auseinander, wie das Sinnbild der Blüte zeigt: etwas, das dieses Dasein *ist,* und etwas, das es aufrecht erhält.«

In einer Abwandlung des berühmten Aristoteleswortes kann man sagen, daß für diese Staatsauffassung die Männer und nicht die Gesetze den Staat machen. Das aufrechterhaltende, männliche Element des Lebensflusses drängt zum Männerbund und damit zum Staat, zu jener Formgebung des Lebens in der Politik. Verfassungen, geschriebene Gesetze etc. verlieren gegenüber dem inneren Takt einer Lebenseinheit größtenteils an Bedeutung. Nicht der Text der Verfassung, sondern der instinktive Umgang mit derselben, die Art eines Volkes, »in Verfassung zu sein«, die sich jedes Gesetz nach ihrem inneren Bedürfnis zurechtlegt, entscheidet über das Wesen eines Staates.

»Caesarismus nenne ich die Regierungsart, welche trotz aller staatsrechtlichen Formulierungen in ihrem inneren Wesen wieder gänzlich formlos ist. Es ist gleichgültig, ob Augustus in Rom, Hog-ti in China, Amosis in Ägypten, Alp Arslan in Bagdad ihre Stellung mit altertümlichen Bezeichnungen umkleiden. Der Geist dieser alten Formen ist tot.«

Oswald Spengler, *Der Untergang des Abendlandes. Umrisse einer Morphologie der Weltgeschichte* (1918–1922)

Die mögliche Formenwelt des Staatslebens hängt dabei gänzlich von den vorhandenen schöpferischen Kräften der jeweiligen Kultur ab. Und trotz der häufig allzustarken Simplifizierung kam Spenglers Ruf als Untergangsprophet nicht irgendher. Innerhalb seiner Morphologie gibt es keinen anderen Rückschluß, als daß wir das Zeitalter hinter uns gelassen haben, in dem noch große Schöpfungen auf diesem Gebiet möglich sind. Seine Hoffnungen und Entwürfe zu einem preußisch-sozialistischen Staat im 20. Jahrhundert passen genau betrachtet nicht in den Rhythmus seiner Kulturkreislehre. Hier bleibt nur der Cäsarismus, der keine neue Form, sondern ein Zurücksinken in die Formlosigkeit zufälliger Einzelgewalten ist.

Die beiden bemerkenswertesten Versuche, den Staat von der staatsrechtlichen Seite zu rekonstruieren, wurden von Hermann Heller und Carl Schmitt zeitlich geradezu parallel unternommen. Gemeinsam ist beiden, daß der Staat durch die eigene Darstellung Wirklichkeit wird – bei Schmitt durch Repräsentation, die aber nur im Wechselspiel mit der real vorhandenen Identität des Volkes wirksam wird, bei Heller, ganz demokratisch, durch die Summe all jener kleinen Akte der Bevölkerung im Alltag, die die Anerkennung des Staates symbolisieren. Ein Vergleich beider hat vor allem zu beachten, daß es Heller trotz seiner politischen Betätigung in der untergehenden Republik – im Preußenschlagprozeß standen er und Schmitt sich als Anwälte gegenüber – hauptsächlich um eine Wiederherstellung der Staatslehre als Wissenschaft zu tun war. Das Aktivistische, beständig auf aktuelle Anlässe Reagierende der Schmittschen Veröffentlichungen ist seinem Werk fremd.



Rudolf Schlichter, Atlantis vor dem Untergang (Tusche, 1924)

Die Ironie der Hellerschen Staatslehre besteht nun darin, daß ihm wider Willen etwas gelang, was er im Bewußtsein ihrer praktischen Unbrauchbarkeit ablehnte: eine allgemeine Staatslehre, eher noch eine allgemeine Gemeinschaftslehre. Heller dachte nicht, daß man die Gestalt des zu untersuchenden Staates weiter spannen könne als etwa bis zum »abendländischen Staat der Neuzeit«. In seiner »Krisis der Staatslehre« entwirft er dann aber eine allgemeine Theorie menschlicher Vergemeinschaftung auf soziopsychologischer Basis. In der posthum erschienenen *Staatslehre* baut er dies zu einem dialektischen Begriff der Organisation aus. Das Verdienst Hellers für die Soziologie, insbesondere die Rechtssoziologie, kann nicht bestritten werden. Sein großes Problem der »Einheit in der Vielheit« – wie kann eine Vielheit als Einheit wirken, obwohl die Einzelnen ihre Individualität nicht verlieren? – kann er schlüssig beantworten. Ebenso bedeutsam sind seine Einsichten über die soziologische Funktionsweise des Rechts innerhalb einer Gemeinschaft. Nur das drängende Problem einer neuen dogmatischen Grundlage für den Staat seiner Zeit konnte er nicht im Ansatz lösen. Dafür hätte er die Frage der staatlichen Souveränität von der tatsächlichen Machtverteilung im modernen Staat her beleuchten müssen. Diese Frage lehnt er ausdrücklich als »oft unbeantwortbar« ab.

»Der phänomenologische Befund ergibt drei sich gegenseitig fordernde ›Elemente‹ einer jeden Organisation: 1. ein auf das gegenseitige Verhalten eingestelltes, gesellschaftliches Handeln einer Mehrzahl von Menschen, deren Zusammenwirken 2. an einer regelgeforderten Ordnung sich regelmäßig orientiert, deren Setzung und Sicherung 3. besondere Organe wahrnehmen.«

Hermann Heller, *Staatslehre* (1934)

Schmitt hingegen hatte bereits mit der *Verfassungslehre* von 1928 eine vorsichtige Distanz zum Staatsgedanken eingenommen. In der End-

phase der Weimarer Republik nahm er den Kampf um den Staat allerdings noch einmal auf. Sein Konzept des totalen Staates aus Stärke, der, durchaus hobbesianisch gedacht, den schwelenden Bürgerkriegszuständen ein Ende machen sollte, scheiterte jedoch vor allem daran, daß sich für diesen Staat kein Träger finden ließ. Hobbes hatte seinerzeit einen absoluten Monarchen im Sinne gehabt; für Schmitt blieb nur ein altersschwacher Feldmarschall. Auch eine Führungsschicht war für diesen Staat nur in technokratischer Hinsicht vorhanden. Schmitt, der im Zweifelsfalle immer die Legitimität gegen die Legalität verteidigte, sah sich mit der Situation konfrontiert, einen Staat ohne anerkannte Legitimitätsquelle verteidigen zu müssen.

Es ist oft ein Riß zwischen dem Werk Schmitts in der Weimarer Zeit und seiner Einfügung in das Dritte Reich festgestellt worden. Allerdings ist der Schritt vom totalen Staat zur »Dreigliederung« in *Staat, Bewegung, Volk* durchaus folgerichtig: Wenn sich der Staat nicht mehr aus eigener Kraft halten kann, so ziehe man ihm Korsettstangen ein. Da nach Ansicht Schmitts der Zerfall des Staates auch den Zerfall der darauf erst aufbauenden Ethik mit sich bringt, war er hierzu verpflichtet. Als dieses Korsett sollte die nationalsozialistische Bewegung herhalten; es ließ sich aber bereits in der Folgerichtigkeit der Schmittschen Abhandlung nicht verhindern, daß der Staat dabei die politisch Entscheidungsgewalt, seine Souveränität, an die Bewegung verlor.

»Das neue Staatsgefüge ist dadurch gekennzeichnet, daß die politische Einheit des Volkes und damit die Gesamtordnung seines öffentlichen Lebens sich in drei unterschiedenen Ordnungsreihen darstellt. Die drei Reihen stehen nicht gleichgeordnet nebeneinander, sondern eine von ihnen, nämlich die Staat- und Volktragende Bewegung, durchdringt und führt die beiden anderen.«

Carl Schmitt, *Staat, Bewegung, Volk. Die Dreigliederung der politischen Einheit* (1933)

Nach dem Zweiten Weltkrieg schien sich das Problem auf merkwürdige Art zu verflüchtigen. Wobei das Wort »schien« vielleicht nicht ganz gerecht ist. Über Jahrzehnte ließ es sich, in Europa zumindest, unter dem atomaren Patt gut in einem Pseudostaat leben, dessen Politik in kaum etwas anderem als der Bereitstellung eines rechtlichen Rahmens für die Wirtschaft und der Verteilung des Wohlstandes bestand. Unter diesem Eindruck entstand eine Staatsdogmatik, die den Staat als Dienstleister der Industriegesellschaft zu erfassen suchte (z.B. Ernst Forsthoff oder Arnold Gehlen).

Es war ein Staat entstanden, der keine politischen, sondern wirtschaftliche Subjekte zu einer wirtschaftlich-technischen Einheit zusammenfaßte. Das Erkaufen des sozialen Friedens war dabei ein wirtschaftlich-technischer Vorgang, der die an der Produktion nicht Teilhabenden diesem Staate einverleibte. Es ist nur folgerichtig, wenn diese Staatsgestalt ihre nationale Gebundenheit zu überwinden trachtet. Das Wirtschaftlich-Technische kennt heute keine Grenzen mehr, weshalb Ernst Forsthoff ganz richtig lag, als er dieser Gestalt des Staates eine innere Tendenz zur Globalität nachwies.

Die Betrachtungen jener Jahrzehnte schwanken zwischen äußerstem Pessimismus, was den Bestand dieser neuen Ordnung anbelangt, und der Vermutung – in vielen Fällen auch Hoffnung –, daß die politischen Gesetzmäßigkeiten der Vergangenheit unter den veränderten Bedingungen der Ökonomie und Technik ihre Gültigkeit eingebüßt hätten. Es ist nicht weiter verwunderlich, daß der Staat als Problem fast ganz aus dem Bewußtsein der darauffolgenden Generationen verschwand. Er wurde zum Hintergrund der Demokratie, der Zivilgesellschaft und was dergleichen aufgeladene Ersatzbegriffe mehr sind. Rückblickend mag man manche dieser Naivitäten belächeln; man sollte jedoch nicht vergessen, daß sich dieser Pflege- und Normierungsstaat erst in unseren Tagen Stück für Stück auflöst. Doch gibt es nicht einmal eine Idee dessen, was darauf folgen soll. Man blickt sich in Deutschland, in ganz Europa um und sieht noch nicht einmal ein Problembewußtsein. Hauptsache, die Volksverräter kommen weg! Das ist nicht einmal der Ansatz einer Formidee. Das gleiche gilt für die unmittelbare Berufung auf das Volk.

Es ist keinesfalls gegeben, daß das Problem der Staatsdogmatik in unserer Zeit noch in einem zufriedenstellenden Sinne lösbar ist. Das Abendland des 20. Jahrhunderts löste es schließlich für seine Zeit, indem es sich insgesamt entpolitisierte und erst dadurch den Staat in eine Mischung aus Normierungsbehörde und Pflegeheim verwandelte. Während eines halben Jahrhunderts grollte das Politische an den Rändern einer Welt, die sich immer noch als die zivilisierte betrachtete. Wir werden ihm nicht ausweichen können. Die Einheit, in der wir diesem noch jungen Jahrhundert entgegengehen, wird auf anderen Fundamenten stehen als die, in der wir jetzt leben. Andernfalls wird sie nicht stehen. ■

Literaturhinweise:

Ernst Forsthoff: *Der Staat der Industriegesellschaft. Dargestellt am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland,* München 1971;

Hermann Heller: *Staatslehre,* Leiden 1934;

Hermann Heller: »Die Krisis der Staatslehre«, in: ders.: *Gesammelte Schriften,* Bd. 2, Leiden 1971;

Carl Schmitt: *Verfassungslehre,* München 1928;

Carl Schmitt: *Staat, Bewegung, Volk. Die Dreigliederung der politischen Einheit,* Hamburg 1933;

Carl Schmitt: »Die Wendung zum totalen Staat«, in: ders.: *Positionen und Begriffe im Kampf mit Weimar – Genf – Versailles 1923–1939,* Hamburg 1940;

Oswald Spengler: *Der Untergang des Abendlandes. Umrisse einer Morphologie der Weltgeschichte,* Wien u. München 1918–1922;

Max Weber: *Soziologische Grundbegriffe,* Tübingen 1960.

Vor 100 Jahren: Die Schlacht von Verdun

von Olaf Haselhorst

Das monatelange Ringen um Verdun gilt als Symbol für ein kriegerisches Massensterben bisher ungekannten Ausmaßes. Es steht sinnbildlich für einen verschwenderischen Einsatz von Menschen und Material, der in keinem Verhältnis zu dem dadurch errungenen Erfolg steht.

Nachdem sich im Herbst 1914 die Offensive der deutschen Armeen in Frankreich festgelaufen hatte, war der Bewegungskrieg in einen Stellungskrieg übergegangen. Im Osten konnte die russische Dampfwalze in Ostpreußen gestoppt und zurückgeworfen werden. Das Jahr 1915 war für die Mittelmächte gut gelaufen. Alle Angriffe der Entente waren gescheitert. Auf dem Balkan konnte Serbien erobert werden.

Für das Jahr 1916 plante die Entente eine Koordinierung ihrer Angriffe. Die Mittelmächte jedoch hatten unterschiedliche Ziele. Während die Österreicher eine Großoffensive gegen Italien ins Auge faßten – hierfür aber deutsche Unterstützung benötigten –, wollte der Chef der Obersten Heeresleitung (OHL), Erich von Falkenhayn, die Kriegsentscheidung in Frankreich mit einem Angriff auf Verdun herbeiführen. Widerlegt ist die These der älteren Forschung, daß Falkenhayn ein »Ausbluten« des Gegners im Blick gehabt hätte. Erst das Scheitern der auf einen Frontdurchbruch angelegten Schlacht ließ Falkenhayn im Nachhinein Zuflucht zu dem Argument nehmen, er habe es von Anfang an nur auf die Ermattung der Franzosen angelegt.

Die Umgebung Verduns war nach dem Deutsch-Französischen Krieg 1870/71 als Teil einer Befestigungslinie mit einem Ring aus Forts umgeben worden. Bei Kriegsbeginn gab es über 40 Befestigungen in und um Verdun, darunter 20 Forts und Zwischenwerke, die mit Maschinengewehren, gepanzerten Beobachtungs- und Geschütztürmen sowie Kasematten bestückt waren.

Nach dem ursprünglichen deutschen Plan sollte Verdun rasch erobert werden, um eine Material- und Menschenschlacht zu verhindern. Drei Korps zu je zwei Divisionen hatten auf einer Breite von 16 Kilometern anzugreifen. Hierauf sollten zwei weitere Korps von Nordosten vorgehen, insgesamt 150000 Mann. Vorne lagen 13 Regimenter, meist zwei Bataillone hintereinander – ein gewaltiges Aufgebot. Der auf den 12. Februar festgelegte Angriff mußte wegen schlechten Wetters allerdings auf den 21. verschoben werden. Der Gegner war mittlerweile gewarnt und traf seine Vorbereitungen.

Am 21. Februar 1916 begann der deutsche Angriff um 8.12 Uhr mit einem in seinen Ausmaßen bisher nicht gekannten Trommelfeuer aus rund 800 Minenwerfern und 1200 Geschützen auf die französischen Linien. Inzwischen machten sich die Truppen der vom deutschen Kronprinzen Wilhelm geführten 5. Armee bereit. Insgesamt 30000 Franzosen erwarteten den deutschen Angriff in der vordersten Frontlinie. Um 17 Uhr brachen erste Stoßtrupps in die vom stundenlangen Trommelfeuer umgepflügten Stellungen der Franzosen ein.

»Es gibt keine Hoffnung auf ein paar Stunden Ruhe, in Verdun gibt es das nicht. Wir sind in die Erde eingetreten, sie hat uns absorbiert, wir kleben auf ihr, um den Tod zu vermeiden, der überall lauert.«

Fernand Léger, französischer Frontsoldat (1916)



Sturmangriff

Reste des Chaumewaldes am Rande der Orne-Schlucht

Unversehrte Heiligenbilder inmitten der Wüste

▲ *Die Vauxkreuzschlucht führt zur Höhe »Vauxkreuz«*

▲ *Deutscher Posten auf der Höhe »Toter Mann«*



Durch Fernkampfgeschütze vernichteter Munitionszug



Rückmarsch 1916 (Verdun)

Vom Erfolg beflügelt, setzte das deutsche Heer seine Angriffe unbeirrt fort. Die französischen Soldaten verteidigten sich in versprengten Widerstandsnestern, konnten den deutschen Vormarsch jedoch nicht aufhalten.

Am 23. Februar tobten heftige Gefechte um die Dörfer Brabant und Wavrille sowie den Herbebois. Beim Kampf um Samogneux wurden Franzosen durch eigenes Artilleriefeuer auf den Ort dezimiert.

Am 24. Februar brachen deutsche Truppen in die zweite französische Stellung ein. Etwa 10000 Gefangene wurden gemacht. Bei den Franzosen brach Chaos aus, die Bevölkerung Verduns floh panikartig aus der Stadt. General Joseph Joffre übernahm das Kommando und gab die Parole aus: »Jeder Führer, der unter den gegebenen Umständen einen Rückzugsbefehl gibt, wird vor ein Kriegsgericht gestellt werden.«

»Seien wir von dem Bewußtsein durchdrungen, daß das Vaterland Großes von uns erwartet! Es gilt unseren Feinden zu zeigen, daß der eiserne Wille zum Siege in Deutschlands Söhnen lebendig geblieben ist und daß das deutsche Heer, wo es zum Angriff schreitet, jeden Widerstand überwindet!«

Armeebefehl des Oberbefehlshabers der Heeresgruppe zum Angriff auf Verdun (Februar 1916)

Am 25. Februar nahmen die Deutschen mühelos das nur von knapp 70 französischen Landwehrartilleristen besetzte Fort Douaumont ein, welches das deutsche Trommelfeuer kaum beschädigt hatte. Die Nachricht von der Übergabe des Forts – durch von deutschen Fliegern abgeworfene Flugblätter verbreitet – führte zu einer Massenpsychose auf französischer Seite. Die Dörfer Louvemont und Bezonvaux fielen nach verlustreichen Kämpfen in deutsche Hände.

Die Deutschen nutzten ihren Erfolg bei Douaumont jedoch nicht aus. Falkenhayn ließ keine Verstärkungen nachschieben, um dem Gegner auf den Fersen zu bleiben. Dieser gewann Zeit, und der französische Widerstand versteifte sich. General Philippe Pétain wurde am 26. Februar zum Kommandeur der französischen Truppen im Raum Verdun ernannt. Seine wesentlichen Maßnahmen waren zum einen die Reorganisation des Nachschubs, indem er in Frankreich Privatfahrzeuge requirieren und zu langen Kolonnen zusammenstellen ließ, die dem Kampfraum über die Straße nach Bar-le-Duc den notwendigen Nachschub zuführten. Im Rotationssystem veranlaßte Pétain zum anderen, abgekämpfte Einheiten aus der Frontzone herauszulösen und durch frische Verbände zu ersetzen. Dies stärkte Moral und Kampfkraft der Verteidiger.

Vom 27. Februar bis zum 2. März tobte der Kampf um das Dorf Douaumont, das schließlich eingenommen wurde. Dabei geriet der französische Hauptmann Charles de Gaulle schwerverwundet in deutsche Gefangenschaft. Westlich der Maas fiel am 3. März der Maler Franz Marc.

Am 6. März begann die deutsche Großoffensive der »Angriffsgruppe West« mit Schwerpunkt westlich der Maas. Die deutschen Truppen traten nach starkem, vorbereitendem Artilleriefeuer in zwei Spitzen zum Angriff gegen die französischen Stellungen am linken Maasufer an. Nach heftigen Gefechten gelang ihnen am 7. März die Einnahme der Dörfer Regnéville und Forges und der strategisch wichtigen Höhenstellungen »Gänserükken« und »Pfefferrücken«. Die französische Verteidigung brach unter dem Angriff zusammen, es wurden über 3300 unverletzte Gefangene gemacht.

Am gleichen Tag stießen die Deutschen zum Rabenwald und zum Cumières-Wald vor, die nach Nordwesten hin in die strategisch wichtige Anhöhe »Le Mort Homme« (»Toter Mann«) ausliefen. Dieser Hügel mit zwei Gipfeln (Höhe 265 und Höhe 295) verdankte seinen Namen einer dort im 16. Jahrhundert gefundenen unbekannten Leiche. Westlich der Höhe »Toter Mann« liegt die Höhe 304, die ebenfalls zum Ziel der deutschen Angriffe wurde. Hinter diesen beiden Hügeln hatte Pétain große Geschützbatterien stationiert, die den deutschen Stellungen auf dem rechten Maasufer große Verluste beibrachten. Am Abend des 7. März besetzten die deutschen Truppen einen Teil der Höhe 304, jedoch drängte sie eine entschlossene französische Gegenattacke bereits am 8. März wieder zurück.

Am 14. März erfolgte der deutsche Großangriff mit sechs Divisionen gegen den »Toten Mann«, der eingenommen wurde. Angriffe und Gegenangriffe lösten sich ab. Manche deutsche Regimenter hatten in wenigen Tagen die Hälfte ihrer Soldaten verloren, darunter viele Offiziere, die in der ersten Reihe gegen den Feind stürmten. Beiderseits hatte man mittlerweile allerdings so viel in die Schlacht investiert, daß ein Abbruch dem Eingeständnis der Niederlage geglichen hätte.

Es folgten am 23. März die Erstürmung des Höhenrückens südwestlich von Haucourt und die Einnahme des Dorfes Malancourt am 30. März. Am 6. April konnte die OHL die Besetzung des Dorfes Haucourt am Fuß der Höhe 304 melden, bei der etwa 540 Gefangene gemacht wurden. Im Laufe des April eroberten die Franzosen den »Toten Mann« zurück.

Den ganzen Monat April rannten die französischen Truppen am östlichen Maasufer gegen die deutschen Stellungen vor Fort Douaumont immer wieder von neuem an und hatten horrende Verluste, aber sie bekamen die Mondlandschaft vorerst nicht in ihren Besitz.

Nachdem bei den Franzosen Pétain durch General Robert Nivelle abgelöst worden war, begann eine Phase der bis zum äußersten durchgeführten Offensiven gegen die deutschen Stellungen. Immer wieder ließ Nivelle in den nächsten Monaten seine Soldaten gegen die deutschen Stellungen anstürmen, ohne damit nennenswerte Bodengewinne zu machen.



Straßenkreuzung in Ville, von hier zweigten mehrere Wege zur Front ab

Währenddessen machte sich im Oberkommando der deutschen 5. Armee Unmut bemerkbar. Da die Zahl der Todesopfer bis zum Mai gewaltige Ausmaße angenommen hatte, bat Kronprinz Wilhelm die OHL um den Abbruch der Offensive. Falkenhayn lehnte dies strikt ab, da er von höheren Verlusten auf französischer Seite ausging und somit die Offensive als Erfolg betrachtete. Bis Ende Mai waren in Verdun bereits über 170000 Soldaten beider Seiten entweder gefallen oder verwundet worden.

Am 8. Mai gelang den Deutschen die Einnahme eines Nordhanges der Höhe 304, bei dem 40 Offiziere und 1280 Mann gefangengenommen wurden. Die endgültige Inbesitznahme der Höhe »Toter Mann« und der Höhe 304 erfolgte noch im Mai. Die Franzosen verstärkten ihre Angriffe gegen die Höhenstellungen, und die Nahkämpfe im schweren Artilleriefeuer gingen weiter.

Das Fort Douaumont, das den Deutschen als Unterstand, Depot und Beobachtungsposten diente, lag derweil immer wieder unter schwerem Beschuß und war Ziel von Gegenangriffen. Am 8. Mai kam es infolge einer Unachtsamkeit zu einer Katastrophe innerhalb des Forts, als ausgelaufenes Öl aus Flammenwerfern in Brand geriet, woraus sich eine riesige Rauch- und Rußwolke entwickelte. Während Panik ausbrach, explodierte auch noch das Munitionslager. Die Detonation war so gewaltig, daß sie die Decke des Untergeschosses durchschlug und 800 Mann auf einen Schlag tötete.

»Ich war im Kriege immer bestrebt, den Gegner ohne Haß zu betrachten und ihn als Mann seinem Mute entsprechend zu schätzen. Ich bemühte mich, ihn im Kampf aufzusuchen, um ihn zu töten, und erwartete auch von ihm nichts anderes. (…) Wenn mir später Gefangene in die Hände fielen, fühlte ich mich für ihre Sicherheit verantwortlich.«

Ernst Jünger: *In Stahlgewittern*

Die Franzosen hatten den Verlust des Forts Douaumont als große Niederlage betrachtet und wollten die stärkste und strategisch wichtigste Festung zurückerobern. Nach der von ihnen beobachteten Explosionskatastrophe entschloß sich Nivelle zu einem noch stärkeren Ausbau des von Pétain gestarteten Angriffs auf Douaumont. Ab dem 17. Mai begann die französische Artillerie mit dem einleitenden Feuer und schoß konventionelle und Gasgranaten auf die deutschen Stellungen um das Fort und auf das Fort selbst. Am 22. Mai gelang es den Franzosen, in das Befestigungswerk einzudringen. In einem blutigen Handgemenge wurden die

Angreifer jedoch überwältigt. Mehr als 500 Franzosen gerieten in Gefangenschaft.

Am 1. Juni begann die deutsche Offensive auf dem rechten Maasufer mit dem Ziel, das Fort Vaux einzunehmen. Am 2. Juni drangen deutsche Sturmtruppen in das Festungssystem ein. Am Morgen des 3. Juni hatten die Deutschen zwei Hauptkorridore eingenommen. Die Nahkämpfe im Inneren des Forts wurden mit äußerster Verbissenheit geführt: Zum Einsatz kamen Spaten, Bajonette und Handgranaten, deren Einsatz sowohl Angreifer als auch Verteidiger in Stücke rissen. Die Stromversorgung und damit das Licht waren ausgefallen, aber die Kämpfe wurden mit nicht nachlassender Heftigkeit und in völliger Dunkelheit weitergeführt, nur ab und zu erhellt durch Brände und die feurigen Ölstrahlen der deutschen Flammenwerfer. Immer weiter kämpften sich die Deutschen in die Tiefe des Befestigungswerkes vor. Am Mittag des 4. Juni schickte der französische Kommandant Sylvain Raynal seine letzte Brieftaube mit einer verzweifelten Bitte um Hilfe hinter die eigenen Linien. Die Taube starb kurz nach Erreichen ihres Zielortes in der Etappe von Verdun an den Gasen, die sie eingeatmet hatte. Sie wurde ausgestopft, und posthum verlieh man ihr den Orden der Ehrenlegion. Das Fort fiel am 7. Juni. 250 Mann gingen in Gefangenschaft. Die Deutschen hatten etwa 2700 Soldaten bei dem Angriff verloren.

Der Fortkommandeur Raynal wurde aufgrund seiner Tapferkeit zu Kronprinz Wilhelm gebeten, der ihm – als er sah, daß der Major seinen Säbel verloren hatte – einen erbeuteten französischen Säbel mit den Worten übergab: »Ich habe ihn gefunden. Ich bitte Sie, diese Waffe anzunehmen, die Ihrer würdig ist, im Tausch für jene, die ich Ihnen mangels einer anderen angeboten habe.« Damit ließ der Kronprinz inmitten der völlig industrialisierten Schlacht ein erstaunliches Bekenntnis zur Ritterlichkeit alter Zeiten erkennen. Eine ähnliche noble Geste hoher alliierter Kommandeure gegenüber Soldaten der Mittelmächte ist nicht überliefert.

Nach der Einnahme von Fort Vaux begannen die Franzosen am 8. und 9. Juni direkte – und letztlich vergebliche – Gegenschläge, um das Fort zurückzuerobern. Die Deutschen bauten ihre Stellung im Fort Vaux aus und stürmten in den kommenden drei Wochen weiter gegen die französischen Stellungen vor Verdun an.

Ein letzter deutscher Großangriff am 23. Juni brachte den Einbruch in den inneren Verteidigungsgürtel der Festung Verdun, blieb aber mangels kampfkräftiger Reserven liegen.

Am 1. Juli begann die britische Offensive an der Somme, die die Deutschen zwang, Reserven an diesen Frontabschnitt zu werfen.

Ab 11. Juli gingen die Deutschen vor Verdun zur Verteidigung über. Die Franzosen ergriffen in den späten Sommermonaten des Jahres 1916 die Initiative und attackierten die deutschen Stellungen am Thiaumont und um Fleury, um das immer noch geltende Endziel – die Rückeroberung der Forts Vaux und Douaumont – zu erreichen. Die Gegenangriffe zogen sich über den heißen Sommer bis in den Oktober hin, lieferten aber keinen klaren Erfolg.

Am 29. August wurde General Falkenhayn entlassen, Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg und General Erich Ludendorff bildeten die 3. OHL. Nach einem Besuch Ludendorffs an der Westfront ordnete Hindenburg am 2. September die Beendigung aller Offensivaktionen und den Ausbau des gewonnenen Terrains zu einem festen Stellungssystem an.

Von September bis Oktober rollte die Gegenoffensive der Franzosen, wobei am 24. Oktober das Fort Douaumont und am 2. November das Fort Vaux zurückerobert wurden. Bis zum 20. Dezember hatte sich der französische Angriffsschwung gebrochen.

Die Angaben zu Verlusten (Gefallene, Verwundete, Vermißte) variieren. Auf deutscher Seite zählte man 281333 Mann, bei den Franzosen rund 315000 Mann. Insgesamt waren 47 deutsche und 80 französische Divisionen bei Verdun eingesetzt. Die deutsche 1. Infanteriedivision hatte innerhalb von drei Monaten – bei einem Bestand von 18000 Soldaten – 11000 Mann Verluste erlitten. Schätzungen besagen, daß auf beiden Seiten rund 100000 Soldaten umgekommen sind. Die deutschen Personalunterlagen, die darüber hätten genauen Aufschluß geben können, lagerten im Heeresarchiv in Potsdam. Dieses wurde bei einem Luftangriff der Royal Air Force am 14. April 1945 vernichtet. ▪

Literaturhinweise:

Werner Beumelburg: *Douaumont* (= *Schlachten des Weltkrieges.* In Einzeldarstellungen bearbeitet und herausgegeben im Auftrage des Reichsarchivs, Band 1), Oldenburg/Berlin 1925;

Ludwig Gold/Marin Reymann: *Die Tragödie von Verdun 1916. I. Teil: Die deutsche Offensivschlacht* (= *Schlachten des Weltkrieges.* In Einzeldarstellungen bearbeitet und herausgegeben im Auftrage des Reichsarchivs, Band 13), Oldenburg/Berlin 1926;

Ludwig Gold/Marin Reymann: *Die Tragödie von Verdun 1916. III. und IV. Teil: Die Zermürbungsschlacht* (= *Schlachten des Weltkrieges.* In Einzeldarstellungen bearbeitet und herausgegeben im Auftrage des Reichsarchivs, Band 15), Oldenburg/Berlin 1929;

Michael Hörter/Diego Voigt (Hrsg.): *Verdun 1916. Eine Schlacht verändert die Welt,* Münster 2016;

Alexander Schwenke: *Die Tragödie von Verdun 1916. II. Teil: Das Ringen um Fort Vaux* (= *Schlachten des Weltkrieges.* In Einzeldarstellungen bearbeitet und herausgegeben im Auftrage des Reichsarchivs, Band 14), Oldenburg/Berlin 1928.

Tonträger:

German Werth: *Wie war das mit Verdun? Teilnehmer der Schlacht erinnern sich,* CD mit Beiheft, 55 min., Berlin 2016.

Kehrt die Gewalt zurück?

von Felix Menzel

Nach der Kulturrevolution von 1968 hat Deutschland einen linken Sonderweg eingeschlagen und seither einen Grad an politischer Blindheit erreicht, der so oder so zur Selbstzerstörung führt: Entweder schafft sich Deutschland mit eiserner Disziplin noch im 21. Jahrhundert ab, oder es kommt zum ideologischen Zusammenbruch, der die Rückkehr der Gewalt zur unmittelbaren Folge hätte. Einen geschmeidigen, friedlichen Übergang vom linken auf einen rechten Sonderweg wird dagegen niemand mehr finden. Dies hat einen einfachen Grund: Es fehlt am gemeinsamen Willen des Volkes, nur einer Regierung zu folgen, die nationale Interessen vertritt und ihren Teil der »Schutz-und-Gehorsam«-Vereinbarung erfüllt. Gehorsam ohne ausreichenden Schutz scheint in der Bundesrepublik zumindest so lange zu funktionieren, wie die Mehrzahl der Bürger dieses Defizit durch selbst finanzierte Ausweichbewegungen kompensieren kann. Während es ein Staat in Zeiten wirtschaftlicher Not sofort zu spüren bekommt, wenn er keinen Schutz mehr gewährleisten kann, zieht der Bürger unserer reichen Zeit lieber in das noch sichere Viertel oder gleich aufs Land, schenkt seiner Tochter heimlich ein Pfefferspray und vermeidet den Besuch des Schwimmbades. Ernüchterung macht sich breit, aber zur Gegenwehr dürfte es nur in den seltensten Fällen kommen.

»Die proletarische Gewalt erscheint derart, sofern sie als reine und einfache Äußerung der Klassenkampfgesinnung geübt wird, als etwas sehr Schönes und sehr Heldenhaftes; sie steht im Dienste der zutiefst begründenden Interessen der Zivilisation; sie ist vielleicht nicht die geeignetste Methode, um unmittelbare materielle Vorteile zu erlangen, aber sie vermag die Welt vor der Barbarei zu erretten.«

Georges Sorel: *Über die Gewalt*

Bereits 1994 schrieb der Soziologe Karl Otto Hondrich in einem Essay für die *Zeit:* »Wir verlassen das Zeitalter der Visionen und treten ein in eine Epoche der Entdeckungen. Zu entdecken ist, welche Macht in Wirklichkeit die Gewalt hat – und welche Bedeutung die gemeinsame Herkunft.« Hondrich zufolge nehmen Gewalt und Nationalismus zu, je offener eine Gesellschaft werde. Dies gelte jedoch nicht nur für den »rechten«, konventionellen Nationalismus, sondern ebenso für einen eigenartigen linken Sonderweg, der darin bestehe, die eigenen Ziele um den Preis der Zerstörung des großen Ganzen durchzusetzen. Lieber verteidigten die Linken, zu denen mittlerweile auch die sozialdemokratisierte Union gehöre, das deutsche Asylrecht, anstatt in kleinen Schritten und in Harmonie mit den europäischen Nachbarn ihrem Ideal einer bunten Gesellschaft näherzukommen. Ähnliches lasse sich auch beim Umwelt- und Klimaschutz, dem Mindestlohn, der Entwicklungshilfe (erneuerbare Energien für Afrika) und der Europapolitik beobachten.

»Am deutschen Wesen soll die Welt genesen« ist damit ebenfalls die Parole der Vertreter des linken Sonderweges, die allen anderen Völkern vorschreiben wollen, sich selbst zu überwinden, um die perfekte Weltgemeinschaft zu schaffen. Hondrich mahnte aufgrund dieses Größenwahns, das »Schicksal der offenen Gesellschaft« hänge von der »Einsicht in ihre Grenzen« ab. Mehr als 20 Jahre nach der Niederschrift dieser Warnung spricht nun viel dafür, daß die Utopisten die rote Linie überschritten haben. Damit kündigt sich ein Szenario an, über das Georges Sorel bereits Anfang des 20. Jahrhunderts in seinen *Reflexionen über die Gewalt* nachdachte: Er betrachtete die Gewalt ausschließlich »unter dem Gesichts-

punkt ihrer ideellen Folgen«. Zwar könne sie »den wirtschaftlichen Fortschritt stören« und »für die Moralität gefährlich sein«. Sie scheine aber dennoch »das einzige Mittel darzustellen, über das die durch die Humanitätsideen abgestumpften europäischen Nationen noch verfügen, um ihre ehemalige Energie wiederzufinden«.

Sorel war sich sicher, daß entweder die proletarische Gewalt und der imperialistische Staat frontal aufeinandertreffen oder die Konsenssucht der parlamentarischen Sozialisten und des dekadenten Bürgertums für Stillstand sorgen würden. Auf die Gegenwart übertragen: Sollte sich die AfD als eine nicht mehr zu verdrängende Kraft mit einem Potential von 20 oder 30 Prozent der Stimmen etablieren, droht ihr eine allzu freundliche Umarmung durch die etablierten Parteien. Die Mächtigen werden dann auf die Karrieristen in der AfD setzen, denen es ausreicht, wenn sie ihren Wählern eines Tages mitteilen können, es werde jetzt durch die gewonnene Reputation und Koalitionsfähigkeit etwas konsequenter abgeschoben. Ansonsten läuft freilich alles wie vorher. Da er ein solches Szenario vermeiden wollte, plädierte Sorel für den radikalen Weg einer mit Gewalt herbeigeführten Revolution. Auch wenn dieser offensive Standpunkt heute nicht einmal von Vertretern »extremistischer« Parteien geteilt wird, so steckt doch in diesem Gedankengang eine unleugbare Wahrheit über die Unmöglichkeit, eine liberale Demokratie tiefgreifend aus dem System selbst heraus zu verändern. Die Voraussetzung für das Entstehen einer revolutionären Situation ist deshalb die von den Vertretern des linken Sonderweges unfreiwillig vorangetriebene Radikalisierung unserer Gesellschaft. Nur wenn Kanzlerin Angela Merkel und ihre Partei weiter dickköpfig die Grenzen offenhalten, eine unkontrollierte Masseneinwanderung ermöglichen und nachlässig gegen kriminelle Ausländer vorgehen, besteht die Chance auf einen echten Wandel, der dann allerdings nicht friedlich ablaufen kann. Zunächst wird dann ein Kampf zu kämpfen sein, bei dem unklar ist, welche und wie viele Gruppen sich daran beteiligen.

»Der Radikalismus, natürlich nicht als eine ganz unbestimmte Gesinnung der Grundsätzlichkeit, sondern, wie hier auch geschah, als Überzeugung von der grundsätzlichen Umwälzbarkeit der gesellschaftlichen, auf Gewalt basierten, in gewaltlose, gemeinschaftliche Lebensbezüge verstanden, wird in dem Augenblick als Lüge entlarvt sein, in welchem zur Klarheit gediehen ist, daß auch das seelische Leben und Sein für sich genommen nur unter besonderen Kautelen den Werten der Direktheit Raum gewährt, im übrigen aber die Methoden der Indirektheit, der Gewalt befolgen muß.«

Helmuth Plessner:
Grenzen der Gemeinschaft. Eine Kritik des sozialen Radikalismus

Auch läßt sich nicht seriös einschätzen, welche neuen Machtverhältnisse sich dann herauskristallisieren. Wenn der Schriftsteller Vladimir Sorokin, der »russische Houellebecq« *(FAZ),* in seinem Roman *Telluria* über ein zersplittertes Eurasien nachdenkt, in dem es weder den radikalen Islamisten noch den gemäßigten Moslems oder den dekadenten Einheimischen gelingt, sich dauerhaft an der Macht zu halten, so mag dies auf den ersten Blick lediglich eine ziemlich verrückte Dystopie sein. Nach gründlichem Nachdenken darüber, ob denn tatsächlich eines Tages zunächst die Taliban und nach drei Jahren der Gewalt und des Elends ein moderater türkischer Kanzler das Sagen in der »Rheinisch-Westfälischen Republik« haben könnten, wird man jedoch zu dem Ergebnis kommen, daß eine solche Unterwerfung durch den physisch Stärkeren und die Zersplitterung der Macht das logische Resultat der Globalisierung des Südens sein muß.

Sorokin liefert in seinem Roman auch gleich den Grund, warum selbst in einer revolutionären Situation eine plötzliche Wiedergenesung des ganzen Volkes ziemlich unwahrscheinlich ist. Er betont: »Wo, wo ist unsere Nationalidee? Diese Narren – sie verstanden nicht, daß eine Nationalidee kein Schatz hinter den sieben Bergen ist, keine Formel, kein Stoff, womit man die kranke Bevölkerung schnell mal impfen kann! Gibt es eine Nationalidee, dann lebt sie in jedem Menschen des Staates, vom Straßenkehrer zum Bankier. Gibt es sie nicht, muß sie erst gesucht werden – dann ist der Staat bereits zum Untergang verurteilt!«

»Die Funktion der Medien in der streß-integrierten Multi-Milieugesellschaft besteht darin, die Kollektive als solche zu evozieren und zu provozieren, indem sie ihnen täglich und stündlich neue Erregungsvorschläge unterbreiten – Empörungsvorschläge, Beneidungsvorschläge, Überhebungsvorschläge, eine Vielzahl von Angeboten, die sich an die Sentimentalität, die Angstbereitschaft und die Indiskretion der Gesellschafter wenden.«

Peter Sloterdijk:
Streß und Freiheit

Nach dem Verlust aller Visionen – der linken wie der rechten –, den wir gedanklich genauso wie Sorokin vorwegnehmen sollten, heißt dies, daß wir noch einmal völlig neu über die ideellen Folgen der Gewalt nachdenken müssen. Die Gewalt bringt kein vorher feststehendes Ergebnis. Sie ist ein Sprung ins Ungewisse, sobald sie nicht nur angedroht, sondern auch angewendet wird. Sie ist ein Zeichen von Ohnmacht, weshalb insbesondere Generationen auf sie zurückgreifen, deren Zukunft durch die Nichtexistenz anderer Lebenschancen gekennzeichnet ist. Dennoch fällt es schwer, im entscheidenden Moment zuzuschlagen. Der Historiker Jörg Baberowski erklärt in seinem Buch *Räume der Gewalt,* keine Idee helfe »dem Täter dabei, seine Hemmungen zu überwinden«. Er ist der Meinung, die Gewaltforschung habe sich auf einen Irrweg begeben, indem sie die Absichten und Motive der Täter zu ergründen sucht. Die inneren Dämo-

nen seien völlig überbewertet, betont Baberowski. Vielmehr sollte man »von den Räumen sprechen, die gewalttätiges Handeln ermöglichen und begrenzen«.

Sobald Menschen in solche Räume kommen, müssen sie der Logik der Gewalt folgen. Anschaulich wird diese These zum Beispiel in der international bekannten amerikanischen TV-Serie *Breaking Bad*. Der Protagonist der Serie, Walter White, ist ein harmloser Chemielehrer, der an Lungenkrebs erkrankt. Um seine Behandlung bezahlen zu können und seiner Familie weiterhin ein materiell annehmbares Leben zu ermöglichen, entschließt er sich dazu, Crystal Meth zu kochen. Später, als White schon eine Weile im Drogengeschäft tätig ist, spielen diese nachvollziehbaren Absichten allerdings keine Rolle mehr. Aus dem fürsorglichen Familienvater wurde binnen kürzester Zeit ein skrupelloser Mörder, der tötete, weil dies in den Situationen, in die er sich durch sein neues Leben brachte, einfach getan werden mußte.



Während wir im Westen als Gewaltverleugner glauben, solche Situationen mit einer Armlänge Abstand umgehen zu können, zeigt die Geschichte der Bürgerkriege (in den letzten Jahren insbesondere in Afrika und dem erweiterten Mittleren Osten), daß die Gründe für den Ausbruch gewalttätiger Unruhen schnell verblassen und vielfach austauschbar sind. Letztlich kommt es wohl auf drei Faktoren an, die das Entstehen solcher Räume und Situationen verhindern:

»Mehr Vielfalt führt zu mehr ethnischen Konflikten, wobei Konflikt im weiteren Sinne gemeint ist, der neben Gewalt – Bürgerkrieg, Staatsstreiche, Sezession – auch Polarisierung und Wettbewerb in der politischen und wirtschaftlichen Sphäre umfaßt. Das wiederum ist der Grund dafür, daß Gesellschaften, die sich dem Multikulturalismus verschreiben, für gewöhnlich einen Indoktrinations- und Zwangsapparat aufbauen, um Meinungsfreiheit und Diskriminierung staatlich zu regulieren.«

Der australische Verhaltensforscher Frank Salter im Gespräch mit der *Jungen Freiheit* (*JF* 34/15)

I. Die spielerische Bewältigung von Konflikten durch Maske, Mimesis und Theater: Justizminister Heiko Maas (SPD) sollte also sehr froh darüber sein, daß die deutschen Wutbürger fleißig »Haßkommentare« in sozialen Netzwerken hinterlassen. Allgemeiner ausgedrückt: Das tägliche, private und öffentliche Kommunikations- und Mediengeplänkel sorgt für die Illusion, die eigene Kritik und negative Gefühle massenwirksam ausdrücken zu können und ist doch eine sich ständig wiederholende, subtile Belehrung, wonach Gewalt keine Lösung sei. Peter Sloterdijk hat recht, wenn er betont, die deutsche Nation sei ein Kollektiv, »dem es gelingt, gemeinsam Unruhe zu bewahren«. Diese Unruhe führt jedoch zu keiner Reaktion. Durch den nach außen wirkungslosen Abbau von Aggressionen über spielerische Ersatzhandlungen wird das Erreichen der Schmerzgrenze und damit eine gezielte Gegenwehr verhindert.

II. Eine Kultur der Distanz: Die Würde der Abstände zählt zu den wichtigsten sozialethischen Prämissen des Abendlandes. Ihre Mißachtung durch die bewußt unkontrollierte Durchmischung von Menschen verschiedenster Herkunft wird nur so lange gutgehen, wie die anonyme Massengesellschaft in einem rein technischen Sinne funktioniert. Zweifel daran, ob dies gelingt, sind durchaus angebracht, weil die Vertreter des linken Sonderweges aus allen in Deutschland lebenden Menschen

eine Gesinnungsgemeinschaft kreieren wollen. Die Grenze jeder Gemeinschaft verläuft aber dort, »wo echte Liebesmöglichkeit praktisch aufhört« (Helmuth Plessner). Selbst ein durch gemeinsame Abstammung verbundenes Volk verhält sich nur friedlich aufgrund der gesellschaftlichen Sphäre des Rechts und der Öffentlichkeit, die den »Verkehr zwischen unverbundenen Menschen« regelt.

III. Das Gewaltmonopol des Staates sowie seine »soft power«: Sobald der Staat sein Gewaltmonopol verliert, hört er auf zu existieren. Darüber hinaus erfüllt seine »soft power« eine Doppelfunktion: Sie muß zur Verdrängung der Gewaltfrage beitragen und zugleich die Furcht der Menschen, einander zu töten, aufrechterhalten, damit das übervorsichtige Verhalten der Deutschen bestehen bleibt, das sie zu einem harmlosen Volk macht. Ein Beispiel für den Einsatz von »soft power«: Sportverbände, die Orte des (geregelten) Wettkampfes sind, erhalten von der Bundesrepublik nur dann Fördergelder, wenn sie das ideologische Programm der Integration und Inklusion mittragen. Deutlich größere Beträge und Anstrengungen sind allerdings noch nötig, um die Masse der Einwanderer zur Gewaltlosigkeit zu erziehen. Experten wie der Kriminologe Christian Pfeiffer zeigen sich dennoch zuversichtlich, daß dies mit einer Armada von Psychotherapeuten und Sozialarbeitern schon irgendwie möglich sei.

»Das Bestreben des Bürgers, den Lebensraum hermetisch gegen den Einbruch des Elementaren abzudichten, ist der besonders gelungene Ausdruck eines uralten Strebens nach Sicherheit, das in der Natur- und Geistesgeschichte, ja in jedem einzelnen Leben überall zu verfolgen ist. In diesem Sinne verbirgt sich hinter der Erscheinung des Bürgers eine ewige Möglichkeit, die jedes Zeitalter, jeder Mensch in sich vorfinden wird – ähnlich wie jedem Zeitalter, jedem Menschen die ewigen Formen von Angriff und Verteidigung zur Verfügung stehen, obwohl es kein Zufall ist, welche dieser Formen in der Entscheidung zur Anwendung kommt.«

Ernst Jünger: *Der Arbeiter. Herrschaft und Gestalt*

Die entscheidende Frage der nächsten Jahre ist daher, ob es mit dem brüchig gewordenen Gewaltmonopol des Staates, der Aufrechterhaltung des derzeitigen Wohlstandsniveaus, immer ausgefeilterer Überwachungs- und Sicherheitstechnik, der Verweiblichung des Mannes sowie einer Erziehung zum Weltbürger gelingt, das Aufkommen von Zwischengruppenaggressionen, die das System in Frage stellen, zu verhindern. Das Sicherheitsprinzip der westlichen Welt ist dabei sogar darauf angewiesen, sich durch Scheinangriffe ständig selbst zu stabilisieren und punktuell zu erneuern. Terroristische Einzeltäter und konventionelle Kriminelle, die individualistische Aggressionen ausleben, bestärken regelmäßig die Mehrheit des Volkes, ihrer Regierung trotz etlicher anderer Enttäuschungen doch noch zu vertrauen, weil scheinbar nur die derzeit Regierenden in der Lage sind, für allgemeine Sicherheit zu sorgen, und weil in unsicheren Zeiten kein normaler Mensch Experimente beginnen möchte.

Eine Änderung dieses Status Quo ist nur zu erwarten, wenn sich die Rahmenbedingungen verschlechtern. Laut dem Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung nimmt die Zahl der gewalttätigen Auseinandersetzungen in der Welt parallel zur Bevölkerung zu, was zu einem simplen Zusammenhang führt: Je mehr Menschen, desto mehr Kriege und Konflikte, und deshalb tendenziell auch mehr Flüchtlinge, die in anderen Gesellschaften unterkommen müssen.

Die ökonomischen Rahmenbedingungen für diese entorteten Menschen ändern sich nun ebenfalls in dramatischer Weise: Während durch die Globalisierung die Staaten der Welt (außer diejenigen der »untersten Milliarde«) tendenziell näher zusammenrücken, das heißt, die Schere zwischen armen und reichen Staaten nicht mehr so weit auseinanderklafft, entwickeln sich die Lebenschancen der Menschen genau umgekehrt. Die Schere zwischen armen Menschen, die überflüssig sind oder ausgebeutet werden und die »Drecksarbeit« verrichten müssen, und den reichen Profiteuren der Globalisierung öffnet sich immer weiter.

Zum einen schwindet deshalb in jeder Gesellschaft das gegenseitige Vertrauen der Menschen, das Sozialkapital. Zum anderen bleiben die Armen, die in reiche Länder migrieren, weiterhin Verlierer und werden eben dort als billige Arbeitskräfte ausgenutzt, wenn sie denn überhaupt eine Anstellung finden. Das Frustrationspotential für die Armen ist in den reichen Ländern folglich mindestens genauso groß wie in ihrer Heimat. Der Klassenkampf vermengt sich daher mit dem Völkerkampf, doch es bleibt die Frage, wo dieser ausgetragen wird und wer die Opferbereitschaft besitzt, daran teilzunehmen. Wird der fehlende Wille der pazifistisch erzogenen Linken, das eigene Leben für ihre Sache einzusetzen, das Ende ihres Sonderweges besiegeln? Selbst wenn sie im entscheidenden Moment zur Waffe greifen sollten, werden sie ihr utopistisches Weltbild verraten müssen und deshalb genauso enden wie die DDR-Führung 1989 und die russischen Kommunisten. ■

Literaturhinweise:

Jörg Baberowski: *Räume der Gewalt,* Frankfurt a.M. 2015;

Karl Otto Hondrich: »Grenzen gegen die Gewalt«, in: *Die Zeit* vom 28. Januar 1994;

Steven Pinker: *Gewalt. Eine neue Geschichte der Menschheit,* Frankfurt a.M. 2011;

Helmuth Plessner: *Grenzen der Gemeinschaft,* Frankfurt a.M. 2002 (zuerst: 1924);

Peter Sloterdijk: *Streß und Freiheit,* Berlin 2011;

Georges Sorel: *Über die Gewalt,* Frankfurt a.M. 1981 (zuerst: 1906);

Vladimir Sorokin: *Telluria,* Köln 2015.

Zwischen den Stühlen – Daschitschews neues Buch

von Thomas Fasbender

Erschiene Wjatscheslaw Daschitschews *Moskaus Griff nach der Weltmacht. Die bitteren Früchte hegemonialer Politik* zum jetzigen Zeitpunkt, wüßte jeder sofort, worum es geht: Wladimir Putin, die Renaissance des expansiven Rußlands, russische Aggression im Nahen Osten und anderswo.

Voll daneben. Das Buch ist seit 2002 auf dem Markt. Damals war Putin zwar schon zwei Jahre Präsident, doch vom Griff nach neuer Macht war (noch) kaum etwas zu spüren. Zudem hat Daschitschew bereits die 90 überschritten; da geht der Blick eher zurück denn nach vorn. Sein Interesse gilt nicht dem neuen Rußland, sondern der untergegangenen Weltmacht Sowjetunion, ihrer Außenpolitik und dem missionarischen Hegemoniestreben eines ideologischen Imperiums. Das zeigt auch sein neues, mit fast 600 Seiten voluminöses Werk *Von Stalin zu Putin,* erschienen im Ares-Verlag (580 S., 69.90 €).

Fasziniert vom Sozialismus, desillusioniert von seiner realen Erscheinung, abgestoßen von allem, was bislang auf ihn folgte – so ließe sich Daschitschews Weltanschauung nach bald einem Jahrhundert Präsenz auf dem Planeten zusammenfassen. Der Historiker und Politologe, Frontkämpfer und Offizier im Weltkrieg wurde 1925 als Sohn eines Offiziers der Roten Armee in Moskau geboren. Er war zehn Jahre alt, als die ersten Kameraden seines Vaters abgeholt und erschossen wurden. Ein Kommandeur hier, ein Stellvertreter dort. Für den Fall der Fälle hatte der Vater immer einen kleinen gepackten Koffer dabei. 1938 wurde auch er nach Moskau zurückgerufen. Die Familie begleitete ihn; jedes Mal, wenn im Zug jemand an die Abteiltür klopfte, zuckte der Vater zusammen. Doch erst 1942, nachdem er Stalin in einem privaten Gespräch scharf kritisiert hatte, kam er wirklich in Haft – elf Jahre lang. Der Sohn erfuhr es 1944; bis dahin hatte er geglaubt, der Vater sei bei den Partisanen oder mit einem Spezialauftrag unterwegs.

Er selbst kämpfte zu jener Zeit im Süden der Ukrainischen Front, nahm 1944 an der Befreiung der Krim teil und wurde, da er bereits gut Deutsch sprach, als Übersetzer eingesetzt. Damals wuchs in ihm ein Ziel: Sollte er die Hölle überleben und aus dem Krieg heimkehren, so würde er sein Leben dem Kampf gegen jede Form von Hegemonialpolitik widmen.

Bis es zu dem Kampf kam, sollten Jahrzehnte vergehen. Nach dem Krieg begann er ein Geschichtsstudium, dann eine Karriere als Redakteur der Zeitschrift *Militärwissenschaft,* Abteilungsleiter im Militärhistorischen Magazin und schließlich, bis 1990, Abteilungsleiter am Institut für internationale wirtschaftliche und politische Studien der Akademie der Wissenschaften. So ereignislos seine Laufbahn nach außen hin auch verlief, so formten sich in Daschitschews Innerem derweil doch Überzeugungen, die mit der offiziellen Version, wie Geschichte zu verstehen und zu erklären sei, nur noch wenig gemein hatten.

Michail Gorbatschows revolutionäre Politik trieb den Korken aus der Flasche. »Mit dem Beginn der Perestroika im Jahr 1985 war die Unwahrheit in der Interpretation der Gründe für den Abschluß des Nichtangriffspakts von 1939 […] nicht mehr tragbar«, schreibt Daschitschew. Das galt nicht nur für den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt. Es ist beeindruckend, mit wem der Abteilungsleiter eines Instituts der Akademie der Wissenschaften sich im Namen der Wahrheit alles anlegte: die Propagandaabteilung des ZK der KPdSU, Medien wie *Prawda, Nowosti* oder *Krasnaja Swjesda.*

Von Stalin zu Putin ist nur zum Teil biographisch. Daschitschew diskutiert vor allem seine Bewertung der sowjetischen Außenpolitik. Detailliert setzt er sich mit der lange Zeit gängigen Sichtweise der Vorgeschichte des Hitler-Stalin-Pakts auseinander. Für den deutschen Leser fast noch interessanter, legt er die Hintergründe der sowjetischen Deutschlandpolitik der Nachkriegszeit bis zu den sogenannten Stalin-Noten an die Westmächte 1952 dar.

Im März 1987 wird Daschitschew, der zu jener Zeit bereits als »Häretiker« und Gegner der stalinschen Außenpolitik gilt, zum Vorsitzenden des konsultativen Wissenschaftlichen Beirats bei der Abteilung für die sozialistischen Länder des UdSSR-Außenministeriums berufen. Trotz des Tabus, die »deutsche Frage« überhaupt zu erörtern, setzte Daschitschew das Thema bereits zwei Monate später auf die Tagesordnung einer Konferenz. Einige Monate lang konnten seine

Widersacher die Veranstaltung hinauszögern; am 27. November 1987 fand die Konferenz in Moskau statt. Zu den sechs diskutierten Varianten einer Lösung der deutschen Frage gehörte auch Nummer drei: »ein vereinigtes, in das westliche Bündnis integriertes Deutschland«.

Ein Jahr später lud der Leiter der Abteilung Internationale Beziehungen im ZK der KPdSU, Valentin Falin, verschiedene Ressorts zu einer Konferenz, auch den KGB und die Akademie der Wissenschaften. Das Thema lautete »Gesamteuropäisches Haus«. Daschitschew, inzwischen Gorbatschows Deutschland-Berater, argumentierte, ein solches Haus sei bei anhaltender Spaltung sowohl des Kontinents als auch Deutschlands unrealistisch. Er folgerte: Der Ost-West-Konflikt und die Teilung Europas und Deutschlands schadeten den Interessen der Sowjetunion.

Falin, der von 1971 bis 1978 sowjetischer Botschafter in Bonn gewesen war, reagierte verärgert, warf den USA vor, schuld am Kalten Krieg zu sein, und verließ den Saal. In der Tat entwickelte er sich immer stärker zum konservativen Gegenspieler und nahm 1990 an den entscheidenden Verhandlungen zur Wiedervereinigung nicht mehr teil.

Im Frühjahr 1989 lag Daschitschews »Konzeption des gesamteuropäischen Hauses und die deutsche Frage« bei Gorbatschow und seinem Außenminister Schewardnadse auf dem Schreibtisch. Darin betonte er, daß ein neutrales, wiedervereinigtes Deutschland an der mangelnden Zustimmung der Westmächte und der deutschen Bundesregierung scheitern würde. Zentrales Ziel der Sowjetunion müsse aber die Beendigung des Kalten Krieges und des Ost-West-Konflikts sein.

Einen Umstand, der im Westen leider zuwenig Beachtung findet, streicht Daschitschew bewußt heraus: Die Sowjetunion hat den Kalten Krieg nicht verloren. Ihr Zusammenbruch ein Jahr später war weder zum Zeitpunkt der deutschen Wiedervereinigung Anfang Oktober noch bei der Unterzeichnung der Charta von Paris im November 1990 auch nur absehbar. Es war der Moskauer Putsch der stalinistischen Hardliner im Sommer 1991, der das Ende einleitete. Es gab in Rußland keine Kapitulation und keine Stunde Null; die Kämpfer sind arm und hungrig, aber ungebrochen, vom Feld gezogen.

Für das, was kam, und damit auch für unsere Gegenwart, hat Daschitschew wenig gute Worte. Präsident Jelzin und sein Team hält er für bourgeoise Knallchargen, Leichenfledderer des Sozialismus, die ein begonnenes Werk – die Perestroika – leichtfertig über Bord warfen, um ihr Land dem Raubtierkapitalismus zu opfern.

Daß die Einführung der Marktwirtschaft als Vorbedingung der russischen Wiedergeburt so unabdingbar war wie Putins Wiederherstellung der Vertikalen der Macht, erkennt Daschitschew nur widerwillig an. Wie er überhaupt Wladimir Putin, anders als der Buchtitel suggeriert, kaum wahrzunehmen scheint. Die Schranken des Sozialismus oder eines sozialistischen Etatismus überwindet Daschitschew nicht. Was seit 1991 geschah, kann nur Rückschritt sein – da ist er ein Adept der historischen marxistischen Gesetze.

Daß er in Deutschland seit Jahren als Rechtsradikaler eingestuft wird, wurzelt in seiner vehementen Kritik an der amerikanischen Eurasienpolitik; das geht bis hin zu Verschwörungstheorien. Wie viele Russen, nicht nur in seiner Generation, ist er ein kompromißloser Gegner des amerikanischen Universalismus und aller Formen der darauf fußenden neokonservativen Politik. Das bringt ihn in Distanz zu transatlantischen Kreisen in Deutschland und Westeuropa. Wenn ihm der deutsche Verfassungsschutz das Etikett »rechtsextrem« anheftet, dann, weil er vor den falschen Leuten auftritt, mit den falschen Leuten auf der Bühne sitzt. Berührungsängste läßt Daschitschew jedenfalls keine mehr gelten. Wer in einer Zeit aufwuchs, als die Eltern für ein falsches Wort abgeholt und erschossen wurden, der wird sich, wenn er auch nur die kleinste Chance dazu erhält, im Leben keiner politischen Korrektheit mehr beugen. ■





Wjatscheslaw Daschitschew gilt als profunder Deutschlandkenner. Hans-Dietrich Genscher wünschte sich 2005 von ihm »noch viele Beiträge zur Gestaltung einer besseren Welt«.

In seinem neuen Buch ruft er abermals dazu auf, den Anfängen einer globalen Hegemonie und eines die menschliche Zivilisation vernichtenden Weltkonflikts zu wehren. Dafür wird der früher von Kommunisten als »liberaler Häretiker« geschmähte Wissenschaftler heute von Fürsprechern eines universalen Liberalismus in die Nähe des »Rechtsextremismus« gerückt. Jede Seite ist die falsche?

Von Stalin zu Putin, *560 Seiten, 69.90 €*

Alptraum des Establishments: Frankreichs »Neoreaktionäre«

von Solange Bied-Charreton

Am 28. Januar 2016 beklagte Nicolas Truong in der Tageszeitung *Le Monde* das Fortschreiten eines »neoreaktionären« Trends unter den Intellektuellen Frankreichs. Ängstlich fragte er, ob diese »die Schlacht der Ideen« bereits gewonnen hätten. Illustriert war der Artikel mit einer Karikatur, die Alain Finkielkraut, Éric Zemmour, Richard Millet und Michel Houellebecq zeigte, wie sie mit vereinten Kräften an einem Seil Richtung rechts ziehen. In Anspielung auf die berüchtigte Zeitschrift *Je suis partout* aus den dreißiger und vierziger Jahren schrieb Truong: »Sie sind überall!« Dies behaupten jedenfalls die Gegner der »Neoreaktionäre«, während sie gleichzeitig unermüdlich beteuern, daß deren Weltsicht völlig randständig und ihre Anhängerschaft inexistent sei. Ihre Schriften erfreuen sich indes eines stetig wachsenden Erfolgs. Die »Neoreaktion« deckt die Realität all dessen auf, was das Potential hat, die Macht der progressistischen Linken und ihren Glauben an die »offene Gesellschaft« zu brechen. Ihre Feinde sind die Dekonstrukteure der Welt des traditionellen Lebens, die nach dem Zweiten Weltkrieg im Abendland die Macht ergriffen haben. Kein Wunder, daß die Neoreaktionäre zu den bevorzugten Prügelknaben eines in die Enge getriebenen Systems geworden sind, Akteure einer Farce, die ständig dasselbe Szenario hervorbringt: Auf die mediale Anklage folgen der öffentliche Pranger und die soziale Ausgrenzung.

Der typische Vertreter dieses Genres ist der Journalist Éric Zemmour, der von der Linken als Erbe von Maurras, Barrès oder Drumont hingestellt wird. Er verdankt seinen Erfolg vor allem seinen zahlreichen Fernsehauftritten. Obwohl er sich immer noch in mehreren Medien äußern darf, wird er aufgrund seiner Aussagen am laufenden Band von der Justiz verfolgt; so wurde er etwa 2011 wegen »Aufstachelung zum Rassenhaß« zu einer Geldstrafe verurteilt, weil er in einer Fernsehsendung konstatiert hatte, daß »die Mehrheit der Drogendealer Schwarze oder Araber« seien. Während seine Ansichten über Frauen, Rassen (er hält daran fest, daß sie existieren) und den Islam regelmäßig die linken Konformisten schockieren, bezeugt der Erfolg seines Buches *Le Suicide français* (Der Selbstmord Frankreichs), daß er ein großes Publikum auf seiner Seite hat. Darin kritisierte Zemmour die Fehlentwicklungen der letzten vierzig Jahre, die seiner Meinung nach Frankreich »zerstört« haben: Einwanderung, permissive Ideologie und eine falsche Kulturpolitik.

Die Gedankenpolizei macht auch vor der Belletristik nicht halt. Trotz der Freiheit des künstlerischen Ausdrucks, die ihr auf dem Papier zusteht, wird auch sie mit den Füßen getreten. Die repressiven Mächte hassen die Literatur, deren Wesen sie nicht verstehen, und reduzieren die vielschichtige Kunst des Erzählens auf einen eindimensionalen Diskurs. In diesem Bereich ist Michel Houellebecq das Musterbeispiel. Seit über zwanzig Jahren verspottet er mit jedem neuen Roman die heiligen Kühe unserer Zeit: das Erbe von 1968, den Transhumanismus, den Islam. Auch der im Januar 2015 erschienene Roman *Unterwerfung* hat heftige Kontroversen provoziert. Der französische Premierminister Manuel Valls verdammte ihn höchstpersönlich. Schon Solschenizyn hatte 1972 in seiner Nobelpreisrede gewarnt: »Unglücklich ist das Land, in dem die Literatur vom Eingriff der Staatsmacht bedroht ist!« Diese Worte finden im heutigen Frankreich einen beunruhigenden Widerhall. *Unterwerfung* schildert bekanntlich, wie das Land in naher Zukunft unter die Herrschaft muslimischer Theokraten gerät. Für die Hauptfigur François bedeutet dies jedoch eine glückliche Wende, wird ihm doch eine neue Blüte seines Sexual- und Berufslebens in Aussicht gestellt. Houellebecq zeigt, daß jede beliebige politische Macht Chancen hat, von der Mehrheit akzeptiert zu werden, wenn sie den einzelnen Interessen genügend entgegenkommt – sogar, wenn es sich dabei um eine islamische Theokratie handelt, den insgeheimen Alptraum der Franzosen.

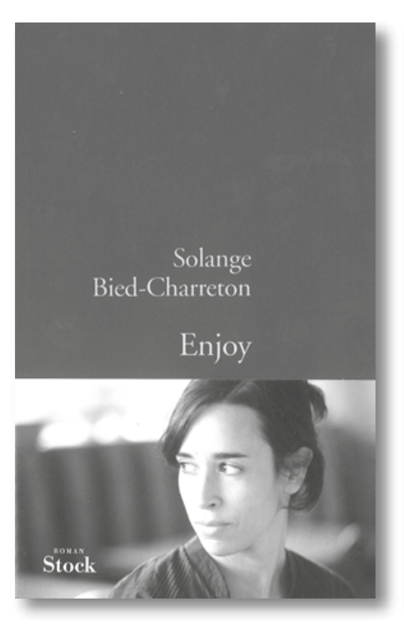
Der Fall Richard Millet ist komplexer und zugleich eindeutiger gelagert: Dieser Romancier ist nicht als Geschichtenerzähler, sondern als engagierter Schriftsteller aus der Reserve getreten. Im August 2012 publizierte er einen Essay, der zwar den Titel »Literarischer Gesang auf Anders Breivik« trug, der über rein literarische Fragen jedoch weit hinausging. Indem er dem Attentat von Utøya eine »formvollendete Perfektion« zugestand, bereitete Millet den Intellektuellen Frankreichs einen gehörigen Schock. In der

Tat geißelte er den Mörder, »ein exemplarisches Produkt der westlichen Dekadenz«, ebensosehr wie die Opfer des Massakers, »globalisierte, ungebildete, sozialdemokratische Kleinbürger gemischter Abstammung«. Damit war sein Todesurteil vorprogrammiert: er verlor seinen Posten als Lektor bei Gallimard und wurde in den literarischen Orkus verdammt. Am 10. September 2012 publizierte *Le Monde* eine Kolumne mit dem Titel »Das faschistische Pamphlet von Richard Millet entehrt die Literatur«, das von rund einhundert Schriftstellern unterzeichnet wurde.

Des weiteren wäre Renaud Camus zu nennen, der für allem für sein seit 1985 publiziertes Tagebuch bekannt ist. Er ist der »Whistleblower« unter den Neoreaktionären und hat den Begriff des »Großen Austauschs« geprägt, der den Prozeß der Ersetzung der weißen europäischen Stammbevölkerung durch fremde Völker beschreibt. Auch wenn er sich weiterhin vor allem als Literat betrachtet, hat sich Camus dezidiert dem politischen Engagement verschrieben und trachtet danach, sein Wort in den Dienst des Kampfes um die europäische Zivilisation zu stellen. In seinen Essays warnt er dementsprechend unablässig vor dem ethnischen und kulturellen Ende Frankreichs. Eine der wenigen Persönlichkeiten im medialen Bereich, die ihn unterstützen, ist sein Freund Alain Finkielkraut. Auch er wird inzwischen den Neoreaktionären zugeordnet, obwohl sich der Philosoph und Radioproduzent selbst nach wie vor als Mann der Linken definiert. Seine Polemiken drehen sich um Themen wie kulturelles Erbe, Tradition und Identität.

Der Philosoph Michel Onfray schließlich ist ein besonders aufschlußreicher Fall. Nichts zeigt die geistige Hilflosigkeit der Linken besser, als ihre Versuche, ihn ins Lager der »Faschos« abzuschieben. Denn Onfray ist nicht gerade ein Mann, den man ernsthaft mit der extremen Rechten in Verbindung bringen kann. Die Tatsache, daß Jean-Marie Le Pen es 2002 geschafft hatte, in den zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen zu gelangen, hat ihn derart schockiert, daß er als Reaktion die jedermann zugängliche Université Populaire du Caen (die »Volksuniversität von Caen«) gründete. Sein Denken nährt sich von Nietzsche und von einem Sozialismus proudhonscher Prägung. Als entschiedener Atheist hat er sowohl die katholische Kirche als auch den Islam attackiert, allerdings auch die Psychoanalyse, die er als pseudoreligiösen Schwindel betrachtet. Was hat die Wachhunde des Systems auf seine Spur gebracht? Es war wohl vor allem sein im März 2014 im Wochenmagazin *Le Point* lancierter Frontalangriff auf »die konfuse Gendertheorie, wie sie von der Philosophin Judith Butler popularisiert wurde«. Ein Jahr später erklärte Onfray an derselben Stelle: »Ich ziehe eine zutreffende Analyse von Alain de Benoist einer unzutreffenden von Minc, Attali oder Bernard-Henri Lévy vor; und umgekehrt würde ich eine Analyse von Lévy, die mir zutreffend erscheint, einer Analyse von Benoist, die ich unzutreffend finde, vorziehen.« Dies trug ihm prompt eine scharfe Rüge des Premierministers ein, der offenbar wenig Gefallen an der Freiheit des Denkens hat und sich ein weiteres Mal in intellektuelle Belange einmischte, von denen er keinerlei Ahnung hat. Onfrays lapidarer Kommentar hierzu? »Manuel Valls ist ein Kretin!«

Was also macht einen Intellektuellen zum »Neoreaktionär«? Ist er ein Faschist, ein Liberaler, ein Liberalkonservativer, ein Republikaner, ein Souveränist? Die Definition scheint in genau dem Maße dehnbar zu sein, wie sie benutzt wird, um Andersdenkende zu diskreditieren. Der Neoreaktionär ist, wie der Romancier Slobodan Despot im Schweizer *Le Matin dimanche* schrieb, im Grunde nichts weiter als ein *honnête homme,* »ein Ehrenmann im klassischen Sinn des Wortes«, ein gebildeter, geistig freier und aufrichtiger Kopf. Was die Verächter der Neoreaktionäre angeht, so bilden sie dagegen heute in der Tat »einen monolithischen Block, was ihre Überzeugungen und Denkfiguren betrifft«. Der vitale Pluralismus hat das Lager gewechselt. Der Koloß wankt, und sein Ende ist nah. ■





Eric Zemmour und der französische Selbstmord

von Euryale

In einem Europa, in dem zurzeit ein paar Dutzend Länder vergrößerte Biedermann-und-die-Brandstifter-Realvarianten proben, spielt Éric Zemmour die unvorhergesehene Rolle des Hauptanwalts einer leidgeprüften französischen Babette, die mit dem Gedanken spielt, die Scheidung einzureichen. Er ist es, der bei den politischen und medialen Eliten schlechte Laune auslöst. Sie reden nicht mehr von der *lepénisation,* sondern von der *zemmourisation* der öffentlichen Meinung. Der Graben zwischen Volk und politischer Vertretung ist inzwischen so tief, daß der Autor des Bestsellers über den »französischen Selbstmord« (*Le Suicide français,* Paris 2014) in einem vor kurzem erschienenen Roman (Geoffroy Lejeune: *Une élection ordinaire,* Paris 2015) zum Präsidenten der Republik gewählt wird. Für viele derjenigen, die eine Wiederauferstehung des Landes für nötig halten, verbindet sich dieser Gedanke von selbst mit seinem Namen.

Über die Ideen Zemmours verbreiten sich viele Mißverständnisse. Die Franzosen kennen ihn vor allem aus Fernsehen und Radio. Dies verleitet viele kultivierte Leute dazu, guten Gewissens ihr Urteil über ihn zu fällen, ohne seine Hauptschriften gelesen zu haben. Der Rest Europas muß diesen Fehler nicht zwangsläufig wiederholen. Denn hinter der Schlagfertigkeit des Talkshow-Polemikers verbirgt sich ein Intellektueller, dessen Ideen nicht allein sein eigenes Land angehen. Für Zemmour »ist Frankreich Europa« (*Mélancolie française,* Paris 2010).

Der wahre Ausgangspunkt seines Aufstiegs zur Prominenz lag vor fast zehn Jahren im regen Erfolg seines Essays über das »erste Geschlecht«, einer Abhandlung über die männliche Lebensart zum Gebrauch der jungen, feminisierten Generation (*Le Premier Sexe,* Paris 2006). Das Buch ist ein fulminater Angriff gegen den Feminismus, umhüllt von einem reizvollen Pariser Odeur im Sinne von »Wer schläft mit wem?«.

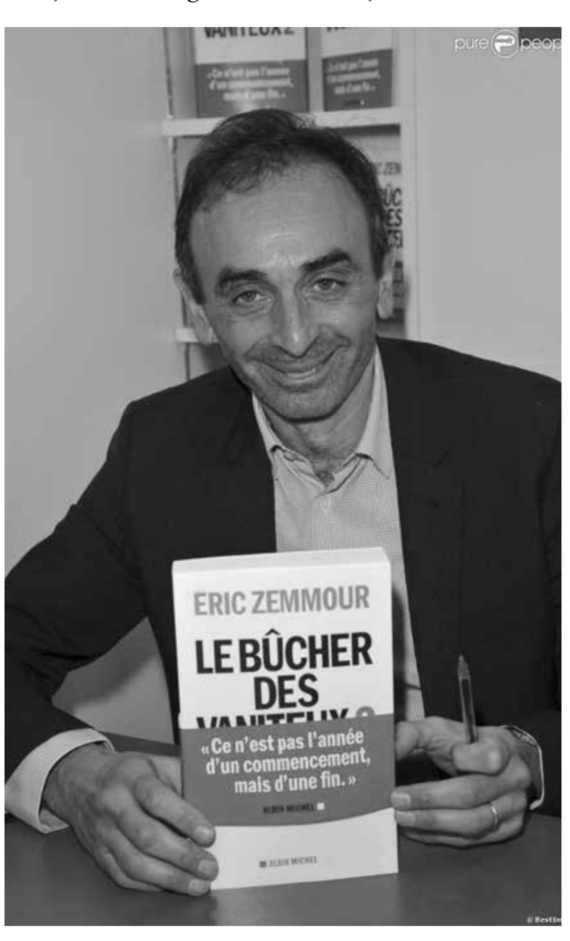
Zemmour unterscheidet darin zunächst zwei Phasen im Prozeß der Gleichmacherei: die Maskulinisierung der Frauen, gefolgt von der Feminisierung der Männer – eine zweite Phase, um die Unzulänglichkeiten der ersten wettzumachen. Feminisieren bedeute, Verhaltensweisen neu zu normieren, insbesondere im sexuellen Bereich: den Geschlechtsakt mit Gefühlen, Gefühle mit dem Geschlechtsakt automatisch zu verbinden; Abweichungen zu kriminalisieren; das individuelle Gleichgewicht, ja sogar die soziale Existenz vom Paar herzuleiten. Dem Autor zufolge ist dieses Projekt von vornherein zum Scheitern verurteilt, weil Lust unveränderlich unegalitär ist. Die Geschosse seines psychologischen Artilleriefeuers stammen von Stendhal und vom vor kurzem verstorbenen René Girard, eine französische Tradition fortsetzend, die bei den Moralisten des 17. Jahrhunderts und noch vorher bei Montaigne beginnt. Das Buch zeigt daraufhin, daß die egalitäre Entstellung der männlichen Lust sich so gut entwickle, weil sie dem kapitalistischen System eine globale Wachstumsachse biete – an jedem Umbau nämlich läßt sich verdienen. In diesem zweiten, wirtschaftlichen Schritt der Analyse wirft Zemmour, auf Marx reitend, die linke Flanke der Feministen durcheinander. Zum rhetorischen Sturmlauf kommt es dann am Schluß auf dem Gebiet der Geschichte: Im Falle Frankreichs liege der Ursprung der Entmännlichung im Gefühl des Überdrusses in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, bei Männern, die es müde wurden, die »zwischen ihren Beinen baumelnde Last« zu tragen.

Der Polemiker erstürmte die feministische Schanze, um ein Zeichen zu setzen – fest davon überzeugt, daß die beckhamisierte Masse der Männertruppe wahrscheinlich nicht folgen würde (was ihm egal war). Durch die so errungene vermehrte Teilnahme an Talkshows konnte er seinen Kulturkampf in viele neue Themenbereiche hineintragen, bis es besser kommen würde. Von 2006 bis 2011 entdeckte das breite Publikum von »On n'est pas couché« (»Wir sind noch nicht im Bett«; französische Politsatire-Talkshow) in Zemmour einen literarisch und historisch versierten Polemiker. In seinem folgenden Essay *(Mélancolie française)* befaßte er sich näher mit der Geschichte. Ein gedrängtes, architektonisches Werk: Der Werdegang Frankreichs seit Karl dem Großen gehorcht laut Zemmour einem Dualitätsprinzip von einerseits männlicher Souveränität und andererseits weiblichem Universalismus. In seiner Betrachtung reiht sich unsere feminisierte Zeit ein in einen Zyklus historischer Referenzen – angefangen mit den Salons des 18. Jahrhunderts. In der universalisti-

schen Phase neigten die französischen Eliten dazu, sich in den Dienst der herrschenden Ideologie zu stellen, beispielsweise der katholischen Kirche unter Ludwig XVI. oder der Menschenrechte nach dem Zweiten Weltkrieg. In der souveränistischen Phase zielten dieselben Eliten darauf ab, den europäischen Kontinent nach Vorbild des antiken Roms politisch zu einigen. Die Kapetinger-Dynastie in ihren Eroberungen und das napoleonische Epos teilten den gleichen römischen Traum. Es wäre lohnenswert, den Zemmourschen Begriff des römischen Erbes in Relation zur Bragueschen These von der römischen Sekundarität (Rémi Brague: *Europa – seine Kultur, seine Barbarei. Exzentrische Identität und römische Sekundarität,* Wiesbaden 2012) zu setzen. Der Gegenüberstellung Roms und Karthagos hätte ein Carl Schmitt seinerseits zustimmen können, denn – das ist der Nomos der Erde – ewig bekämpfen sich Behemoth und Leviathan. Im übrigen muß (weit davon entfernt, ein zweitrangiger Punkt zu sein) festgestellt werden, daß die Dualität der Geschlechter ein zentraler Schlüssel zum Zemmourschen Geschichtsverständnis ist.

Diesen Schlüssel benutzt Zemmour ebenfalls, um Gegenwärtiges zu kommentieren, worin auch der medial sichtbarste Teil seiner Tätigkeit besteht. Seit 2010 nimmt er an der Morgensendung des französischen RTL-Radios teil. Während seiner dreiminütigen Beiträge malträtiert er regelmäßig – marxistisch aufgeladen – sowohl den Etatismus als auch den Neoliberalismus. In einem dieser Rundfunkstücke kommentierte Zemmour unlängst die Entscheidung Angela Merkels, die Grenzen ihres Landes den Migranten zu öffnen – der Titel lautete: »Wenn ihr keiner zujubelt, glaubt Merkel, daß sie taub wird« (»Merkel croit qu'elle devient sourde quand elle n'entend plus les acclamations«, ausgestrahlt am 10. September 2015). Zemmour wird in Frankreich oft fälschlicherweise als antideutsch eingeschätzt. Seine Kritik an Frau Merkel und dem heutigen, gerontokratischen deutschen Kapitalismus ist von keiner Feindseligkeit gegenüber dem deutschen Volk begleitet oder geprägt. Dies zeigt sich anhand des Zemmourschen Verständnisses der deutschen Geschichte, in *Mélancolie française* klar dargelegt. Laut Zemmour beruht die französisch-deutsche Feindseligkeit auf einem mimetischen Wettstreit. Seiner Ansicht nach löste Deutschland das postnapoleonische Frankreich ab, um den Kontinent politisch zu einigen. Der römische Traum wurde von Deutschland weitergeträumt, das damit auch den grundsätzlichen Feind erbte: Karthago, diesmal in seiner angelsächsischen Variante. Zemmour hätte es vorgezogen, wenn Frankreich das »Wunder an der Marne« nicht vollbracht und Deutschland den Krieg im Jahr 1914 gewonnen hätte. Geschichte wird hier von einem höheren Zivilisationsbegriff aus beurteilt, nicht vom Patriotismus her. Eine wahre Lektion in Sachen Realismus.

Berechtigterweise wird Zemmour oft mit Thilo Sarrazin verglichen, der in *Deutschland schafft sich ab* (München 2010) auf seine Weise die These von der Identitätsvernichtung seines Volks verteidigt. Sarrazin ist ein realistischer Geist, verloren inmitten einer Nachkriegsgeneration, die oft zu glauben scheint, ihr Alter werde



Éric Zemmour

sie noch vor dem Anblick des bevorstehenden Schlimmsten bewahren. Dieser Nachfahre von Hugenotten spielt nicht mit Selbsttäuschung. Im Gegensatz zu Zemmour jedoch glaubt er an eine rationale Verwaltung politischer Probleme, die sich auf meßbare Faktoren stütze. Seine Karriere ist die eines Sozialingenieurs und Managers, sein Realismus vom Optimismus der Lenkung gefärbt – während Zemmour ein Pessimist ist, der uns auf das unkontrollierte Platzen der posthistorischen Blase gefaßt machen will.

Der französische Musketier des politischen Realismus besitzt in der Person des Journalisten und Schriftstellers Michael Klonovsky einen anderen deutschen Geistesverwandten, der ihm von Methode und Generation her nähersteht. Dieser ist unter anderem Autor der Betrachtung *Der Held. Ein Nachruf* (München 2011), worin er die Feminisierung aus dem Blickwinkel des Verschwindens des Muts in unseren Gesellschaften erfaßt. Zemmour hat einen Roman über Ferdinand Lassalle (*Le Dandy rouge,* Paris 1999) geschrieben, Klonovsky einen über Champollion (*Der Ramses-Code,* Berlin 2001). Ihre Urteile über Churchill kongruieren. Über Frau Merkel anscheinend auch. ■

Der subversive Reaktionär – Gerd Bergfleth zum 80. Geburtstag

von Siegfried Gerlich

Er gehört zu jenen einsamen Denkern, die keine eigene Schule begründet haben, sondern ewige Solitäre geblieben sind, mit ihren unzeitgemäßen Betrachtungen aber gleichwohl irritierende Spuren in dem gehegten Gelände zeitgenössischer Diskurse hinterlassen haben. Eher berüchtigt als berühmt wird man ihn nennen dürfen, und jedenfalls ist er ein so faszinierender Autor, daß er mit klammheimlicher Sympathie sogar von Köpfen gelesen wird, an denen er kein gutes Haar läßt. 1936 in Dithmarschen geboren, studierte Gerd Bergfleth von 1956 bis 1964 Philosophie, Literaturwissenschaft und Gräzistik in Kiel, Heidelberg und Tübingen, um sich schließlich in dem schwäbischen Städtchen, welches auch seiner »Tübinger Vernunftkritik« ihren Namen lieh, auf Dauer niederzulassen. Seit 1971 machte Bergfleth als Herausgeber, Übersetzer und Interpret Georges Batailles von sich reden, dessen exzentrisches Denken ihn maßgeblich prägen sollte. Mit seiner frühen *Theorie der Verschwendung* präsentierte er daher nicht nur eine ambitionierte Einführung in das theoretische Werk Batailles, sondern zugleich eine emphatische Bekenntnisschrift, die bereits seine Leidenschaft für noch andere dunkle und verfemte Schriftsteller wie den Marquis de Sade, Maurice Blanchot, Pierre Klossowski und Jean Baudrillard erahnen ließ. Damit freilich paßte Bergfleth trefflich ins Verlagskonzept von Axel Matthes, der jenseits des Rheins längst legendäre französische Dichter und Denker von der Gegenaufklärung über den Surrealismus bis zur Postmoderne endlich auch einem deutschen Publikum vorstellen wollte und hierfür einen geistesgeschichtlich versierten Übersetzer und Exegeten bestens gebrauchen konnte. Auf diesem Wege avancierte Bergfleth allmählich zum Haus- und Hofphilosophen von Matthes & Seitz.

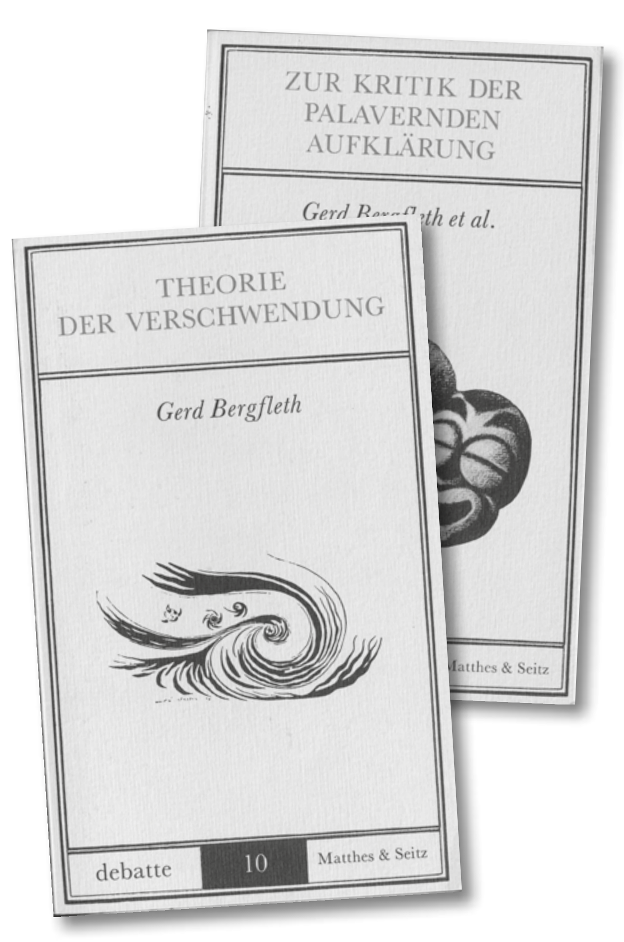
Wen Bergfleth aber auch immer kommentierte oder interpretierte – bei allen frankophilen Neigungen bewährte er sich stets als deutschlastiger Mittler. Mit philosophischer Strenge und philologischer Sorgfalt wußte er deutsche Subtexte hinter so manchen französischen Textoberflächen freizulegen. Und gerade durch sein Vordringen in die Tiefenschichten der avantgardistischen Denkstile Foucaults, Derridas und Baudrillards rang er den hierzulande akademisch historisierten Geisteswelten Nietzsches, Klages' und Heideggers eine unverhoffte Aktualität ab. Den zeitgeschichtlichen Grund für diese Lektürestrategie sollte Bergfleth in seinem Essay *Die Verewigung des Lebens* klar benennen: Das Klischee, daß der deutsche Geist den romantischen Überschwang und der französische Esprit die klassische Nüchternheit verkörpere, hatte seine Wahrheit in längst vergangenen Epochen – im 20. Jahrhundert indessen hat sich diese Konstellation in ihr reinstes Gegenteil verkehrt, war es doch der französische Surrealismus, der die deutsche Romantik erneuerte, bevor die geistigen Exerzitien Batailles, Blanchots und Klossowskis wiederum eine gesamteuropäische Renaissance Nietzsches einläuteten. Daß dieser antimoderne Vordenker des Faschismus schließlich auch hierzulande als Vater einer modisch gewordenen und immer auch antifaschistisch daherkommenden Vernunftkritik anerkannt wurde, versetzte freilich die deutschen Hüter des Projekts Moderne in höchste Alarmbereitschaft. Tatsächlich waren es nicht zuletzt Bergfleths Publikationen, welche den Verdacht linksliberaler Großaufklärer wie Jürgen Habermas, Manfred Frank oder Klaus Laermann zu bestätigen schienen, der verdrängte Geist des deutschen Präfaschismus sei inkognito über den französischen Postmodernismus wieder nach Deutschland zurückgekehrt. Dessen hiesige, zumeist arglos linksanarchistische Anhänger wiederum zeigten sich ob solcher Anschuldigungen aufrichtig erbost, und entsprechend allergisch reagierten sie nicht nur auf den Vorwurf des Irrationalismus, sondern auch auf Bergfleth selbst, der sich freimütig zu seinem rechten Antirationalismus bekannte.

Allerdings hatte schon Nietzsche den abendländischen Rationalismus in offenen Nihilismus einmünden sehen, und vollends für Adorno und Horkheimer erstrahlte die restlos aufgeklärte Erde im Zeichen triumphalen Unheils. Anders jedoch als die Meisterdenker der Frankfurter Schule hielt Bergfleth es für illusionär, die Aufklärung über sich selbst aufklären zu wollen, würde dies den Herrschaftsbereich der Vernunft doch noch über das ihr bislang Entronnene erweitern und derart nur die technokratische Weltordnung perfektionieren. In der bleier-

nen Zeit der amerikanisch-russischen Doppelhegemonie über Deutschland prangerte Bergfleth folgerichtig zugleich den Privatkapitalismus des Westens und den Staatskapitalismus des Ostens an, deren einvernehmliche Rationalität grenzenlosen Wirtschaftswachstums er unweigerlich auf einen ökonomischen Kollaps und ein ökologisches Desaster zusteuern sah. Was Nietzsche als Überfluß des Lebens und Gehlen als Antriebsüberschuß des Menschen ausgemacht hatten, war einstweilen von dem Akkumulationssog eines globalen Kapitalismus absorbiert worden, der sich allein durch hemmungslosen Raubbau an menschlichen und natürlichen Ressourcen noch am Leben erhielt und seine Produktionsüberschüsse nur durch imperialistische Expansionszüge abbauen konnte.

In Anbetracht des systemischen Umschlagens kapitalistischer Produktionsprozesse in kriegerische Destruktionsexzesse setzte Bergfleth dem progressiven Wachstumswahn die reaktionäre Weisheit der Verschwendung von Reichtum entgegen, wie sie vormals in feudalaristokratischen Ritualen, aber auch bereits in primitiven Riten wie dem »Potlatch« zu kulturellem Ausdruck gefunden hatte. Dabei wußte er, daß eine solche kulturrevolutionäre Subversion kaum eine politische oder historische Revolution entfesseln würde, aber gerade in der metaphysischen Revolte des Menschen gegen alle Politik und Geschichte sah er nicht weniger als einen Aufstand der »ewigen Natur« am Werk. Weit davon entfernt, diese zur romantischen Utopie oder nostalgischen Idylle zu verharmlosen, witterte Bergfleth hier jenes ganz Andere, an dem alle theoretischen Begriffe und praktischen Zugriffe abprallen müssen. Nicht um sie sich anzueignen oder in ihr sein Eigenes wiederzufinden, habe der Mensch sich der Natur hinzugeben, sondern um in ihrer absoluten Fremdheit auch das Fremde in sich selbst zu erfahren. Alle »Überschreitungen« und »Entgrenzungen«, wie sie im Traum, im Rausch und in der Erotik statthaben, verwiesen letztlich auf die Abgründigkeit der menschlichen Existenz selbst, und darum werde nur, wer sich von dieser ultimativen Halt- und Heillosigkeit der Conditio humana ergreifen läßt, jene wahre Souveränität erlangen, die den Menschen von aller Knechtung durch die Vernunft und zumal von aller Herrschaft über sich selbst befreit. Ganz wie Bataille glaubte Bergfleth, daß erst die Selbstverausgabung in einem erotisch-mystischen Todestaumel die höchste Lebensintensität freisetzen würde, und er scheute sich nicht, einen »elan mortel« zu bewerben und die menschliche Natur »pervers« zu nennen, sofern sie sich »aus dem Ungrund des Todes erhebt und buchstäblich vom Tod getrieben, von Exzeß zu Exzeß gehetzt wird«. Indem Bergfleth dergestalt ein *Mysterium tremendum et fascinans* beschwor, rührte er fraglos an die Urerfahrung des Heiligen, so wenig ihm sonst an einer Wiederbelebung archaischer Kulte oder Mythen gelegen war. Seine tiefste Sehnsucht galt einem durch den Nihilismus hindurchgegangenen kosmischen Welterleben, das auch vor totaler Selbstpreisgabe nicht zurückschreckte, denn allein durch das Opfer des verhärteten Selbst schien ihm eine ekstatische Teilhabe an dem All-Einen der Natur wieder möglich zu werden.

Diese fatalistische Passion Bergfleths lauerte noch hinter seiner Apologie der subversiven Aktionen von ’68, und selbst in seinen Attacken auf die linkskonformistische Herdenmoral der folgenden Jahrzehnte agierte er mitnichten als identitärer Konservativer, sondern als subversiver Reaktionär, der sich gerade von der Identi-



tätszerstörung den Durchbruch zu kosmischen Ekstasen erhoffte. Zwar konnte Bergfleth, wie seine Beiträge *Zur Kritik der palavernden Aufklärung* bezeugen, auch als robuster Polemiker auftreten, der sich mit seinen Ausfällen gegen den »Herrenzynismus der Aufklärungsmafia« zuweilen hart an der Grenze zu populistischem Pöbeln bewegte. Sein unverwechselbares Profil aber kam doch eher in subtilen Meditationen zum Vorschein. Zu Bergfleths schönsten, auch persönlichsten Texten zählen seine metaphysischen Fragmente *Die Allheit der Welt und das Nichts,* wo er eine geistige Querfront zwischen Hölderlin und Sade zu bilden suchte, von welcher ein neuer Frühling der Völker seinen Ausgang nehmen werde. – Es ist das große Verdienst dieses unerschrockenen Querdenkers, auf dem Umweg über das geistige Frankreich jenes andere, dunklere Deutschland wiederentdeckt und so dem deutschen Geist seine abgründige Verführungskraft zurückerstattet zu haben. Am 22. April dieses Jahres feiert Gerd Bergfleth seinen 80. Geburtstag. ■

Vor dem Bücherschrank (XIII) – Verdun als Mythos und Skandalon

von Günter Scholdt

Als der Bestsellerautor P.C. Ettighoffer 1931 seinen Kriegsroman *Gespenster am Toten Mann* betitelte, konnte er bei der Mehrheit der Leser eines sofortigen Verständnisses gewiß sein. Denn militärtopographische Begriffe wie »homme mort«, »Fleury«, »Höhe 304«, »Pfefferrücken« oder »Vaux-Schlucht« gehörten damals in Deutschland fast zum sprachlichen Allgemeingut. Und Verdun, Sammelname für all dies Grauen einer Materialschlacht schlechthin, war zum Schlagwort geworden, zum Trauma und Mythos. Der Name stand für Hekatomben ins Verderben getriebener Soldaten, für den mörderischen Wahnwitz militärischen Prestigedenkens, für ein Höchstmaß an Menschenverachtung infolge zynischer Einfallslosigkeit und blutigem Stumpfsinn von Generalstäblern.

»Ein Schlachten war's, nicht eine Schlacht zu nennen« notierte, Schiller zitierend, Ernst Jünger in *Siebzig verweht*. Sigmund Graff nannte Verdun »die längste, entsetzlichste, trostloseste Schlacht, die die Weltgeschichte bis dahin kannte«. Man sprach von »militärischer Bankrotterklärung«, »barbarischer Phantasielosigkeit«, »Entartung« und »Ende aller Strategie«. »Weil ich kein zweites Verdun machen will«, rechtfertigte Hitler im November 1942 den Umstand, daß Stalingrad noch immer nicht gefallen sei. Er artikulierte damit nur eine kollektive Horrorvorstellung. (Daß gerade seine Durchhaltetaktik diese Absicht dann blutig verfehlte, steht auf einem anderen Blatt der Geschichte.)

Wann je sich sprachliche Unzulänglichkeit offenbarte, so angesichts dieses Todesrachens (Franz Schauwecker), der sich im Februar 1916 an der Maas geöffnet hatte. Das Wort weckte Haßgefühle, spornte zu revolutionären Änderungen an oder evozierte Nibelungenstimmung. Auch stellte der Name dieses Schlachtterrains wie kein anderes Stichwort des Weltkriegs die Sinnfrage. Hier schien es buchstäblich ums Heil gegangen zu sein oder um das Eingeständnis, daß von dieser Welt, Existenz oder Gesellschaft kein Heil zu erwarten sei. Und so lautete denn auch 1932 ein bezeichnender Buchtitel des kommunistischen Schriftstellers Hans Marchwitza: *Vor Verdun verlor ich Gott*.

Wie kam dieser Ort zu seinem Schreckensruf? Zunächst einmal hatte es niemals bisher so viele Gefallene und Verwundete auf so begrenztem Raum gegeben – Opfer, die zu beklagen waren um eines kurzfristigen Geländegewinns von nicht einmal zehn Kilometern willen. Doch Verlustziffern allein, wie sehr man die ohnehin schrecklichen Zahlen durch legendarische Übertreibungen auch noch zusätzlich vergrößerte, begründen nicht die makabre Aufmerksamkeit, die Verdun in Deutschland genoß. Die Somme-Schlacht war in ihrem Massenverbrauch an Leben noch gewaltiger; aber im düsteren Symbolwert blieb Verdun unerreicht.





Auch die Erfahrung »Verdun« wirkte nachhaltig. Schon Zeitgenossen der Schlacht beklagten ihren desaströsen Effekt auf die Motivation. Denn nach rund zehn Monaten der Hauptkämpfe war die deutsche Armee nicht mehr die gleiche wie früher. Die alten Offiziers- und Unteroffizierskorps waren vielfach zerschlagen. Widerstandskraft und Disziplin hatten deutlich gelitten zugunsten zunehmend fatalistischer Gleichgültigkeit. Nicht zuletzt der Umstand, daß der Ausgang des Unternehmens schon früher erahnt werden konnte und dennoch Konsequenzen unterblieben, erschütterte das Vertrauen der Frontkämpfer in die Führung.

Verdun hatte denn auch unmittelbare strategische und politische Folgen in der Zeit zwischen den Weltkriegen. So setzten maßgebliche Militärs der Wehrmacht alles daran, nicht nochmals einen solchen Stellungskrieg führen zu müssen. Die konzeptionelle Ausrichtung auf schnelle, raumüberwindende Waffen, auf Panzer und Stu-

kas, auf »Feuer und Bewegung«, hat in solchen Erfahrungen ihre Quelle. Die Franzosen hingegen, die in Verdun ja einen stolzen Abwehrerfolg erstritten hatten, tendierten auch von daher zu einer Festungsideologie, die in der Maginotlinie ihren höchsten Ausdruck fand. Ein weiterer Beweis für die Tatsache, daß aus Geschichte zugleich alles oder nichts zu lernen ist.

Die folgende Betrachtung – mehr als Streiflichter können es in diesem Rahmen nicht sein – konzentriert sich auf gut zwei Jahrzehnte einer Literaturkontroverse, in denen Verdun noch in aller Munde war, bevor es in unserem Kollektivgedächtnis durch andere Schreckensorte wie Stalingrad, Auschwitz oder Hiroshima entthront wurde. Mustern wir die damals populärsten literarischen Darstellungen, fällt dreierlei auf:

1. ein von Pazifisten wie Bellizisten praktizierter Verismus, der uns die Kämpfe in all ihrer Scheußlichkeit nahebringt,
2. eine zwischen Abschreckung und Heroisierung pendelnde Wirkungsabsicht, die meist nur über die Behandlung der Sinnfrage zu unterscheiden ist,
3. eine gewisse morbide Faszination und mythische Verfallenheit an die spezifische Szenerie von Verdun.

Für Pazifisten dominierte als Botschaft ein »Nie wieder!« gemäß Erich Kästners Mahnung von 1932:

»Auf den Schlachtfeldern von Verdun
finden die Toten keine Ruhe.
Täglich dringen dort aus der Erde
Helme und Schädel, Schenkel und Schuhe.

Über die Schlachtfelder von Verdun
laufen mit Schaufeln bewaffnete Christen,
kehren Rippen und Köpfe zusammen
und verfrachten die Helden in Kisten.

Oben am Denkmal von Douaumont
liegen zwölftausend Tote im Berge.
Und in den Kisten warten achttausend
Männer vergeblich auf passende Särge.
[…]
Zwischen Ähren und gelben Blumen,
zwischen Unterholz und Farnen
greifen Hände aus dem Boden,
um die Lebenden zu warnen.

Auf den Schlachtfeldern von Verdun
wachsen Leichen als Vermächtnis.
Täglich sagt der Chor der Toten:
›Habt ein besseres Gedächtnis!‹«

Die radikale Linke in Weimar verschärfte die Anklage durch den Vorwurf, Verdun symbolisiere in besonderem Maße die Absurdität des Krieges. Per Komplott skrupelloser Profiteure seien Hunderttausende völlig verantwortungslos geopfert worden. Exemplarisch für viele schrieb Tucholsky 1924 in der *Weltbühne:*

»Drüben liegt das Fort Douaumont, das überraschend fiel; da die Höhe 304; da das Fort de Tavannes. Teure Namen, wie? Einem alten Soldaten, der hier gestanden hat und lebendig herausgekommen ist, muß merkwürdig zumute sein, wenn er jetzt diese Gegend wiedersieht, still, stumpf, kein Schuß. Weit da hinten am Horizont raucht das, was dem deutschen Idealismus 1914 so sehr gefehlt hat: das Erzlager von Briey. Und wir fahren weiter.

Die Sturmreihen sind in die Erde versunken, die armen Jungen, die man hier vorgetrieben hat, wenn sie hinten als Munitionsdreher ausgedient hatten. Hier vorn arbeiteten sie für die Fabrikherren viel besser und wirkungsvoller. Die Rüstungsindustrie war ihnen Vater und Mutter gewesen; Schule, Bücher, die Zeitung, die dreimal verfluchte Zeitung, die Kirche mit dem in den Landesfarben angestrichenen Herrgott – alles das war im Besitz der Industriekapitäne, verteilt und kontrolliert wie die Aktienpakete. Der Staat, das arme Luder, durfte die Nationalhymne singen und Krieg erklären. Gemacht, vorbereitet, geführt und beendet wurde er anderswo.

Und die Eltern? Dafür Söhne aufgezogen, Bettchen gedeckt, den Zeigefinger zum Lesen geführt, Erben eingesetzt? Man müßte glauben, sie sprächen: Weil ihr uns das einzige genommen habt, was wir hatten, den Sohn – dafür Vergeltung! Den Sohn, die Söhne haben sie ziemlich leicht hergegeben. Steuern zahlen sie weniger gern. Denn das Entartetste auf der Welt ist eine Mutter, die darauf noch stolz ist, das, was ihr Schoß einmal geboren, im Schlamm und Kot umsinken zu sehen. Bild und Orden unter Glas und Rahmen – ›mein Arthur!‹«

Den durchgängigen Vorwurf der Linken, man habe sich 1914/18 nur vor den Karren ökonomischer Interessen spannen lassen, formulierte Arnold Zweig 1935 in *Erziehung vor Verdun* programmatisch. Solche Kapitalismuskritik verband sich mit derjenigen an Schlachtfeldtourismus und (politisch) profitablem Totenkult. Das gilt z.B. für Johannes R. Bechers *Der Bankier reitet über das Schlachtfeld* (1926) oder Hans Chlumbergs *Wunder um Verdun* (1932).

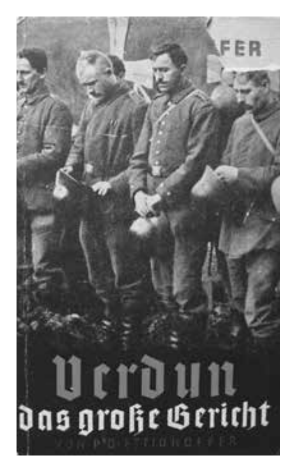
»Sterben für Thyssen«? Natürlich profitieren (Rüstungs-)Industrien gewaltig von Kriegen. Dennoch kämpften viele Deutsche nicht nur aus unbedachter Loyalität und plutokratischer Verhetzung, leuchtete ihnen doch ein, daß sie von einem international respektierten, militärisch nicht niedergerungenen Staat auch persönlich erhebliche Vorteile hatten. Oder sie ahnten, was bei einer Niederlage für Deutschland auf dem Spiel stand. Daß der Gesamtschaden des Kriegs allerdings für alle Teilnehmer – mit Ausnahme der USA, die zur dominierenden Weltmacht aufstiegen, und einiger nun selbständiger gewordener Staaten – jeden potentiellen Nutzen überstieg, zeigte sich erst durch seinen Verlauf.

Und was den Sinn betrifft? Natürlich ging es nicht um die unentscheidbare (existenz)philosophische, sondern um eine politische Frage. Der erste im Krieg Verstümmelte stellte sie, ein tödlich getroffener Familienvater ebenso wie eine im Steckrübenwinter 1917 verhungernde Greisin. Und es war gewiß notwendig, das Verhältnis des einzelnen zum Staat neu zu justie-

ren. Doch die seit damals kursierende pauschale Sinnlosigkeitserklärung aller Kriegstätigkeit verriet allzu deutlich ihre geschichtspolitische Wirkungsabsicht.

Schließlich beruhen darin bis heute drastische nationale Unterschiede im Urteil. Unbeschränkt gilt die Wertung »sinnlos« nämlich nur für deutsche Soldaten, während England, Frankreich oder die USA – folgt man ihren eigenen Deutungsmustern – »große«, quasi Missionskriege führen und entsprechenden Denkmalskult treiben (dürfen). Geschichte schreibt nun mal generell der Sieger. Und bei anderem Ausgang hätten wir natürlich eine andere Auffassung vom Weltkrieg, vergleichbar derjenigen





der Franzosen, Amerikaner oder Engländer, deren Premierminister noch jüngst im Krieg britische Werte verteidigt sah. Ein Staatsoberhaupt wie Joachim Gauck in seinem Schuldexhibitionismus fiele in jedem anderen Land der Lächerlichkeit anheim.

In der Weimarer Republik jedenfalls fanden derartige Antikriegsattacken enragierte Gegner, insbesondere als Reaktion auf Remarques *Im Westen nichts Neues*. So erklärt sich die Flut zwischen 1929 und 1931 erschienener Verdun-Texte mit meist deutlich kontradiktorischer Tendenz: Friedrich Lehmanns *Wir von der Infanterie* (1929), Alfred Heins *Eine Kompagnie Soldaten. In der Hölle von Verdun* (1929), Eberhard Wolfgang Möllers *Douaumont oder die Heimkehr des Soldaten Odysseus* (1929), Georg Buchers *Westfront 1914–1918* (1930), Josef Magnus Wehners *Sieben vor Verdun* (1930), Franz Schauweckers *Aufbruch der Nation* (1930), Werner Beumelburgs *Die Gruppe Bosemüller* (1930), Sigmund Graffs und Carl Ernst Hintzes *Die endlose Straße* (1930), Paul Coelestin Ettighoffers *Gespenster am Toten Mann* (1931) oder Hans Zöberleins *Der Glaube an Deutschland* (1931).

Verdun bekam nun einen zunehmend positiven Symbolwert. So beanspruchte Wehner, es sei damals gerade an einem so geschichtsträchtigen Ort um den ewigen Schicksalskampf des Deutschen Volkes gegangen, um das Wiedererlangen fahrlässig verlorenen Reichsterritoriums. Vom »heroischen Opfergang« ist bei Ettighoffer die Rede: »wir tragen schon das Todeszeichen aller Frontkämpfer unsichtbar auf der Stirn«, vom Krieg als elementarstem Ausdruck des Lebens, der gerade in der Hölle einer solchen Materialschlacht einen Blick jenseits der Grenzen des Daseins gewährt, in letzte Mysterien des Lebens einweiht oder aus zivilisatorischer Einschnürung befreit. Vor allem aber sah man den ideellen Wert, unabhängig vom Erfolg, in der menschlichen Prüfung und Auslese. Der Sinn liege im den Einzelnen erhöhenden Opfer, in der Entstehung und Festigung der Kameradschaft als (volkhafte) Schicksalsgemeinschaft und – politisch zugespitzt – in der Schaffung eines Frontkollektivs als Leitbild der Nachkriegsgesellschaft.

Die Soldatischen Nationalisten verwarfen das nihilistische Kriegsfazit pazifistischer Autoren vor allem aus zwei Motiven. Es entwertete einen Lebensabschnitt, an dem sie mit größtem Gefühl hingen und für dessen Bewältigung sie (wie ihre ausländischen Gegner) Dankbarkeit und Respekt erwartet hatten. Hinzu kamen Pietätsgefühle gegenüber gefallenen Kameraden. Ihnen glaubten sie (teils mit dem schlechten Gewissen von Überlebenden) Klagelieder, Helden- und Opfergesänge schuldig zu sein, keineswegs aber jene vernichtende Einschätzung »Umsonst gefallen«, die dem schnöden »Selbst schuld« so benachbart scheint. Die Sinnlosigkeitsdiagnose zielte schließlich darauf ab, gemeinschaftsbezogenen Opfern den Nimbus zu verweigern und Tragik abzusprechen. In Beumelburgs *Das eherne Gesetz* (1934) gelten alle, die »sagen, es ist ein Quatsch, sich für einen Begriff wie den Begriff Vaterland ein Loch in den Bauch schießen zu lassen« als »Leichenschänder, die auf die Gräber spucken«.

Kritischen linken oder liberalen Kriegsdarstellungen ist zugutezuhalten, daß ihre Verfasser dem nationalen Ansatz nach solchen Exzessen mißtrauten und sie eine Desillusionierung der Motive von Kriegsteilnehmern für geboten hielten, um künftige Fehlentwicklungen zu vermeiden. Klug und einfühlend angesichts der damals vorherrschenden Lage und mentalen Disposition war dies gewiß nicht. Wer jahrelang gedarbt, geopfert und vielfach geliebte Menschen im Krieg verloren hatte, wehrte sich mit einem gewissen Recht gegen die pauschalisierende Unterstellung, Teilnehmer eines absurden oder gar verbrecherischen Geschehens gewesen zu sein.

Solche Neigung beschränkte sich übrigens nicht völlig auf nationalistische Texte. Bereits Fritz von Unruhs 1916 geschriebene Erzählung *Opfergang* deutet Verdun als Gericht über eine vergreiste Epoche und erwartet den Aufbruch eines neuen Menschen zu neuer Gemeinschaft der ganzen Welt. Auch Edgar Maass' 1936 geschriebener Roman *Verdun* interpretiert die geistige Substanz des Kriegsgeschehens als »Wiedergeburt des Menschen aus den Wehen der Schlacht« und als Opfertat in Analogie zur Passionsgeschichte. Allerdings verbindet er das Totengedenken mit der sittlichen Forderung nach »Taten des Friedens«. Ähnliches gilt für Liesbet Dills Aussöhnungsroman *Der Grenzpfahl* (1925) oder *André und Ursula* (1937), Polly Ma-

ria Höflers Bestseller über eine deutsch-französische Liebe.

Auch der 1936 erschienene Roman *Feldwache der Liebe* des Saarländers Johannes Kirschweng beschäftigt sich mit dem Verdun-Vermächtnis. Sein Verfasser appelliert hierin eindringlich an die deutsch-französischen Nachbarn, es nicht noch einmal zum Waffengang kommen zu lassen. Der Romanheld stirbt an einer Blutvergiftung als Märtyrer einer grotesk-symbolischen Tat, hat er sich doch an der »Tranchée des bajonettes« verletzt beim Versuch, die herausragenden rostigen Bajonette zu entfernen, um die »Feldwache des Hasses« in die der Liebe umzuformen. Das Sterbebett sieht ihn mit früheren französischen Kontrahenten vereint, die sich nun künftig gleichfalls der Völkerversöhnung widmen.

Kirschwengs schauerlich-nächtliche Verdun-Szene lenkt unseren Blick auf mehrheitlich nationalistische Texte, die mythisch und zuweilen von einer Dekadenz-Ästhetik geprägt sind. Etwas Todverliebt-Morbides schwingt in manchen Kriegsdarstellungen mit, zumindest aber ein geschärftes Interesse für Nachtseiten des Lebens und eine Ästhetik des Schreckens, die an die *poètes maudits* erinnert. Das gilt für Teile von Ettighoffers *Gespenster am Toten Mann* oder die Zentralfigur von Anton Betzners *Douaumont* (1940) in ihrem vierteljährlichen Drang, zum Beinhaus von Verdun zu wandern, um seine gefallenen Kameraden zu rufen.

Dem Tode verfallen zeigen sich einzelne Helden in Beumelburgs *Die Gruppe Bosemüller,* insbesondere beim befohlenen Rückzug. Denn





der »Berg« – gemeint ist der Douaumont – war über Monate hinweg ihr einziges gemeinsames Ziel. Als Angehörige einer »verlorenen Generation« stehen sie in seinem Banne, unfähig zu individueller und ziviler Lebensplanung. Das Neurotische und Nekrophile, das in solchem Bewußtsein zum Ausdruck kommt, wird vom Autor selbst zugleich eingestanden und bewundert. Vielleicht liegt darin auch eine unbewußte Reverenz des Überlebenden gegenüber den Gefallenen. Zu allem paßt eine spätexpressionistische Bildwelt, die das Geschehen um Verdun seiner alltäglichen Dimension beraubt und in eine poetische Sphäre mythisch-dämonischer Unwirklichkeit erhebt.

Bezeichnenderweise reagiert der Text auf den gleichfalls allegorisch strukturierten Roman *Der Zauberberg* (1924) von Thomas Mann, der für die Nationalisten zur Unperson wurde, als er vom konservativ-revolutionären Lager in das der Republik wechselte. Dabei interpretierte der Nobelpreisträger, volkspädagogisch vermittelnd, zum Romanende den todbereiten Aufbruch der jungen Freiwilligen von 1914 als unbewußtes Bekenntnis für den neuen Staat und seine Ideale. Hans Castorp, sein dem Leser zur Identifikation empfohlener Protagonist, erlebt den Krieg als Durchgangsstadium zur Neugeburt und stirbt letztlich schon für Frieden und Demokratie.

Beumelburgs *Gruppe Bosemüller* ist energisch als Gegenentwurf konzipiert. Auch hier steht im Mittelpunkt mit dem Douaumont ein mythisch umschriebener Berg, der Personen geradezu magisch festhält: Unteroffizier Bosemüller verzichtet auf eine bereits genehmigte Freistellung vom Militärdienst, um bei seinen Männern zu bleiben. Den Kriegsfreiwilligen Siewers – wie Castorp zunächst ein weicher, formbarer Charakter und »Sorgenkind« – verfolgt der Berg selbst in den Träumen. Er entschließt sich zur sofortigen Rückkehr an die Front, obwohl er nach schwerer Verwundung noch nicht völlig genesen ist. Ihr Leutnant schließlich sucht bei der Aufgabe des Forts mehr oder weniger bewußt den Tod im Kampf. Unter dem Einfluß des Berges wird eine neue Idee geboren – die Frontkameradschaft als Antizipation der Volksgemeinschaft.

Die Kontrafaktur wird polemisch, wo Beumelburg und andere sich besonders provoziert fühlten: durch Manns Stilisierung des exemplarischen Freiwilligen Castorp zum Vertreter der kommenden Republik. Auf ihn spielt Beumelburg mit der Figur des Pioniers Casdorp an, der den Grabenkämpfen seelisch nicht gewachsen ist und sich erschießt. Er zeigt damit just das Verhalten, welches Thomas Mann Naphta zugesprochen hatte, dem Vertreter der reaktionären Rechten. Selbstmord gilt beiden Autoren als Symptom des historisch Überholten. Dem belesenen Publikum präsentierte Beumelburg durch Casdorps Tod seine Gegenthese: Nicht die nationale Idee ist 1914 am Ende, sondern die republikanische hat sich bereits im Krieg überlebt. Ein Schwächling ist kein Repräsentant der neuen Gemeinschaft, die Deutschlands Nachkriegsschicksal bestimmen wird.

Das *Zauberberg*-Motiv findet sich auch in Wehners *Sieben vor Verdun*. Der Douaumont figuriert dort als Berg voller »heimlicher Kräfte«, den man unentwegt anstarren muß, nicht malen, sondern nur stürmen kann, um »ihm so seinen Zauber« zu nehmen. Vom Stürmen ist auch in Friedrich Georg Jüngers Anti-Mann-Polemik von 1926 die Rede. Sie trägt den bezeichnenden Titel »Der entzauberte Berg« und endet martialisch: »Ach, erlebten wir bald den Tag, an dem eine junge, kühne Mannschaft mit [...] prachtvollen Äxten den ganzen Zauberberg in Scherben und Trümmer schlägt.« Sehr lange sollte es nicht mehr dauern, bis das passierte. ■

Schöne Literatur

T. C. Boyle: *Hart auf Hart. Roman,* München: Hanser 2015. 400 S., 22.90 €

Die begeisterte Rezensentin hat auf die Frage, welches deutsche Pendant ihr zu T. C. Boyle einfiele, keine rasche Antwort parat. Walser, Wellershoff in ihren beobachtungssattesten und zugleich rasanteren Romanen? Oder gar, um ein knappes Jahrhundert versetzt, Joseph Roth? Nein, dies alles trifft nicht wirklich zu. Tom Wolfe, ja, vielleicht, aber der schreibt wie Boyle von jenseits des Atlantiks. Amazon.de rät dem Boyle-Möger zu Houellebecq, damit wären wir immerhin in Europa. Boyles großartiger Roman ist aus drei Perspektiven – dabei nie als Ich-Erzähler – geschrieben: aus der eines siebzigjährigen Vaters, Sten, dessen späten Sohnes, Adam, und Adams kurzzeitiger Gespielin, Sarah. Um noch kurz bei Parallelen zu verweilen: Sten dürfen wir uns als eine Art Walt Kowalski vorstellen, den Clint Eastwood in seinem Freiheitsmelodram *Gran Torino* (2008) gegeben hatte: Ein eigen-, vielleicht starrsinniger Typ, ein Vietnamveteran, in dem auch im Alter eine Flamme heiligen (Jäh-) Zorns lodert, ein Mann, der nicht duldet, daß vor seinen Augen Unrecht geschieht, und sei es nur, daß man ihm die Butter vom Brot nehme. Ist es doch schwerverdiente Butter! Sten, so die Rahmenhandlung, begibt sich der Gattin zuliebe von Mendocino, Kalifornien aus auf eine dekadente (wenigstens: bräsige) Seniorenkreuzfahrt nach Costa Rica. Auf einer Dschungeltour wird die Best-Ager-Truppe von dunkelhäutigen Halunken ausgeraubt. Sten – »einmal Marine, immer Marine« – setzt sich zur Wehr. Er kann nicht anders. Im Würgegriff stirbt, eher versehentlich, der Räuber. Nur heimlich googelt Sten in den aufregenden Wochen darauf seinen eigenen Namen: er ist ein Held! Was hinterläßt er sonst? Adam, den mißratenen Sohn. Adam läuft seit früher Jugend neben der Spur. Erst versackte er vor dem Computer, dann warf er Drogen ein, jetzt fühlt er sich als Waldläufer auf den Spuren seines verehrten Helden, des Trappers und Indianerfeindes John Colter, gestorben vor 200 Jahren. (Er wandert zugleich auf den Spuren seines zweiten Helden, Hugh Glass, was deshalb interessant ist, weil Glass alias Leonardo di Caprio derzeit haufenweise Ehrungen für den US-Western *The Revenant* einheimst.) Adam lebt von Trockenfutter, Schnaps und Drogen. Unterhalb des kahlrasierten Schädels ist sein Körper hart wie ein Fels. In seinem Kopf dreht sich ein Rädchen, es überdreht zuweilen. Rauschgift, Kälte, Entbehrung und Bewegung halten es am Laufen. Adam hat sie nicht mehr alle – und seine Eltern sind machtlos. Der Sohn ist längst volljährig, er ist frei. Er ist John Colter! Als Anhalter lernt Adam/Colter die eigenwillige Hufschmiedin Sarah kennen, eine fünfzehn Jahre ältere Frau, eine »rechtsradikale Libertäre« – jedenfalls: eine Mesalliance. Wie Adam haßt Sarah »den Staat«, diese (nach ihrer Einschätzung) Strohpuppe, diesen unsouveränen Handlanger von Konzerninteressen, diese unlegitimierte Macht. Anders als Adam, dessen Widerstand sich auf den ausgestreckten Mittelfinger beschränkt, wird sie nicht müde, ihre Theorie von der Vertragsfreiheit des Bürgers und der Illegitimität der angemaßten Regierung zu predigen und durchzuexerzieren. Sich anschnallen? Nüchtern Autofahren? Gängelungen! Hat Sarah etwa einen Vertrag mit dem Bundesstaat Kalifornien? Hat sie nicht! Sie läßt sich doch nicht einschüchtern! Genau sowenig wie Adam und wie, auf seine Art, Sten. Sten ist mit einer Bürgerwehr, die sich freilich aus Gründen der politischen Korrektheit nicht Bürgerwehr nennt, auf den Fersen illegaler Mexikaner, die in den kalifornischen Wäldern Schlafmohn anbauen und dabei vor keiner Schandtat zurückschrecken. Dabei ist einer der Drogengärtner der eigene Sohn. Sarah, Sten, Adam: Alle drei kämpfen für ihre je eigene Definition vom bedingungslosen Herr-sein-im-Eigenen. Blut wird fließen. Scheitern werden sie alle. Wahnsinnsliteratur!

Michael Köhlmeier: *Das Mädchen mit dem Fingerhut. Roman,* München: Hanser 2016. 140 S., 18.90 €

Köhlmeier ist gleichen Alters wie Boyle und ähnlich prominent. 10000 km trennen die beiden Schriftsteller voneinander. Köhlmeier schreibt wie ein Besessener, mehrere Bücher pro Jahr. Klar, daß nicht jedes eine furiose Meisterleistung wie sein *Joel Spazierer* (*Sezession* 62 /2014) sein kann. Das kleine Mädchen mit dem Fingerhut nun ist, zwar märchenhaft gefaßt und nie dezidiert so benannt, in Wahrheit ein »minderjähriger unbegleiteter Flüchtling« (MuFl), wie sie derzeit zu Zigtausenden durch deutsche Lande treiben. Mit zwei größeren MuFl-Jungs ist sie aus dem Kinderheim ausgerissen. Sie irren durch Städte und Wälder, frierend, hungernd, sich dem nur halbherzigen staatlichen Zugriff vehement entziehend, aber keineswegs ziellos: Irgendwo soll da ein Haus stehen, deren reiche Eigentümer im Süden überwintern. Da könnte man sich es gutgehen lassen: die Speise-

kammer plündern, gammeln, zocken!
Bald verblaßt auch dieser dumme Traum, die Kinder verlieren sich. Das arme, süße Mädchen hat es qua Alter und Geschlecht leichter als seine beiden wortkargen Kumpanen: In der heranwachsenden Virilität, den dunkeln, buschigen Augenbrauen der Knaben wird selbst für mitleidige Autochthone (ja, man gibt gern Almosen!) eine stille, düstere Gefahr fühlbar. Sie sind »bereits zu alt für Mitleid und Rührung«. Eine Frau nimmt sich der krank gewordenen, im winterlichen Gewächshaus aufgefundenen Kleinen an: »Mein armes Kind, sagte die Frau, gut, daß du zu mir gekommen bist.« Das Mädchen darf baden, essen, lernen: »Sag Oma zu mir. Das ist leichter als Renate. Oma. Sag Oma.« Oma Renate hat nun einen Schatz. Und wie sie den hütet! Über Monate bleibt die Zimmertür verschlossen, das niedliche Objekt wird gehegt und gepflegt. Doch der Schatz glänzt nur durch das gestärkte Hemdchen und die Perlmuttknöpfe, nach innen ist er stumpf. Dieses Mädchen und seine Freunde sind Seelenbrüder der Zwillinge aus Ágota Kristófs *Das große Heft* oder der kindförmigen Krieger aus dem Film *Die Frau, die singt* (2010): Kinder, die nie spielen, die rauh sind und roh, die nur eines wollen: durchhalten. Solche Kinder gleichen jenen Muscheln, die gelegentlich an den Strand geschwemmt werden, fest verschlossen, kaum zu öffnen. Gelingt die Öffnung, sieh da: Das Innere ist faul und stinkt bereits. Oma Renate kann es nicht abwenden, und ihren egomanen Traum nach einem duftenden Schätzchen als Kindersatz muß sie bitter bezahlen. Am Ende liegt sie leblos »über der Schwelle wie ein langer flacher grauer Hügel«. Und das Mädchen? Ist wieder unter Seinesgleichen. »Noch sind die Nägelchen weiß und rosa und sauber abgezwickt und rund gefeilt.« Michael Köhlmeier hat uns eine in mehrfacher Hinsicht merkwürdige Geschichte erzählt.

Ellen Kositza

Hollywood-Nationalsozialismus

Werner Bräuninger: *Kühnen. Porträt einer deutschen Karriere. Die Biographie,* Bad Schussenried: Gerhard Hess 2016. 718 S., 39.80 €

Ein authentischer Anführer ist in der Lage, seine Gefolgschaft dazu zu bringen, Unterordnung als Akt der Freiheit zu begreifen. Als eine solche Führungsgestalt wurde im bundesdeutschen Neo-Nationalsozialismus Michael Kühnen wahrgenommen. Auch 25 Jahre nach seinem Tod gibt es Strömungen, in denen der Mythos fortlebt. Dabei wissen wenige Näheres über Leben und Schaffen des selbsterklärten »revolutionären Nationalsozialisten«. Es ist verdienstvoll von Werner Bräuninger, einem Kenner der NS-Geschichte und ihrer Widersprüche, ein Porträt vorgelegt zu haben.

Kühnen wurde 1955 in Bonn-Beuel geboren, besuchte das »Collegium Josephinum« und ging nach dem Abitur zur Bundeswehr nach Hamburg. Dort lernte er Wolf-Dieter Eckart kennen, einen Hardliner, der »Hitlerglauben als Religion« begriff. Von ihm übernahm Kühnen den Fetisch, »J. d. F.« (Jahr des Führers) in Schriftdokumenten zu verwenden, um zu signalisieren, daß mit dem Geburtsjahr Hitlers eine neue Zeitrechnung begonnen habe. Kühnen wirkte fortan als Streiter für eine Wiederzulassung der NSDAP und wurde aus der Bundeswehr ausgestoßen. Die gewonnene Zeit nutzte er, um verschiedene Gruppen zu gründen. Kühnens Wirken war gekennzeichnet durch Drang nach Aktion und Selbstdarstellung; stetige Medienpräsenz war das Ziel. Dies gelang zu dem Preis zahlloser Festnahmen und einer Haftzeit, die er etwa zur Niederschrift seines Pamphlets *Die zweite Revolution* nutzte.

Über die organisatorischen Versuche Kühnens, seine Propagandafahrten und die internen Zerwürfnisse innerhalb der damals maximal tausend Aktivisten umfassenden NS-Szene erfährt man viel. Auch über Kühnens Tod infolge seiner AIDS-Erkrankung im Jahre 1991 trägt der Autor bis dato Unbekanntes zusammen. Ohnehin hat Bräuninger in einer Fleißarbeit zahlreiche Gespräche mit Freund und Feind aus Kühnens kurzem Leben geführt, um die Biographie mit den Mitteln einer *oral history* verorten zu können. Auch zum Themenkomplex Homosexualität wird ausgiebig geschrieben.

Kühnen erscheint bei Bräuninger als Ästhet, dessen Homosexualität altgriechisch fundiert sei. Bräuninger beschreibt, wie Kühnen die »Knabenliebe« in seinem temporären Pariser Exil mit einem Strichjungen praktizierte und schildert Kühnens pseudonyme Mitarbeit am vulgären pädo- und homosexuellen Organ *Gaie France*. Die größte Liebe Kühnens sei übrigens ein thailändischer Knabe gewesen, für den er eine Aufenthaltsgenehmigung zu erstreiten versuchte, während zeitgleich seine Gefolgsleute die hessische Stadt Langen »ausländerfrei« machen wollten.

Wie paßt das zum ethischen Ausweg eines antiken, gleichgeschlechtlichen Eros? Relativierungen dieser Art sind nicht das einzige störende Element in Bräuningers Werk, das durchzogen ist von unpassenden Vergleichen: Eine ausgeartete Hitlergeburtstagsfeier 1983 wird verglichen mit literarischen Abenden bei Ernst Jünger in den Zwanzigern, Aussagen Kühnens mit Aussagen Jüngers oder Rolf Schillings, Kühnens in Phantasieuniformen ummantelter Aktionismus mit Henry de Montherlants *Nutzlosem Dienen,* Kühnens HIV-Infizierung mit Ulrich von Huttens Syphilis, Kühnens Tod mit demjenigen Bismarcks, das Todesalter Kühnens mit einer Bemerkung Gottfried Benns, und dann auch noch Kühnen mit Dutschke. Übertroffen wird dieses Kuriositätenkabinett durch Dutzende Analogien zu Hitlers Lebensweg. Diese Gleichnisse verraten mehr über Bräuningers Forschungsinteressen als über Kühnens Lebenswerk, zu dem der Autor auch richtige Gedanken formuliert. Die Biographie räumt mit der Vorstellung Kühnens als »linkem Nationalsozialisten« auf. Richtig ist vielmehr, daß Kühnen weder Schriften von Otto noch von Gregor Strasser kannte, geschweige denn von Herbert Blank oder Richard Schapke. Es überrascht kaum, daß Kühnens Inhalte der 1980er Jahre unendlich weit hinter dem Erkenntnisstand blieben, den die Genannten bereits 50 Jahre vorher formulierten. Kühnen erdachte eben keinen Nationalsozialismus »nach Hitler«, sondern agitierte für eine Karikatur desselbigen unter bundesdeutschen Gegebenheiten; ein Umstand, der nicht leugnet, daß er sich für seine Sache aufopferte, ein begabter Rhetoriker war, Medien zu nutzen wußte und charismatisch wirkte. Es verwundert nicht, daß die einzigen intellektuellen Ausflüge, die Kühnen unternahm, nicht innerhalb des eigenen Milieus vonstatten gingen, sondern einerseits in einem Dialog mit dem jüdischen Linksliberalen Erich Fried und andererseits in einer Gastrolle in Hans-Dietrich Sanders Zeitschrift *Staatsbriefe* zu finden sind. Es sind dies die stärkeren Abschnitte in Bräuningers Studie, mit der sich weder Verlag (die Aufmachung ist plump, auf Lektorat wurde verzichtet) noch Autor einen Gefallen getan haben.

Das Werk entmystifiziert Kühnen als Produkt seiner Zeit: inhaltlich der spröde Aufguß eines verblichenen Hitlerismus, habituell die Parodie der Sturmabteilungen (SA); summa summarum das Zerrbild einer fundamentaloppositionellen Bewegung und das perfekte Objekt medialer Skandalisierung.

Benedikt Kaiser

Diese Last!

Marcello La Speranza: *Brisante Architektur. Hinterlassenschaften der NS-Zeit: Parteibauten, Bunker, Weihestätten,* Graz: Ares 2015. 240 S., 29.90 €

Wer angesichts des Buchtitels inhaltliche Brisanz erwartet, dürfte enttäuscht werden. *Brisante Architektur* ist ein weitgehend braves Buch, das den geschichtspolitischen Konsens allenfalls punktuell ein wenig verläßt, um seinem Darstellungsgegenstand eine gewisse Anerkennung zu zollen. So ist die Publikation des Wiener Historikers Marcello La Speranza vor allem als Einführung in das Thema NS-Architektur zu verstehen, gut geeignet für jene, die bislang noch wenige Kenntnisse von diesem Aspekt der Kunstgeschichte haben. Dem dient auch die umfangreiche, meist farbige und ansprechend gestaltete Bebilderung des Buches, die zahlreiche Bauten der NS-Epoche sinnlich vorstellt. La Speranza erläutert selten, weshalb er bestimmte Gebäude der NS-Zeit präsentiert, während andere keine Erwähnung finden, beispielsweise die Theater in Saarbrücken und Dessau. Der Leser muß die vorgestellten Gebäude somit als Auswahl von typischen Beispielen verstehen. Darunter findet man die gesprengte Neue Reichskanzlei in Berlin und die erhaltenen Münchner Parteibauten. Das »Haus der Deutschen Kunst« ist ebenso zu sehen wie das Nürnberger Zeppelinfeld oder das Weimarer Gauforum. Weitere Kapitel widmen sich einigen Kultstätten, Industriebauten, Wohnsiedlungen, Kasernen, Konzentrationslagern und Ordensburgen. Der Umfang des Kapitels über Bunkeranlagen ist ein Hinweis darauf, daß dies das eigentliche Steckenpferd des Autors ist. Kritisiert der Autor in seiner Einleitung die stereotypen Abwertungsfloskeln, mit denen in vielen Publikationen pauschal die angeblich »einschüchternde« oder »größenwahnsinnige« NS-Architektur belegt wird, so bedient er diese im späteren Text teils selbst. So ist von »historisch belasteten« Gebäuden die Rede, ohne zu fragen, wie sich denn solche »Last« auf Wände, Räume und Dachziegel übertragen kann. Oder er behauptet, die Wohnbauprogramme der NS-Zeit hätten auch »gegenseitige soziale Kontrolle, d.h. Überwachung« gewährleistet. Inwieweit das propagiert wurde und sich real auswirkte, wird ebenso wenig dargelegt, wie der Frage nachgegangen, ob eine gewisse soziale Kontrolle nicht innerhalb vieler Wohnbauprojekte, auch solcher mit Bauhaus-Optik, zwangsläufig stattfindet. Da sich La Speranza auf die Darstellung der unterschiedlichen Bauaufgaben in den zwölf Jahren der NS-Herrschaft beschränkt, dringt er leider kaum in die Tiefe der damit verbundenen Fragestellungen ein. Zum einen ordnet er die in jenen Jahren beliebten Baustile nicht ausreichend in den internationalen Kontext der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ein. Ausführlichere Bild-Vergleiche vom amerikanischen Neoklassizismus bis zum stalinistischen Bauwesen der Sowjetunion und der frühen DDR hätten die Frage aufwerfen können, inwieweit die NS-Bauten wirklich »gebauten Nationalsozialismus« verkörperten? Ähnlich hilfreich wäre eine historische Einordnung des Heimatschutzstils gewesen, der sich bereits vor, aber auch nach der NS-Zeit großer Beliebtheit im Wohnungsbau erfreuen konnte. Zum anderen verbaut sich La Speranza mit dieser Fixierung auf zwölf Jahre die interessante Frage, was uns die Erzeugnisse dieser Bauepoche auch heute noch zu sagen haben? Kann uns eine Wiederanknüpfung an Teile dieser Tradition aus dem Dilemma der Moderne mit ihren Flachdachblocks, Strichcode-Fenstern, Aluminium-Lamellen und Styropor-Dämmplatten befreien? Finden womöglich bereits heute kleine Anknüpfungen statt, wenn man zum Beispiel einige Arbeiten Christoph Mäcklers betrachtet? Das wären allerdings Fragen für eine tiefer in die Materie dringende Publikation.



Claus-M. Wolfschlag

Strategie der Spannung

Willi Baer, Karl-Heinz Dellwo (Hrsg.): *Verdeckter Bürgerkrieg und Klassenkampf in Italien Band II – Die sechziger Jahre. Revolte und Strategie der Spannung,* Hamburg: Laika 2015. 424 S., 29.90 €

Die von Willi Baer und dem ehemaligen RAF-Terroristen Karl-Heinz Dellwo herausgegebene *Bibliothek des Widerstands* ist ein inzwischen auf 32 Bände angewachsenes enzyklopädisches Monumentalwerk zur Geschichte der linken Bewegungen, insbesondere der sechziger und siebziger Jahre. Dem »Verdeckten Bürgerkrieg und Klassenkampf in Italien« widmete der stramm rote Verlag bereits zwei voluminöse und reich bebilderte Bände. Der jüngste Band konzentriert sich auf die Jahre 1967–68, mit einem Schwerpunkt zum Bombenattentat auf der Mailänder Piazza Fontana am 12. Dezember 1969 und seinen Folgen. Der Anschlag kostete 17 Menschenleben und gilt als Beginn der von italienischen Geheimdiensten, der NATO-»Stay-Behind«-Organisation Gladio und den Strippenziehern der Geheimorganisation Propaganda Due orchestrierten »Strategie der Spannung«. Der Ansturm gegen den Staat durch sich radikalisierende Studenten- und Arbeiterproteste, der Ende der sechziger Jahre seinen Höhepunkt erreichte, sollte neutralisiert

werden; um die Stimmung im Land gegen die Roten zu kippen, wurden gezielt terroristische Aktionen unter »falscher Flagge« inszeniert. So auch in Mailand, wo dem Anarchisten Giuseppe Pinelli die Rolle des »fall guy« zugeschanzt wurde, und zwar buchstäblich: er stürzte unter ungeklärten Umständen aus dem fünften Stock des Polizeipräsidiums. Tatsächlich ging das Attentat auf das Konto der faschistischen Organisation Ordine Nuovo, die sich zum Erfüllungsgehilfen des »Staatsterrors« machen ließ. Von besonderem Interesse ist hierzu der Beitrag des Historikers Mimmo Franzinelli, der die Verstrickungen zwischen Schwarzhemden und Geheimdiensten beleuchtet. Die Mitglieder des ON waren zum Teil schillernde Figuren: sein Kopf Pino Rauti war ein Anhänger Julius Evolas, Franco Freda eine Art »Nazi-Maoist«, der die extremistischen Kräfte von links und rechts bündeln wollte, um den »Zerfall des Systems« zu beschleunigen, während Mario Merlino antiklerikale und katholische, anarchistische und faschistische Gruppen frequentierte. Eine Zerrissenheit und Identitätssuche, in der Franzinelli eine generelle Zeitsignatur sieht: »All dies ist schwer verständlich für jemanden, der diese an Erschütterungen reiche Periode, in der es scheint, als müsse die kulturelle und politische Ordnung von heute auf morgen zusammenbrechen, nicht erlebt hat.« Wie alle Bände der *Bibliothek* ist auch dieser mit einer DVD-Zugabe ausgestattet, die rare Filmdokumente enthält, darunter ein besonderer Schatz, den der Laika-Verlag zusammen mit der Cineteca di Bologna gehoben hat: *Der 12. Dezember* (1972) ist ein lange »verschollener« Film, an dem kein Geringerer als Pier Paolo Pasolini maßgeblich beteiligt war. Ausgehend vom Kriminalfall um Pinelli gerät er ansatzweise zu einer Art soziologischen Umschau quer durch Italien, läßt einfache Leute zu Wort kommen. Besonders in diesen Szenen ist die Handschrift des Autors unverkennnbar. Der Film entstand in Zusammenarbeit mit der linksradikalen Gruppe Lotta Continua (»Ständiger Kampf«), für die Pasolini Sympathien hegte, der er aber wie allen einschlägigen Gruppen dieser Zeit mit solitärer Distanz gegenüberstand. Auch er, der sich von den revolutionären »Illusionen« seiner Jugend bereits verabschiedet hatte, war von der inneren »Zerrissenheit« seiner Epoche geprägt: zur gleichen Zeit wie das in rohem Schwarzweiß gefilmte Dokument drehte er deftige, scheinbar der Politik den Rücken zukehrende Publikumsschlager wie »Decamerone«. Unterdessen wuchs sein Pessimismus, Mailand erschien ihm als das Vorspiel einer wahrhaft »apokalyptischen« Zukunft.

Martin Lichtmesz

Du darfst!

Florian Asche: Tiere essen dürfen. Ethik für Fleischfresser, Melsungen: Neumann-Neudamm 2015. 224 S., 16.95 €

»Von ungefähr 7000000 Vegetariern und annähernd 500000 Veganern in Deutschland ist der größte Teil unter 35, weiblich und stammt aus einem städtischen Umfeld.« Und weil diese jungen Damen in ihrem urbanen Umfeld einen erheblichen Predigereifer entfalten, könnte man dem Jagdrechtsspezialisten Florian Asche auf den ersten Blick einen neuen Legalitätskurs unterstellen, wenn er nach seinem vorwitzigen *Jagen, Sex & Tiere essen* (siehe *Sezession* 51) nun eine Ethik für Fleischfresser zu formulieren sich anschickt. Ausgehend von einer blumig imaginierten, doch so oder ähnlich durchaus vorstellbaren Grillfeier, die aufgrund einer pubertierenden Tierrechtsaktivistin völlig eskaliert, ist es Asche schnell um die Dekonstruktion des fanatischen Anthropomorphismus zu tun, der nicht nur die Mitmenschen vom Fleischkonsum wegmissionieren will, sondern in letzter Instanz auch die Übertragung der Menschenrechte mindestens auf Primaten fordert und seine aggressive Umsetzung in digitalen Morddrohungen gegen Zooangestellte und durch in Tierversuchen erprobte Medikamente gerettete Kranke findet. Von Aktivisten solcher Organisationen wie PETA (People for the Ethical Treatment of Animals) und der militanten ALF (Animal Liberation Front; in den USA als terroristische Vereinigung eingestuft) ganz abgesehen, die sich etwa durch die Sabotage von Hochsitzen und das »Befreien« von Farmtieren, die in freier Wildbahn in der Regel dann jämmerlich verrecken, auszeichnen.



Puristische Theoretiker werden in Asches Werk kaum eine Erfüllung finden: Der Autor betont selbst, kein Interesse am Abfassen einer wissenschaftlichen Monographie zu haben, obgleich er seinem Buch ein Literaturverzeichnis mit weiterführenden Tips von Victor Klemperer bis Deutscher Bischofskonferenz beigibt. Sein Duktus folgt eher freien Assoziationen, etwa über die geistigen Wurzeln der fanatischen Tierrechtler-Antihaltung. Es gebe eben kaum noch etwas, das auf Rebellion fokussierte Jugendliche bekämpfen könnten. So sei nun also das Tier in allen Formen an die Stelle des nach Befreiung gierenden, edlen Wilden getreten. Da mit zur Kommunikation unfähigen Kreaturen aber schlecht moralisieren ist, wurzelt das Engagement der Aktivisten in einer Projektion menschlicher Eigenschaften und Emotionen – insbesondere des Leids – in Nutztiere hinein. Um diese wissenschaftlich unhaltbaren Argumentationen zu widerlegen, bewegt sich Asche bis in den aktuellen Stand der Neuroanatomie hinein: an den Angelhaken geratene Fische etwa können zwangsläufig keinen

Schmerz empfinden, da ihnen die hierzu notwendigen Nozizeptoren fehlen. Ein lebendes Wesen an einem Metallhaken in die Höhe zu reißen, ist damit vielleicht »unmenschlich« – aber eben nicht »unfischlich«. Wären da nicht Ärgernisse wie das Kapitel über »Vegafaschismus«, das ebenso wie andere oberflächliche Vergleiche (»Antifa-SA«, »Islamofaschismus«) die Nazikeule gegen Nazikeulenschwinger schwingt, wäre Florian Asche ein angenehm lockeres Buch zur Beruhigung zaudernder Fleischgenießer gelungen. So bleibt immerhin ein lohnender Einblick in die Argumentationsschwächen vorgeblicher Weltverbesserer und die nicht allein auf Tierrechtler beschränkte Beschreibung verklärter Bestmenschengesichter: »Es war das pure Wohlgefühl, für etwas kämpfen zu können, gegen etwas zu sein und dabei mit anderen das Schicksal zu teilen.«

Nils Wegner

Transzendentalverfassungsrecht

Álvaro d'Ors: *Gemeinwohl und Öffentlicher Feind*. Herausgegeben und mit einer Einführung versehen von Wolfgang Hariolf Spindler, Wien: Karolinger 2015. 128 S., 19.90 €

Álvaro d'Ors wird wenigen Deutschen ein Begriff sein. Carl-Schmitt-Leser kennen ihn als dessen Freund und kritischen Kommentator. Bei dem karlistisch geprägten Mitglied der spanischen Elite während der Franco-Regierung liegt eine gewisse geistige Verwandtschaft mit dem Plettenberger Großdenker nahe. D'Ors war aber weit mehr als ein staatsphilosophischer Gelehrter. In erster Linie war der vielfach geehrte Juraprofessor, der unglaubliche 50 Jahre lang lehrte, ein Experte für Römisches Recht, außerdem mit dem kanonischen Recht bestens vertraut. Im nun erstmals auf Deutsch erschienenen Buch *Gemeinwohl und Öffentlicher Feind* befaßt er sich mit einem Thema an der Grenze von Recht, Theologie und Philosophie. »Gemeinwohl« wird meist im Sinne des öffentlichen Wohls, vielleicht gar utilitaristisch im Sinne des größten Wohls der größten Zahl aufgefaßt. Dagegen legt Álvaro d'Ors im ersten Teil seines Alterswerks dar, warum der Begriff nicht positivrechtlich verstanden werden kann, wenn man »Wohl« ernst nimmt, und warum die Identifikation des Wohls einer Gruppe, und sei es eines ganzen Staates, mit dem »Gemeinwohl« aus der Perspektive des Naturrechts nicht überzeugen kann. Gemeinwohl, so der sichtlich katholisch geprägte Jurist, ist entweder aufs Ganze (*orbis* statt *urbs*) gerichtet, oder es hat überhaupt keinen Sinn, davon zu sprechen. Aus seiner Auffassung heraus problematisiert er die sogenannten Menschenrechte und entwickelt ein staatsfernes, subsidiäres (aber keineswegs anarchisches, sondern im Gegenteil sehr ordnungsbezogenes) Modell möglicher Verfassung. Das sind zwar nur Ansätze und Hinweise, aber man liest sie mit Gewinn. Im zweiten Teil behandelt d'Ors das wichtige Thema öffentlicher Feindschaft. Den öffentlichen Feind grenzt er zunächst vom öffentlich sichtbaren Privatfeind sowie vom Kriminellen ab, vergißt dabei aber nicht, daß auch der Kriminelle als öffentlicher Feind gelten mag und behandelt werden kann. Kaum ein Aspekt des schwierigen juristischen Problems an der Grenze überhaupt legitimierbarer Legalität bleibt unbetrachtet, wenn auch die meisten Abschnitte sehr kurz sind. Die Ausführungen über Bürgerkrieg, den Wandel des Krieges, neue Konfliktformen usw. lesen sich trotz der Knappheit sehr gut und halten manchen wertvollen Gedanken bereit. Dieser zweite Teil des Büchleins eignet sich als Einführung in die wichtigsten Probleme des Völkerrechts, wenn auch nur als allererste. Mit d'Ors' Rüstzeug wird man weiterführende Literatur, z.B. von Carl Schmitt, besser einordnen und bewerten können.

Ein besonderes Lob muß der Einführung und den kritischen Kommentierungen des Herausgebers Wolfgang Spindler gelten, die das Buch erst zu seinem vollen Nutzwert führen. Die Anmerkungen sind extrem detailliert, enthalten sehr viel Literatur und zeigen, wie genau Spindler gearbeitet hat. Eine bessere editorische Leistung ist kaum denkbar.

Konrad Gill

Präventivkrieg 1941

Bernd Schwipper: *Deutschland im Visier Stalins: Der Weg der Roten Armee in den europäischen Krieg und der Aufmarsch der Wehrmacht 1941*, Gilching: Druffel & Vowinckel. 2015. 552 S., 24,80 €.

Die Frage, ob Deutschland am 22. Juni 1941 mit seinem Angriff der Sowjetunion zuvorgekommen war, ist nach wie vor Gegenstand historischer Diskussionen. Bis 1989 waren es vor allen Dingen Dokumente und Erinnerungen deutscher Herkunft, die Indizien dafür lieferten, daß Stalin seinen Bündnispartner Hitler 1941 angreifen wollte. Mit den Publikationen des exilierten GRU-Offiziers Wladimir Resun alias Viktor Suworow trat die Kontroverse in eine neue Phase. Suworows Verdienst war, daß er eine große Anzahl frei zugänglicher sowjetischer Quellen präsentiert hatte, die den Topos vom »Überfall auf die friedliche Sowjetunion« in Frage stellten. Weitere Arbeiten deutscher Forscher wie Walter Post, Joachim Hoffmann, Werner Maser oder Stefan Scheil rundeten das Bild von der hochgerüsteten, angriffsbereiten Roten Armee ab, zumal sie sich auf russische Quellenpublikatio-

nen stützen konnten, in denen u.a. die sowjetischen Aufmarschanweisungen veröffentlicht worden waren. Die etablierte Historikerzunft sah sich daher veranlaßt, dem drohenden Verlust ihrer Diskurshoheit mit einigen Veröffentlichungen entgegenzutreten. Ihr Hauptargument: Man habe keinen Befehl Stalins vorlegen können, als hätte es im totalitären Sowjetreich wesentliche politische und militärische Entscheidungen – etwa die Verlegung Dutzender Armeen an die Westgrenze – ohne Zustimmung des Kreml-Diktators geben können. Den meisten dieser Arbeiten mangelte es zudem an dem nötigen militärischen Wissen, um die Quellen sachgerecht zu deuten. Das ist bei Bernd Schwipper anders. Der Autor, Generalmajor a.D. der NVA, promoviert an der Militärakademie »Friedrich Engels« in Dresden und ausgebildet an der Akademie des Generalstabes der Sowjetunion in Moskau, hat genaue Einblicke in Aufbau und Funktion militärischer Verbände, spricht perfekt russisch und kennt die Sowjetarmee aus eigenem Erleben. Er präsentiert mit Hilfe zahlreicher Karten, Tabellen und Dokumente die umfangreichen sowjetischen Maßnahmen und Befehle, die dem größten Truppenaufmarsch der Weltgeschichte vorausgingen. Die in zehn Kapiteln gegliederte Arbeit befaßt sich u.a. mit der Dislozierung der Roten Armee im Westen, der Entscheidung zur militärischen Offensive, Umstellung der Rüstungsindustrie auf Krieg, den sowjetischen Angriffsplanungen und dem Vorbefehl Stalins vom 11. Juni 1941, der anordnete, »zum 1. Juli 1941 zur Durchführung von Angriffsoperationen bereit zu sein«. Dieser Befehl, 2004 erstmals vom russischen Historiker Igor Bunitsch veröffentlicht, müsse nach Schwippers Quellenkritik als echt angesehen werden, denn er sei das fehlende Bindeglied, das alle politischen und militärischen Maßnahmen der UdSSR in den Jahren 1939 bis 1941 plausibel mache. Diese hatten nur ein Ziel: die Revolution nach Westeuropa zu tragen.

Olaf Haselhorst

Vom Nutzen der Viktimisierung

Daniele Giglioli: *Die Opferfalle. Wie die Vergangenheit die Zukunft fesselt,* Berlin: Matthes & Seitz 2015. 126 S., 14.90 €

Opfer zu sein lohnt sich: Wer etwas erleidet, hat in unserer Gesellschaft nicht nur Anspruch auf Mitleid, sondern auch auf Ansehen und materiellen Ausgleich. Der Opferstatus erlangt auf diese Weise eine gewisse Attraktivität, sodaß die Versuchung groß ist, sich die Opferrolle einfach anzueignen. Nun ist aber längst nicht jedes Opfer willkommen – schon in mythischen Zeiten waren die Götter wählerisch und lehnten manches Opfer ab. Die Götter sind entschwunden, doch die Ungleichbehandlung der Opfer ist geblieben. Opfer linker oder migrantischer Gewalt etwa können hierzulande nur sehr begrenzt auf Zuspruch hoffen. Es ist vor allem ein bestimmter Opfertypus, der heute gern gesehen ist: der »Flüchtling« unserer Tage repräsentiert das zeitgeistkonform idealtypische Opfer. Zum Flüchtling wurde er aufgrund westlicher Aggression – die reicht vom Imperialismus und Kolonialismus vergangener Tage über die politisch, ökonomisch oder militärisch begründete Intervention westlicher Mächte in ethnische oder religiöse Konflikte bis hin zur Ausbeutung durch Tourismus und Handel. Kommt man aus einer dieser Regionen, hat man die Opferlizenz schon in der Tasche. Ist der Flüchtling unter (oft nur unterstellter) Lebensgefahr und Aufbietung aller finanziellen Kräfte seiner Sippe mit Hilfe von Schleusern schließlich in Europa angekommen, erfährt er als Opfer eine weitere Veredelung: Er wird aufgrund seiner Herkunft, seiner Hautfarbe, seiner kulturellen Eigenarten ausgegrenzt, verachtet, missachtet und damit zum Opfer alltagsrassistischer Ideologie und – sofern es dabei handgreiflich wird – gar zum »Opfer rechter Gewalt«, was die derzeit höchstmögliche Auszeichnung sein dürfte. Ein solcher Opferstatus ist quasi unangreifbar – das zeigt nicht zuletzt das Beispiel jener Linken-Politikerin, die Ende Januar von »Geflüchteten« vergewaltigt wurde und sich danach auf Facebook bei den Tätern entschuldigte: »Für uns beide tut es mir so unglaublich Leid. Du, du bist nicht sicher, weil wir in einer rassistischen Gesellschaft leben. Ich, ich bin nicht sicher, weil wir in einer sexistischen Gesellschaft leben.« Opfer zu sein, immunisiert gegen jede Kritik. Es gibt Opferstolz, Opferkonkurrenz, Opferneid. Die Pervertierung der Opferrolle im Zeichen irregeleiteter Humanität und hyperventilierender Moral ist politische Leitkultur – nicht zuletzt auch mit Blick auf die deutsche Vergangenheit. Eine große Schwäche des Opferkults besteht freilich darin, daß die ständige Wiederholung der Vergangenheit die Perspektive auf die Zukunft ausschließt. Daniele Giglioli, Dozent für Vergleichende Literaturwissenschaft an der Universität Bergamo, geht diesen Zusammenhängen in einer lesenswerten Abhandlung nach. Im Zentrum steht die Frage, wie es dazu kommen konnte, daß die an sich nicht beneidenswerte Position des Ohnmächtigen zu etwas ungeheuer Machtvollem werden konnte, das sogar Identität stiftet: Man ist, was und wer man ist, als Opfer. Genauer: als Opfererzählung, denn Identität ist Narrativ. Giglioli widmet sein Büchlein jenen Opfern, die keine mehr sein wollen.

Lutz Meyer

Komplexitätsreduktion

Werner Mäder: *Die Zerstörung des Nationalstaates aus dem Geist des Multikulturalismus,* Graz: Ares 2015. 79 S., 9.95 €

Ein Buch solch gewichtigen Titels und bedeutenden Themas aus einem geschätzten Verlag kann der Leser nicht ohne Neugierde erwarten. Der erste Eindruck irritiert: Der Band ist so dünn und groß gedruckt, daß er auch einen längeren Aufsatz hätte abgeben können. Daß man in diesem Umfang dem Thema kaum gerecht werden kann, versteht sich fast von selbst. Für Werner Mäder ist der Multikulturalismus »eine der vielen anglo-amerikanischen Modetorheiten, die mit zeitlicher Verzögerung (…) nach Europa kam und in der Bundesrepublik besonders gründlich und inbrünstig aufgegriffen wurde«. Dabei ist doch mit dieser Reduzierung aufs Modische der Multikulturalismus als Bestandteil eines komplexen ideologischen Geflechts, als Sieg des seltsamen Zweckbündnisses zweier gleichermaßen globaluniversalistischer expansiv-revolutionärer Weltanschauungen (entorteter Liberalkapitalismus und moderner Hedonistensozialismus) nicht annähernd angemessen beschrieben! Das weiß Mäder, Rechtspraktiker mit jahrzehntelanger Erfahrung, zweifelsohne. Glaubt er, das seinen Lesern nicht zumuten zu können? Ist das noch didaktische Komplexitätsreduktion oder schon didaktisches Versagen? Kurz: über die Hintergründe, die Beweggründe der Ideologieproduzenten, das große »Warum«, das zu klären doch die Bedingung für ein »Wogegen« wäre, erfährt man in dem Büchlein so gut wie nichts. So bedauert der Rezensent, über das leicht verständliche und mit vielen hilfreichen Fußnoten versehene Buch nichts Besseres sagen zu können, obwohl er doch nahezu jedem Satz darin zustimmen kann. Aber die extreme, dem riesig-komplexen Gegenstand nicht angemessene Kürze, gar Skizzenhaftigkeit und die fehlende Ursachenanalyse führen zumindest beim themenaffinen erfahrenen Leser kaum zu mehr als wohlwollendem Achselzucken. Für Einsteiger in das Thema, die einen ersten Zugang zu einer Multikulturalismuskritik aus nationalkonservativem Blickwinkel suchen, dürfte das Buch besser geeignet sein.

Konrad Gill

Faschist? Jünger?

Natalia Zarska (Hrsg.): *»Wir Slawen sind Genies des Leidens«. Wojciech Kunicki und Ernst Jünger: Briefe und Tagebücher,* Leipzig: Leipziger Universitätsverlag 2015. 199 S., 29 €

Der polnische Germanist Wojciech Kunicki (geb. 1955) beginnt seine Beschäftigung mit Ernst Jünger vor dem Ende des Kalten Krieges unter erschwerten Bedingungen. Am 31. Oktober 1985 wendet sich Kunicki erstmals mit drei Informationen an Jünger: Ihn interessiere vor allem die »Symbolik der geometrischen Formen« in dessen Werk, er habe gerade eine Übersetzung der *Marmorklippen* abgeschlossen (die wenig später auch erscheint) und er kündigt an, seine Habilitationsschrift über Jüngers Werk schreiben zu wollen. Unterstützt wird er darin vom deutschen Germanisten Karl Konrad Polheim, bei dem Kunicki während eines DAAD-Stipendiums in Bonn studiert hatte. Er kommentiert das Vorhaben in einem Brief an Jünger: »Es ist ja für die Deutschen beschämend, daß ein solches Unternehmen aus dem östlichen Ausland kommt …« Die Antwort übernimmt zunächst Jüngers Frau Liselotte, die das Vorhaben begrüßt, aber befürchtet, daß angesichts der politischen Verhältnisse kaum ein gerechtes Ergebnis erzielt werden kann. Dieser Brief hat Kunicki allerdings nie erreicht. Kunicki bleibt aber hartnäckig, und in der Folge scheint sich sein Interesse für Jünger auch in der damaligen DDR herumgesprochen zu haben, sodaß ihn 1986 eine Anfrage des Leipziger Historikers Gerald Diesner erreicht. Diesem geht es um eine Rundfunkansprache Johannes R. Bechers aus dem Jahre 1943, in dem sich dieser direkt an Jünger wendet mit dem Ziel, die Deutschen links und rechts des Nationalsozialismus gegen diesen zu mobilisieren. Diesner will von Kunicki wissen: »War Ernst Jünger ein faschistischer Schriftsteller?« Eine Frage, die Kunicki in seiner ausführlichen Antwort verneint. Weitere Querverbindungen entstehen bald zu dem österreichischen Lyriker Karl Lubomirski, später zu Armin Mohler und Rolf Schilling, womit Kunicki immer tiefer in die Netzwerke um Jünger involviert ist. Kunicki übersetzt in der Folge weitere Texte von Jünger, hat aber, aus unterschiedlichen Gründen, immer wieder Probleme, diese zu veröffentlichen. Wissenschaftlich beschäftigt er sich mit den *Stahlgewittern,* die bereits 1934 auf Polnisch erschienen waren. Ihm geht es um die verschiedenen Fassungen, die Jünger im Laufe der Jahre veröffentlicht hat (die Habilitationsschrift dazu erscheint 1993). Ab Oktober 1989 ist er als Stipendiat ein Jahr in Deutschland und besucht in dieser Zeit Jünger. Dazu hat Kunicki sich Notizen gemacht, die in dem vorliegenden Band ebenfalls abgedruckt sind und einen unverstellten Blick auf eine typische Besuchssituation bei Jünger gewähren.



Das Verhältnis von Jünger und Kunicki blieb einseitig. Den Bemühungen Kunickis um sein Werk stand Jünger zwar aufgeschlossen gegenüber, konnte an den Übersetzungen aber mangels Sprechkenntnissen keinen Anteil nehmen. Von Jünger enthält der Band daher lediglich

16 kurze Schreiben, die nicht besonders aussagekräftig sind. Die Veröffentlichung rechtfertigt sich dadurch, daß man Kunicki damit zum 60. Geburtstag gratulieren und damit seiner wichtigen Funktion als Jünger-Forscher Respekt zollen will. Durch die schöne Aufmachung des Buches (unter Verwendung der Goldwespe, Cleptes juengeri) und die zahlreichen Briefe Dritter, die für die Jünger-Rezeption jenseits des Eisernen Vorhangs wichtig sind, ist das auch gelungen.

Fritz Keilbar

Scheidewege der Staatlichkeit

Johannes Pauli: *Legitimitätsfassade. Zur Staatlichkeit der Deutschen,* Neustadt an der Orla: Reihe Telesma bei Arnshaugk 2015. 160 S., 18 €

Johannes Pauli, Rechtsanwalt aus der Oberpfalz, war den 2001 eingestellten *Staatsbriefen* Hans-Dietrich Sanders von 1990 bis 1997 eng verbunden. Gemeinsam mit anderen *Staatsbriefe*-Autoren erörterte Pauli die erneuerte Frage nach Legitimität und Souveränität der Bundesrepublik. Seine Legitimitätsfassade, deren Vorwort der ehemalige Staatsbriefe-Herausgeber verfaßt hat, stellt den Ausbau älterer Aufsätze hin zu einer systematischen Abhandlung von 160 eng bedruckten Seiten dar, die laut Sander einen Beitrag dazu leisten könne, »einen klaren Strich durch diese heimtükkische Rechnung zu ziehen« – die darin bestehe, trotz der westlichen Agonie zumindest Deutschland fortwährend niederzuhalten. Pauli bemüht die Klassiker der deutschen Staatsrechtslehre des 20. Jahrhunderts (Schmitt, Huber, Forsthoff), um die Legitimität deutscher Staatlichkeit von ihren frühesten Anfängen im Heiligen Römischen Reich deutscher Nation an zu analysieren. »Legitimität« steht dabei synonym für »Gerechtigkeit«, da bei mangelnder Legitimität »ein König und seine Gefolgschaft zur ›Räuberbande‹« würden. Besonderes Augenmerk verdient dabei die Reichsgründung 1871 mit ihrer *complexio oppositorum* einer monarchisch-demokratischen Doppellegitimation der Verfassung. Im Hinblick auf die Ereignisse nach der Novemberrevolution stellt Pauli den späteren Reichspräsidenten Ebert infolge seiner Niederschlagung der bolschewistischen Umsturzversuche in der Geburtsstunde der Weimarer Republik als Patrioten heraus, der sich »königlich bewährt« habe. Ja, die Weimarer Reichsverfassung sei sogar »im Grunde die beste Verfassung, die Deutschland jemals hatte« gewesen und Weimar immerhin souverän – »die BRD hingegen war und ist ein besetztes Elend«. Hieran schließen sich erhellende Definitionen zum Demokratiebegriff an sich (und den in der Bundesrepublik bereits ein gutes Stück weit beschrittenen Weg hin zu einer »totalitären Demokratie« vom Zuschnitt Rousseaus, in der nur der »aufgeklärte« Teil des Volks den Souverän stellt) sowie zur Stellung des Weimarer Reichspräsidenten an.

Zwei Drittel des Buchs gelten indes den Vorgängen seit 1945. Darunter sind Überlegungen zur staatlichen Wesenheit der Bundesrepublik unter Besatzung durch die Siegermächte, wie sie bis in die 1960er Jahre hinein von westdeutscher Seite in bezug auf die DDR angestellt wurden. Unter Rückgriff auf Hans Herbert von Arnim erläutert Pauli die Rechtsansicht, daß das Grundgesetz als Fundament der FDGO nicht legitimiert sei, ebenso wie den Unterschied zwischen geschriebener und Realverfassung im Sinne einer »Demokratie ohne Volk«. Desgleichen will der Autor mit Illusionen über die Arbeit von Verfassungsschutz und Bundesverfassungsgericht aufräumen: Beide hätten sich bei der »Umwandlung der BRD in einen tendenziell totalitären Parteien- und Gesinnungsstaat« in unrühmlicher Weise hervorgetan, wofür Pauli verschiedene Fälle von 1993 bis 2012 referiert.

Insgesamt liefert Paulis Werk eine Fülle von Einblicken in die staats- und verfassungsrechtlichen Wirkmechanismen der Bundesrepublik Deutschland, auch wenn seine Folgerungen in ihrer Systematik teils radikal erscheinen. Denkwürdig ist vor allem die Feststellung, daß auch das GG nach strenger Auslegung keinen Ewigkeitsanspruch hat, sobald das deutsche Volk als Souverän willens ist, sich eine neue Verfassung zu geben.

Nils Wegner

Volkston

Siegfried Suckut (Hrsg.): *Volkes Stimmen. »Ehrlich, aber deutlich« – Privatbriefe an die DDR-Regierung,* München: dtv 2016. 576 S., 26.90 €

Oft gehört in diesen Monaten: die Klage, daß der Ton rauher geworden sei, gerade im pseudonymen Meinungsaustausch. Ist das feige? Unerklärlich? Wie kommt's? (Auch) in dieser Hinsicht wirkt dieses Buch erhellend: Siegfried Suckut, langjähriger Abteilungsleiter in der Stasiunterlagenbehörde,hat 45 000 Blätter mit Briefen von Bürgern an die DDR-Regierung und ihre medialen Sprachrohre gesichtet.

All diese Schreiben sind Zeugnisse einer gestörten Kommunikation; sie wurden den Adressaten nie zugestellt. Das stilistische Spektrum der Briefinhalte reicht von primitiven Beleidigungen bis zu elaborierten Ausführungen. Gemein ist ihnen, daß die Schreiber nicht nur das Gefühl hatten, sie würden von ihrer Regierung belogen, schikaniert und manipuliert, sondern: daß die Geschichte sie, die Besorgten und Empörten, letztlich ins Recht setzen werde. 1970 etwa schrieb ein bekennender Antifaschist aus Meißen unter voller Namensnennung an das Zentralkomitee der SED: »Für wie dumm werden eigentlich ›unsere Menschen‹ gehalten. Die merken alles und wissen viel mehr als man denkt.« Der Hochmut der Oberen, das zeigt dieses dicke Buch sehr schön, kommt vor ihrem Fall.

Ellen Kositza

Nicht nur Knickerbocker für den Chef – Mohlers Briefe an Ernst Jünger

Armin Mohler: *Lieber Chef … Briefe an Ernst Jünger 1947–1961,* Schnellroda: Antaios 2016. 556 S., 44 €

Armin Mohler war ein elegant schreibender, weltgewandter Intellektueller, eine Spezies, die in der späten BRD zweifellos auf die Liste der bedrohten Arten gesetzt werden müßte. Sein kompromißloser Antiliberalismus blieb stets gekoppelt an eine persönliche Liberalität und Offenheit, die man bei sogenannten Liberalen kaum, bei den vermeintlich Linken der Gegenwart überhaupt nicht findet. So ist es kein Wunder, daß Mohler im Grunde seit den späten 1960er Jahren den großwestdeutschen Funktionseliten als Schwarzer Mann dienen mußte. Eigenständig denkenden und fragenden Leuten gleich welcher Couleur trat er stets offen und gastfreundlich entgegen, unter seinen Besuchern und Korrespondenten finden sich illustre und substantiell interessante Leute aus aller Welt. Mohlers schriftlicher Nachlaß wurde nach seinem Tod ins Deutsche Literaturarchiv nach Marbach am Neckar überführt, an die Seite der Nachlässe vieler, mit denen er Briefe gewechselt hatte, etwa die der Brüder Jünger. Daß jener Mohler und dieser Jünger den Nukleus einer klandestin operierenden deutschen Rechten gebildet hätten, ist ein Topos staatstragender Forschung in DDR und BRD seit jeher; angesichts dessen müßte man es längst als Desiderat betrachtet haben, die Korrespondenz dieser beiden schwarzen Solitäre unter den braven deutschen Schafen der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Es sollte also Erik Lehnert, dem Herausgeber des nunmehr zumindest in Teilen vorliegenden Briefwechsels, der Dank nicht nur der Aficionados, sondern auch der universitären Volkspädagogik gewiß sein. Freilich hat der Hausverlag Jüngers alles dafür getan, dieses Unternehmen zu erschweren. Die mündliche Zustimmung der Witwe Ernst Jüngers zur Publikation seiner Briefe an Mohler bei Antaios hat Klett-Cotta, inzwischen Inhaber der einschlägigen Rechte am Nachlaß, ignoriert und die Druckgenehmigung nicht erteilt. Eine historisch-kritische Ausgabe, die auch Jüngers Briefe in voller Länge erschließt und kommentiert, bleibt damit leider auch nach der verdienstvollen Leseausgabe Erik Lehnerts ein Desiderat.

Zu Wort kommt in der vorliegenden Edition eigentlich nur Mohler, während die Schreiben Jüngers in wenige Zeilen, manchmal zu kursorisch fürs bessere Verständnis, zusammengefaßt werden. Neben einführendem Vorwort und Anhang präsentiert der Band, in fünf Abschnitte gegliedert, die Korrespondenz Mohlers mit Jünger von Anfang 1947 bis 1961. Im Anschluß an die jeweiligen Abschnitte finden sich die Erläuterungen des Herausgebers: sie schlüsseln die Zusammenhänge der Briefe knapp auf.

Die Vorgeschichte und der Verlauf der Beziehung zwischen Mohler und Jünger ist bekannt, Karlheinz Weißmann hat sie bereits umrissen (vgl. *Sezession* 22).

Der Briefwechsel beleuchtet nun die Kernzeit dieser Zusammenarbeit zweier selbstbewußter Männer, die sich, trotz des deutlichen Unterschiedes in Alter und Erfahrungen, bei allem souveränen Respekt Mohlers von Anfang an als eine Begegnung auf Augenhöhe erweist. Freilich hat die Korrespondenz eine wechselnde Dichte und Qualität: Beginnt sie eher als typischer Alltagsbriefwechsel, der vor allem Verlagsbeziehungen, Rezeptionsfragen und materieller Unterstützung Jüngers aus der Schweiz gewidmet ist – man will in Kirchhorst etwa Knickerbocker tragen –, schreibt sich Mohler 1948 allmählich frei. In der Zeit seines Sekretariats bei Jünger in Ravensburg und Wilflingen dünnen die Briefe aus; als Mohler 1953 für die Schweizer *Tat* nach Paris geht, verdichten sich Frequenz und Substanz der Korrespondenz. Mohlers Grundtenor hinsichtlich des verehrten Autors ist schon beim Studenten klar zu vernehmen: So schreibt er 1947 als »Stimme des Lesers«, daß Jünger auf seine »frühen Werke kein Recht mehr« habe, sie nicht mehr ihm gehörten – dies wird dann auch rund 15 Jahre später jene Rezension Mohlers prägen, die zum Zerwürfnis zwischen dem alten und dem jungen Alphatier führte: Als unter dem Lektorat von Liselotte Lohrer, der zweiten Frau Jüngers, der erste Band der zehnbändigen Werkausgabe bei Klett erschien, jene frühen Werke in überarbeiteter Form enthaltend, vertrat Mohler, immer noch respektvoll, das Recht der Leser auf die wirkungsreiche »Originalfassung« der Texte.

Sein Blick auf den »Chef« blieb stets unbestechlich, Kritik wurde offen geäußert: Die erste Lektüre der *Strahlungen* sei »mit Gefühlen der Unlust und Unsicherheit verbunden«, schrieb er Jünger 1947, mit dem *Weltstaat* und anderem war er gar nicht einverstanden, und die Tendenz zur Kreisbildung um Jünger, »der Verein und die Sekte«, verscheuche »die freien Geister«. Dergleichen »Frechheiten« finden sich zuhauf, so daß sich der Band streckenweise recht unterhaltsam liest. Aufschlußreich ist Lehnerts Edition in jedem Fall: Sie erschließt jenes Netzwerk Jüngers weiter, das sich bereits in den publizierten Briefwechseln mit Schmitt, Nebel, Hielscher und Heidegger deutlich abzeichnete. Für Jünger-Philologen, aber auch Historiker zur Geschichte der Nachkriegszeit ist der Band bis auf weiteres unverzichtbar.

Adolph Przybyszewski

neues deutschland wird alt

Im abschließenden Teil seiner *Laden*-Trilogie hat der Schriftsteller Erwin Strittmatter mit der ihm eigenen Sprachvirtuosität geschildert, wie in der frühesten Zeit der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) auch in seinem deutsch-sorbischen Heimatdorf der Lausitz die verordnete Parität Einzug hielt. Gemeint war: Alle relevanten Posten in Verwaltung und Gesellschaft mußten durch altgediente Funktionäre beider Arbeiterparteien – SPD und KPD – besetzt werden. Das galt auch für die kommende Staatspartei und ihre Zeitung. Zunächst schritten am 22. April 1946 die sowjetisch instruierten Kader zur Tat und schufen die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED). Einen Tag später kreierten sie das Parteiblatt und nannten es – in Anspielung auf ein vormaliges Exilperiodikum – *Neues Deutschland (ND)*. Die ideologische Linie folgte von Beginn an sowjetischen Vorgaben: Debatten wurde nur spärlich – und dann lediglich nach Absprache mit der SED-Führung – Platz eingeräumt. Aufgrund der kurzen Leine galt das *ND* in weiten Teilen der DDR-Bevölkerung als bloßes Propagandainstrument; entsprechend wußte man, wie man welche Artikel zu lesen hatte. Im Wendejahr 1989 hatte das *ND* immerhin noch eine Auflage von 1,1 Millionen gedruckten Exemplaren. Nur die Konkurrenz der Freien Deutschen Jugend (FDJ), die Tageszeitung *junge Welt,* hatte mehr Leser (ca. 1,5 Mio. Auflage). Ende 1989 wählte man den Untertitel »Sozialistische Tageszeitung«, der bis heute das »neue« *ND* ziert, das sich nun klein schreibt und *nd* abgekürzt wird. Von der Mutterpartei hat sich die GmbH der Zeitung 2007 gelöst, *nd* gilt aber weiterhin als inoffizielles Parteiblatt, in dem sich der »gemäßigte«, Rot-Rot-Grün anvisierende Flügel austauscht. Im Gegensatz zur – nun kleineren, aber bissigeren – Konkurrenz der *jW* hat man allerdings nicht nur Leser verloren (die *nd*-Auflage liegt noch bei ca. 30000 Exemplaren, *jW* bei 19000), sondern auch eine klare Linie. Die Anpassung an den linksliberalen Mainstream unter dem profillosen Chefredakteur Tom Strohschneider hat dazu geführt, daß das *nd* im 70. Jahr seines Erscheinens vor allem eines ist: langweilig.



NEUES DEUTSCHLAND

Organ des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

USA-Präsident J.F.Kennedy von Ultras ermordet

Staatspolitische Salons in Berlin

Das Institut für Staatspolitik kann nach einer längeren Unterbrechung die Fortsetzung der Staatspolitischen Salons in Berlin ankündigen. In diesem Halbjahr wird es zunächst vier Termine geben, Beginn ist jeweils um 20 Uhr. Auftakt ist am 6. April, dann folgen der 11. Mai sowie der 8. und 29. Juni. Folgende Themen sind derzeit geplant: Ein Vortrag wird die Schlacht um Verdun thematisieren, die vor 100 Jahren tobte. Prof. Günter Scholdt nimmt sich der daran anschließenden »Autorenschlacht« an, die in der Weimarer Republik um die Deutung des Ersten Weltkriegs geführt wurde. Zwei weitere Abende sind Neuerscheinungen des Verlags Antaios gewidmet: Unter anderem stellt Erik Lehnert den dreizehn Jahre überspannenden Briefwechsel zwischen Ernst Jünger und Armin Mohler vor. Nähere Informationen (u.a. den Ort!) und die Möglichkeit zur Anmeldung gibt es jeweils vor den Veranstaltungen auf der Netzseite des IfS unter staatspolitik.de.

A terrible beauty

Im April begeht die irische Freiheitsbewegung den 100. Jahrestag des Osteraufstandes von 1916, der sich gegen die britische Besatzungsmacht richtete. Die fünftägige Erhebung begann am Ostermontag, den 24. April. Republikanische Kräfte besetzten bedeutende Dubliner Einrichtungen und verlangten die Unabhängigkeit der Grünen Insel. Die Revolte wurde militärisch rasch niedergeschlagen, kann aber in ihrer Bedeutung für die weitere irische Geschichte nicht überschätzt werden: Erstens kam es zu einer vertieften Spaltung der Nationalbewegung in militante und reformistische Kräfte; zweitens gab es eine massive Solidarisierungswelle der Bevölkerung zugunsten der Unabhängigkeitsbefürworter, die durch extreme britische Repressalien stark begünstigt wurde; drittens begann der Siegeszug der 1905 gegründeten linksnationalistischen Partei Sinn Féin (dt.: Wir selbst) und, weiter gefaßt, gar die »Renaissance Irlands« (Philippe Maxence). Der Osteraufstand belegt den Mythos vom »rebellischen Irland«, dem das von Dominique Venner gegründete französische Geschichtsmagazin *Nouvelle Revue d'Histoire* nun ein beeindruckendes Heft gewidmet hat (Ausgabe März/April 2016, 6.90 €, zu beziehen über www.la-nrh.fr oder postalisch: 88 avenue des Ternes, 75017 Paris). Das

Easter Rising (irisch: Éirí Amach na Cásca) erfuhr in Musik, Film und Literatur weitreichende Beachtung: Bekannt ist nicht zuletzt W. B. Yeats Gedicht »Easter 1916«, in dem er den Aufstand als »schreckliche Schönheit« bezeichnete.

Verdun-Überlebende

Die Schlacht von Verdun (siehe auch S. 30) sollte künftig das Bild vom Ersten Weltkrieg als Stellungskrieg und industrialisierter Materialschlacht prägen. Der Journalist und Historiker German Werth interviewte in den 1970er Jahren deutsche Soldaten, die in der Schlacht gekämpft hatten. In seinem Feature, das 1977 im Deutschlandfunk ausgestrahlt wurde, kommen sie zu Wort. Damit hat Werth ein einzigartiges, nun durch den Christoph Links Verlag zugänglich gemachtes Dokument geschaffen. Der Historiker Gerd Krumeich leitet das Feature ein mit einem Überblick über das Schlachtgeschehen, seinen Verlauf und die Mythenbildung danach. Ein nicht nur interessantes, sondern auch berührendes Dokument!



Wie war das mit Verdun?, CD mit 55 Min. Laufzeit, 13 €, im Buchhandel

Böses Wort Mischehe

Vor 50 Jahren, im Mai 1966, setzte die katholische Kirche eine neue Rechtsvorschrift über sogenannte Mischehen in Kraft. Als Grund nannte die Heilige Kongregation für die Glaubenslehre in ihrer *Instructio de matrimoniis mixtis,* was auch sonst: »die besonderen Bedingungen unseres Zeitalters, die im sozialen und familiären Leben in einem kurzen Zeitraum so schwerwiegende Veränderungen herbeigeführt haben«. Nunmehr hatte der katholische Ehepartner nicht mehr schriftlich zu bekräftigen, eine Glaubenswendung des anderen anzustreben, er mußte nur noch versichern, für das Aufwachsen der gemeinsamen Kinder im katholischen Glauben zu sorgen. Man möge, so hieß es zudem in weicher Diktion, nicht auf eine Trauung innerhalb der Heiligen Messe bestehen. Was heute als läppisches Problem von vorvorgestern klingt, hatte 1966 den jüdisch-agnostischen Philosophen Ludwig Marcuse in der *ZEIT* noch zu einer fulminanten Stellungnahme bewogen: »Liberalisierende Katholiken, entmythologisierende Katholiken, welche von den Nicht-Betroffenen so gern gelesen werden, sind keine Katholiken. (…) Die sogenannten Konservativen sind nicht zurückgeblieben, sondern Verfechter des Prinzips, auf dem ihre Kirche ruht. Außenstehende sollen sich das Urteil nicht zu leicht machen. Wenn das Christentum eine absolute Wahrheit ist (…) dann kann man sie nicht manipulieren, indem man bald dies, bald jenes unbequeme Stück abwirft. Wäre ich ein Christ, dann wäre ich auch, um der Logik willen, ein konservativer Katholik.«

»Ich Habe Eine Ansicht«

Auf Veranstaltungen der »Schwarzen Szene« sind sie ein gewohnter Anblick: breitschultrige Kurz- bis Keinhaarträger, Typus Türsteher, mit (Unter-)Hemden, die oft lediglich ein Zahnrad zeigen. Freunde der Electronic Body Music (EBM) gebärden sich unter der Parole »Arbeit, Schweiß und Muskelkraft« gern als das Industrieproletariat der Subkultur. Fest verwurzelt sind das Stampfen, Marschieren und der »Spierdans« auf der Tanzfläche heute vor allem in Schweden.

Sturm Café bildet da keine Ausnahme: 2005 sorgte das Duo mit dem schmissigen Namen, das seine deutschsprachige Musik selbst als »Anhalt EBM« (!) bezeichnet, mit dem Debütalbum *So seelisch, so schön!* für großes Aufsehen – um dann fast nur noch Konzerte zu spielen und sich 2010 kurzzeitig aufzulösen. Zehn Jahre später warf die Band dann urplötzlich den Nachfolger *Europa* auf den Markt, bei dessen Titelbild mit Schienenstrang und Polarlicht man kurz an Lars von Triers Filmtrilogie denkt: Es bleibt drollig-prollig, dabei aber mit einem feinen Sinn für Humor und viel Spaß an der Sache. Nicht nur begeisterte DAF-Hörer werden hier wieder die Stiefel schnüren. »Mit Kola kommt McDonald's / Mit McDonald's Stagnation«, und im Titellied kommt »der Kaiser« – wenn man das schon in der Schlacht bei Lützen, deren Mikroperspektive »1632« schildert, gewußt hätte …



Das Album (Spielzeit 57 Min.) gibt es für 15 € direkt bei der Band zu beziehen; sturmcafe.bandcamp.com ▪

Lieber von einer Hand,
die wir nicht drücken
möchten, geschlagen,
als von ihr gestreichelt
zu werden.

Marie Freifrau von Ebner-Eschenbach